

Preussische Allgemeine



Nr. 4 · 27. Januar 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Grüne Republik Deutschland

Wie eine Minderheitspartei mit ihren Funktionären die Macht im Land übernimmt – und das Bürgertum dabei tatenlos zusieht
Seiten 3 und 8



Stalingrad und Vietnam
Zweierlei Untergang,
eine Erkenntnis Seite 10



Mission In Stettin wurde
eine Baptistenkapelle
wiedereingeweiht Seite 19

VON RENÉ NEHRING

Wie hältst Du es mit Panzern für Kiew? Diese, an Goethes Faust angelehnte Frage ist der große Aufreger dieser Tage. Soll Deutschland die von der Ukraine geforderten Leopard-II-Panzer liefern oder wenigstens der Lieferung älterer Modelle durch NATO-Verbündete zustimmen? Oder gibt es Gründe, die zur Vorsicht mahnen?

Seit Bundeskanzler Olaf Scholz der Beantwortung dieser Frage bei der Tagung der sogenannten Ukraine-Kontaktgruppe auf dem US-Stützpunkt in Ramstein in der vergangenen Woche auswich, hagelt es Kritik von allen Seiten – sowie neue Forderungen, endlich das erbetene Kriegsgerät gen Osten zu liefern.

Was in der Debatte – wie so oft in den letzten Monaten – außen vor bleibt, sind grundlegende Abwägungen darüber, welchem Ziel die Lieferung von Panzern dienen soll – und welche Folgen ein solcher Schritt hätte. Auch wenn weitgehende Einigkeit darin besteht, dass Russland mit seinem Angriff auf die Ukraine nicht durchkommen darf, gibt es für diese Frage gute Gründe. Und dies nicht nur, weil die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik (auch wenn die zuständige Ministerin das anders sehen mag) vorrangig den eigenen Bürgern verpflichtet ist, oder weil eine stärkere Verwicklung der Millionen ukrainische Flüchtlinge aufnehmenden NATO-Staaten dazu führen könnte, dass diese ihre Hilfen unter Umständen nicht aufrechterhalten können.

Zu klärende Interessenfragen

Zunächst gehört in diese Debatte ein nüchterner Blick darauf, was die bisherige Unterstützung der NATO für die Ukraine gebracht hat, welche Maßnahmen dem Ziel, den russischen Angriff abzuwehren, gedient haben – und welche nicht. Neben den deutschen Militärhilfen für die ukrainische Armee (deren Umfang auf der

Webseite der Bundesregierung nachzulesen ist) gehört dazu auch die Beteiligung an mittlerweile neun EU-Sanktionspaketen. Zwar hat die militärische Unterstützung des Westens (vor allem der US-Amerikaner) wesentlich dazu beigetragen, dass Russland die Ukraine nicht überrennen konnte. Doch ist bislang nicht erkennbar, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Einrichtungen und führende Repräsentanten des Staates dazu geführt hätten, Russland ernsthaft zu schwächen.

Ebenso in diesen Kontext gehören Überlegungen, welche Interessen die verschiedenen Akteure – von den beiden Kriegsparteien bis zu den westlichen Verbündeten – an dem Geschehen haben. Allein der Umstand, dass die USA seit Wochen ihre europäischen Partner ermuntern, Kampfpanzer gen Osten zu liefern, sie selbst ihre eigenen Abrams-Panzer jedoch für einen solchen Einsatz für ungeeignet erklären, sollte stutzig machen.

Zu den offensichtlichen Interessenfeldern gehört vor allem der Energiesektor. Jahrelang kämpften US-Politiker beider großen Parteien gegen die deutsche Energiepolitik (Stichwort: Nord Stream), während der Sohn des heutigen US-Präsidenten Joe Biden, Hunter Biden, bereits 2014 in das dubiose ukrainische Energieunternehmen Burisma einstieg. Auch die erst im Oktober 2021 erfolgte Enthüllung der „Pandora Papers“ über Verstrickungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr

Selenskyj in ein Netzwerk von Offshore-Firmen in Belize, Zypern und den Britischen Jungferninseln wirft die Frage auf, wer hier welchen Interessen dient.

Zu reden ist auch darüber, in wessen Hände eventuell gelieferte deutsche Kampfpanzer geraten würden. Hierbei ist unter anderem daran zu erinnern, dass die US-Amerikaner wiederholt bei neuen militärischen Engagements mit Waffen bekämpft wurden, die sie zuvor unter anderen Vorzeichen in ein Krisengebiet geliefert hatten. So wurden US-Soldaten 2002 in Afghanistan von den Taliban mit Stinger-Raketen empfangen, die Washington Jahre zuvor den Mudschaheddin im Kampf gegen die Sowjetunion geliefert hatte.

Wer zahlt – und für wen?

Und wie steht es um die Korruption? Gerade erst meldeten Medien, dass vier stellvertretende ukrainische Minister sowie fünf Gebietsgouverneure wegen Korruptionsverdachts ihren Hut nehmen mussten. Und der Verteidigungsminister wurde vom Parlament dazu verpflichtet zu erläutern, warum die Armee ihre Lebensmittel zu Preisen einkauft, die dreimal so teuer sind wie in normalen Läden. Wer also stellt sicher, dass deutsche Panzer nicht in falsche Hände geraten?

Nicht zuletzt gehört in diesen Kontext die Frage, wer das alles bezahlt. Gabor Steingart erinnerte dieser Tage im „Focus“ daran, dass die Militärhilfen der USA an

die Ukraine keinesfalls geschenkt sind, sondern als eine Art Darlehen gereicht werden. Weshalb denn auch die Amerikaner die EU-Länder drängen, die finanzielle Unterstützung für die Ukraine zu beschleunigen und einen „regelmäßigen Mechanismus“ dafür einzurichten. Erst 2006, so Steingart, zahlte Großbritannien seine letzten Schulden an Washington zurück, die London dort für US-Militärhilfen im Zweiten Weltkrieg aufnehmen musste. Wer also trägt die Kosten für die geforderten Leopard-II-Lieferungen nach Kiew?

Betrachtet man diese und weitere Punkte, erscheint die zögerliche Haltung von Bundeskanzler Scholz und manchem führenden Sozialdemokraten wie dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, durchaus plausibel. Das Problem dabei nur: Scholz und Genossen erklären nicht, worin ihre offensichtlichen Bedenken liegen. Stattdessen hüllen sie sich Tag für Tag in ein verständliches Schweigen und beziehen verbal Prügel von allen Seiten.

Doch auch ohne eine Erklärung für das Zögern des Bundeskanzlers gilt: Wie jeder militärische Konflikt hat auch der gegenwärtige Ukrainekrieg mehrere Erzählebenen. In einer Demokratie hat die Öffentlichkeit ein Recht auf Transparenz und auf zufriedenstellende Antworten zu etwaigen Fragen. Ansonsten ist es nicht nur legitim, sondern sogar geboten, lauthals geforderte Leistungen zurückzuhalten.

UKRAINEKRIEG

Deutschland hat das Recht zu zweifeln

In der Debatte um Panzerlieferungen an die Ukraine gibt es gute Gründe, vor einer Entscheidung auf die Beantwortung wichtiger Fragen zu drängen

IN DIESER AUSGABE

Politik

Angesichts der Personalnot senkt Brandenburg die Ansprüche an seine Lehrer Seite 5

Kultur

In „Ein Mann namens Otto“ überzeugt Tom Hanks als Griesgram mit Herz Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Nach langen Diskussionen werden die Fresken der Kirche Pobethen restauriert Seite 13

Lebensstil

Salzburg feiert mit der Mozartwoche seinen größten Sohn Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der Schwarze Kontinent ist um demokratische Strukturen bemüht. Korruption sowie verschiedene Ethnien und Religionen führen jedoch immer wieder zu Konflikten und verhindern eine Konsolidierung der einzelnen Staaten

Hoffnung auf die diesjährigen Wahlen

In einigen afrikanischen Ländern stehen Präsidentschaftswahlen an – Eine Eskalation ist aber möglich

VON WOLFGANG KAUFMANN

Afrika ist alles andere als eine Hochburg der Demokratie. Funktionierende Rechtsstaaten mit echter Gewaltenteilung, Minderheitenschutz und freien Wahlen sind die Ausnahme. Stattdessen dominieren die Wahldemokratien, in denen die Abstimmungen zwar weitgehend fair verlaufen, aber das gewählte Staatsoberhaupt danach keiner wirksamen Kontrolle unterliegt, sowie die Wahlauskarten, in denen es schon bei den Urnengängen nicht mit rechten Dingen zugeht. Dazu kommen noch etliche Diktaturen, welche zumeist aus Militärputschen erwachsen (siehe Artikel unten).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Jahr 2023, in dem in 17 afrikanischen Staaten Präsidenten- oder Parlamentswahlen stattfinden, eine Wende hin zu mehr Demokratie auf dem Schwarzen Kontinent bringen wird oder ob der aktuelle Zustand anhält beziehungsweise gar eine Verschlimmerung droht.

Immerhin besteht die Gefahr, dass die Wahlen gerade in großen Ländern wie Nigeria, Südafrika, der Demokratischen Republik Kongo und Simbabwe aufgrund der explosiven Lage vor Ort mit Gewaltausbrüchen einhergehen. Zudem kleben manche autokratische Staatsoberhäupter oder Langzeit-Regierungsparteien derart an ihren Machtpositionen, die sie oft bereits seit Beginn der Unabhängigkeit innehaben, dass ein friedlicher Wechsel kaum vorstellbar ist. Insofern könnten die Wähler trotz ihrer Unzufriedenheit versucht sein, auf Experimente zu verzichten. So wie in Äquatorialguinea, wo der 80 Jahre alte Teodoro Obiang Nguema Mbasogo, der bereits seit 1979 durchregiert im November 2022 zum sechsten Mal als Präsident bestätigt wurde.

Drückende Staatsschulden

Mittlerweile verfügen Afrikas Alleinherrscher über neue Möglichkeiten, ihre Untertanen zu manipulieren. Beispielsweise nutzt der seit 1986 sieben Mal wiedergewählte, 78-jährige ugandische Präsident Yoweri Kaguta Museveni die sozialen Netzwerke, um Desinformationen zu verbreiten und die Opposition einzuschüchtern. Deshalb sperrten Twitter und Facebook schon um die 440 regierungsnahen

ugandische Konten. In weiteren Fällen werden die sozialen Medien regelmäßig auf Geheiß der Regierung blockiert, um Kritik abzuwürgen. Das geschah in letzter Zeit unter anderem in Burkina Faso, Sambia, Äthiopien, Nigeria, dem Senegal, dem Sudan, dem Tschad und dem Kongo. Hinzu kommt die Bespitzelung der Bürger unter Ausnutzung von deren Internetaffinität wie in Togo und Ruanda, wo die Sicherheitsbehörden systematisch Spionage-Software einsetzen.

Doch Afrika hat noch mehr Probleme, die dieses Jahr zur Eskalation führen können. An vorderster Stelle rangieren hier die unzähligen bewaffneten Konflikte in sämtlichen Regionen des Kontinents aufgrund ethnischer und religiöser Spannungen sowie die immer stärker drückenden Staatsschulden. Mittlerweile setzen viele afrikanische Länder ein Fünftel ihrer Einkünfte zur Schuldentilgung ein, was eine Verdreifachung gegenüber 2010 darstellt. Das resultiert nicht zuletzt aus der Aufnahme von Krediten zu extrem ungünsti-

gen Konditionen zwecks Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie und schreckt zunehmend potentielle Investoren aus dem Westen ab.

Lichtblicke am Horizont

Und auch die galoppierende Inflation aufgrund der Schwäche der nationalen Währungen macht Afrika schwer zu schaffen. In Ghana lag die Inflationsrate Anfang dieses Jahres bei über 50 Prozent und im bevölkerungsreichen Nigeria bei fast 22 Prozent. Das gefährdet die Existenzgrundlage von Millionen Menschen auf dem Schwarzen Kontinent. Besonders trifft es die Bewohner jener Staaten, welche ihre Währungen in Dollar umtauschen müssen, um auf dem Weltmarkt Rohstoffe und Nahrungsmittel zu kaufen.

Andererseits gibt es aber auch Lichtblicke für dieses Jahr. Die Diversifizierung der Lieferketten bei fossilen Energieträgern und anderen strategischen Bodenschätzen weg von Russland und teilweise auch von China birgt Chancen

für Förderländer wie Nigeria, Südafrika, Ghana, Angola, Namibia, Tansania und Sambia. Ein weiterer Grund zu Optimismus ist die Schaffung der Freihandelszone African Continental Free Trade Area (AfCFTA) zum 25. Juli 2022, der perspektivisch 54 Staaten angehören sollen. Durch den innerafrikanischen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen könnten Produktion und Absatz auf dem Schwarzen Kontinent deutlich angekurbelt werden.

Ansonsten ruhen die Hoffnungen der Afrikaner dieses Jahr auf zwei Wirtschaftssektoren, nämlich dem Tourismus und der Digitalwirtschaft. Nach den Einbrüchen in den zurückliegenden Coronajahren erwartet man wieder mehr zahlungskräftige Besucher aus aller Welt. Ebenso bietet der pandemiebedingte Boom beim Online-Handel und digitalen Lösungen für die Heimarbeit Möglichkeiten zu profitieren – immer gesetzt den Fall, es kommt zu keinen neuen lokalen oder globalen Krisen.



Markt in Lagos/Nigeria: Die galoppierende Inflationsrate verteuert auch die Lebensmittel, sodass immer mehr Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben müssen
Foto: imago/NurPhoto

STEUEREINNAHMEN

Die Mehrheit arbeitet im Schattensektor

Die afrikanischen Staaten könnten finanziell sehr viel besser dastehen, wenn sie nicht Jahr für Jahr auf immense Steuereinnahmen verzichten würden. Denn die fehlen in den Bereichen Gesundheit und Bildung, beim Ausbau der Infrastruktur und weiteren dringend nötigen Entwicklungsprojekten wie auch der Einführung eines modernen Steuersystems. Die Hauptursache dieses Problems ist die Schattenwirtschaft. Die Mehrheit der Bevölkerung in Afrika arbeitet im informellen Sektor, also in der privaten Landwirtschaft, dem Kleinhandel und Handwerk sowie dem Bau- und Transportgewerbe, wo es unter den aktuellen Bedingungen unmöglich ist, Einnahmen korrekt zu erfassen und entsprechende Steuern zu erheben.

Die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) schätzt, dass über 85 Prozent aller Beschäftigten in Afrika in der Schattenwirtschaft tätig sind. Und die Weltbank geht sogar von 90 Prozent aus – mit einem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Schwarzen Kontinents von rund 40 Prozent.

Allerdings gibt es mittlerweile Überlegungen, den informellen Sektor zu besteuern, ohne dass dafür riesige bürokratische Apparate geschaffen werden müssen. Beispielsweise plant Ghana, die zu Wahlzwecken vergebene persönliche Identifikationsnummer künftig auch zu nutzen, um Geldflüsse transparenter zu machen.

Ohne die flächendeckende freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung dürften die Behörden dabei jedoch scheitern. Und genau die ist keineswegs sicher, obwohl das panafrikanische Meinungsforschungsinstitut Afrobarometer ermittelt hat, dass die Mehrzahl der einfachen Afrikaner eine gerechte allgemeine Steuererhebung billigt. Denn es mangelt massiv an Vertrauen, was den Umgang mit den Einnahmen betrifft. So meinte der kenianische Ökonom James Shikwati: „Selbst wenn informelle Geschäftsleute bereit sind, Steuern zu zahlen, fürchten sie, dass das Geld nur in korrupten Taschen landet.“ W.K.

AFRIKANISCHE UNION

Das „Fieber der Staatsstreiche“

Erkenntnis beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union: Umstürze gegen Regimes folgen einem typischen Muster

Zwischen dem 11. April 2019 und dem 30. September 2022 fanden in Afrika insgesamt acht Militärputsche statt. Davon betroffen waren der Sudan und der Tschad sowie Mali, Guinea und Burkina Faso. Dazu kamen noch zwei Umsturzversuche in Guinea-Bissau und dem Inselstaat São Tomé und Príncipe am 1. Februar beziehungsweise 25. November 2022. Die vielen gewaltsamen Machtübernahmen innerhalb einer relativ kurzen Zeit veranlassten die afrikanische Presse, vom „Fieber der Staatsstreiche“ zu schreiben.

Moussa Faki Mahamat, der frühere Premierminister des Tschad und nunmehrige Vorsitzende der Kommission der

Afrikanischen Union (AU), wettete auf dem AU-Gipfeltreffen in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba gegen die „verfassungswidrigen Regimewechsel“. „Es scheint, als ob Afrika einen Rückschritt in die 1970er Jahre macht, als solche Aktionen an der Tagesordnung waren. Das ist absolut inakzeptabel.“

Alle Umstürze folgten dem typischen Muster eines sogenannten Obristenputsches: Aktive und zumeist auch kampferfahrene Offiziere mit direkter Kommandogewalt über dessen loyal ergebene Einheiten wie Oberst Assimi Goïta in Mali, Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba in Burkina Faso und Oberstleutnant Mamady Doumbouya in Guinea gingen

gegen die amtierenden Regierungen vor, um – da glichen sich die entsprechenden Verlautbarungen der Militärs praktisch aufs Wort – „die Sicherheit und Einheit der Nation zu garantieren und die korrupten Machenschaften des bisherigen Regimes zu beenden“.

Tatsächlich hatten die gestürzten Politiker stets komplett versagt, was aus einer brisanten Mischung aus Raffgier und Inkompetenz resultierte. Dazu kamen in vielen Fällen kriegerische Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien und Religionen, derer die abgelöste Staatsführung nicht Herr geworden war.

Dass afrikanische Offiziere heute wieder recht schnell zum Mittel des Putsches

„Es scheint, als ob Afrika einen Rückschritt in die 1970er Jahre macht ... Das ist absolut inakzeptabel“

Moussa Faki Mahamat
Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union

greifen, um einen politischen Wechsel herbeizuführen, resultiert auch aus der Haltung der Bevölkerung. Viele Menschen sind mit ihrer Geduld am Ende und zweifeln, ob die Demokratie, welche sie zumeist nur als Kleptokratie erleben, tatsächlich die passende Regierungsform für den Schwarzen Kontinent sei.

Dabei werden die afrikanischen Regierungen vom Westen mental bestärkt. Denn der arrangiert sich in aller Regel sofort mit den neuen Machthabern, weil er seine eigenen wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellt und im Übrigen ganz genau weiß, dass ein Boykott den geopolitischen Rivalen Russland und China in die Hände spielt. W.K.

Die grüne Machtübernahme

Geschickt erobert „Bündnis 90/Die Grünen“ derzeit auf allen Ebenen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht. Die etablierten Kräfte der politischen Mitte lassen es geschehen. Die Folgen für unser Land und dessen Bürger sind katastrophal

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

Im Jahre 1931 veröffentlichte der deutsch-italienische Schriftsteller Curzio Malaparte ein sehr erhellendes Buch unter dem Titel „Tecnica del colpo di stato“, zu Deutsch: „Die Technik des Staatsstreichs“. In dem Essay untersucht Malaparte die politischen Umstürze von 1917 bis 1931, um eine Methodik der Machtergreifung zu ermitteln. Zu seinen Protagonisten gehören Trotzki, Lenin, Stalin, Kapp, Primo de Rivera, Pilsudski, Mussolini und schließlich Hitler.

Bemerkenswert ist, dass Malaparte bereits 1931 beobachtet, dass für Hitler die „Eroberung des Reichstages vorstellbar“ ist, weil er weiß, dass „er sich auf diese Weise Sympathien immer größerer Wählermassen sichert und für sein politisches Programm die Zustimmung der großen Mehrheit des Kleinbürgertums gewinnt, die er braucht, um die gefährliche Rolle des Catilina aufzugeben und die ungefährlische eines plebiszitären Diktators zu übernehmen“. Malaparte vermutet, dass die Erringung politischer Macht in Deutschland nur über die Gewinnung des *Juste Milieus* glückt. Alles hat hierzulande ordentlich zu geschehen, auch das Ende der Ordnung.

Sympathien für den „plebiszitären Diktator“

Der „plebiszitäre Diktator“ ist eine interessante politische Figur. Malaparte wagt 1931 einen Blick in die Zukunft, der sich bestätigen sollte: „Wie alle Diktatoren liebt Hitler nur die, die er verachten kann. Sein Ehrgeiz ist, eines Tages das ganze deutsche Volk im Namen der Freiheit, des Ruhms und der Macht Deutschlands zu verderben, demütigen und knechten zu können.“ Bereits hier wird die Technik der Begriffsverkehrung, die Technik, Begriffe in ihr Gegenteil zu wenden, sichtbar: im Namen der Freiheit gegen die Freiheit, im Namen der Demokratie gegen die Demokratie, im Namen der Gleichberechtigung gegen die Gleichheit aller vor dem Gesetz und vor den Institutionen des Staates.

Jahre später perfektionierte die SED diese Technik. Obwohl mit der Gründung der DDR 1949 freie, geheime und eben demokratische Wahlen stattfinden sollten, wurden diese unter einer Flut von Ausflüchten auf das Jahr 1950 verschoben mit dem Resultat, dass sie dann weder frei noch demokratisch waren. Die SED hatte inzwischen ein Wahlbündnis aller zugelassenen Parteien und sogenannten Massenorganisationen geschmiedet, das als einheitlicher Wahlvorschlag für die Volkskammer- und Landtagswahlen für den 15. Oktober 1950 galt, und in dem die SED und die von ihr beherrschten Massenorganisationen die absolute Mehrheit hielten.

Auch die Christdemokraten und die Liberalen in der DDR trugen dieses Vorgehen mit. Wer gegen den Wahlvorschlag des „Nationalen Front“ genannten Einheitsblocks stimmte oder das Verfahren kritisierte, wurde als Demokratiefreund verfolgt, denn die SED und ihre Partner priesen die undemokratische Wahl als den Höhepunkt der Demokratie. In Wahrheit ging es ihnen um die Transformation der Gesellschaft in eine sozialistische Diktatur.

Schon ein flüchtiger Blick in unsere Gegenwart offenbart die Vielzahl an Paradoxien, die man unter dem Begriff der Großen Transformation zusammenfassen kann. Das deutsche Paradox lautet nämlich, wenn nur alles scheinbar legal und ordentlich verläuft, akzeptieren viele Deutsche, besonders die Bürger der Mitte, den radikalen Gesellschaftsumbau – selbst wenn dieser die De-Industrialisierung ihres Landes zur Folge hat. Es muss nur alles seine Ordnung haben, und natürlich darf das auch nicht ohne den Tusch der Weltrettungs-ideen abgehen, denn die deutsche Seele benötigt weltanschauliches Pathos und Erha-



Längst der wahre Mittelpunkt des politischen Lebens unseres Landes: Die grüne Partei und ihre Gremien

benheit. Je lauter die Moraltrumpeten erschallen, umso sicherer kann man sein, dass sich das Stück seinem Ende nähert. Oder weniger metaphorisch gesprochen: bis die Deutschen wieder vor Ruinen stehen und ihrer wahren Meisterschaft, dem Wiederaufbau, frönen dürfen.

Der Weg in die ökologische Kommandowirtschaft

Es dürfte überraschen, aber mag das Land auch gespalten sein, die politische Klasse ist es mitnichten. Sie ist grün, auch wenn sie noch die alten Schals in Rot, Schwarz oder Gelb über den grünen Jacketts trägt. Die Politik der Regierung ist durch und durch grün, die Opposition der Christdemokraten ist grün, und so kommt die Große Transformation der sozialen Marktwirtschaft in die ökologische Kommandowirtschaft aus grüner Sicht erfreulich schnell voran. Die Grünen sind derzeit der Takt- und Ideengeber, die Spielmacher in der deutschen Politik. Wie hat doch Friedrich Merz vor Kurzem bei der Vorstellung der „Weimarer Erklärung“ der CDU, mit der die Merkel-Partei noch grüner als die Grünen sein will, gesagt: „Wir sprechen uns nicht für den Neubau von Kernkraftwerken aus.“

Was soll er auch anderes sagen, wo doch der kleinste gemeinsame Nenner von Merz und dem grünen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck der größte Vermögensverwalter der Welt, die Investmentfirma BlackRock, ist? Es ist, als ob Prinz John, der Sheriff von Nottingham, und Robin Hood gemeinsame Sache machen. Denn nicht nur Merz hatte einst als Lobbyist für BlackRock gearbeitet, sondern auch die von Habeck zur Chefin der konzeptionell einflussreichen Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium ernannte Elga Bartsch. Hatte diese Abteilung einst zu Zeiten Ludwig Erhards unter der Leitung von Alfred Müller-Armack bei der Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft eine herausragende Rolle gespielt, soll sie nun genau diese soziale Marktwirtschaft abwickeln.

Grünes Staatstheater

Wie sehr mittlerweile das gesellschaftliche Spektrum grün verengt ist und wie müheles es den Grünen inzwischen gelingt, alle rele-

vanten Positionen – ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch, ob Regierung oder Opposition – mit ihren Leuten zu besetzen, zeigte sich erst vor wenigen Tagen in Lützerath.

Was dort gegeben wurde, war *Grand Guignol*, das große Kasperletheater: Der grüne Bundeswirtschaftsminister und die grüne Wirtschaftsministerin von NRW haben sich von dem bösen Konzern RWE verführen lassen, zuzustimmen, dass der Konzern die teuflische Braunkohle unter dem Dorf Lützerath, in dem nur noch Fuchs und Hase sowie ein paar Aktivisten wohnten, wegbaggern darf. Dafür, dass RWE in kurzer Zeit mehr Kohle verstromen wird, wollen die beiden grünen Minister acht Jahre früher aus der Braunkohlestromung aussteigen. Dann nämlich glaubt man, in der schönen, neuen Wasserstoffwelt, in der Wasserstoff das Erdgas ersetzt, angekommen zu sein.

Auf dem grünen Parteitag – inzwischen das eigentliche Parlament der Bundesrepublik – war der Kohleausstieg knapp durchgekommen. Doch schon in der ersten Minute nach der Abstimmung rief das grüne Parteimitglied Luisa M. Neubauer dazu auf, nach Lützerath zu gehen und den kleinen Weiler zum Symbol des 1,5-Grad-Kampfes zu erheben. Lützerath wurde besetzt, von der Polizei geräumt und schließlich wurde eine Demo von Neubauer und Co. organisiert – also eine grüne Demo gegen einen grünen Beschluss –, zu der auch grüne Bundestagsabgeordnete führen, die für den Kompromiss gestimmt hatten, um in Lützerath gegen ihr eigenes Votum zu protestieren. Die Polizei wiederum, die Lützerath geräumt und schließlich verhindert hatte, dass grüne Demonstranten, die gern auch Molotowcocktails mitführten, um sie auf Polizisten zu werfen, das Dorf stürmten, stand gleichsam unter dem Kommando eines Mitglieds der grünen Partei. Noch Fragen?

Und selbst der Bösewicht in dem Spiel, der Konzern RWE, wird endlich grün. Und zwar so grün, dass ab dem 1. März der frühere Büroleiter der grünen Außenministerin Annalena Baerbock, Titus Rebhann, als Chieflobbyist des Energiekonzerns antritt. Das grüne Parteimitglied Rebhann erklärte kraftstrotzend: „RWE ist ein spannender Konzern, der sich wandelt und die Energiewende mit Milliardeninvestitionen ernst nimmt ... Ich

freue mich, zukünftig die Transformation in Richtung CO₂-Neutralität des größten deutschen Energieunternehmens aktiv mitgestalten zu können.“ Aktiv mitgestalten? Heißt im Klartext: RWE kommt unter grüne Kuratel.

Ein Imperium an Denkfabriken

Ein typisches Beispiel in diesem Zusammenhang gibt auch der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ab. So wie er in der Öffentlichkeit präsentiert wird, könnte man ihn für einen Fachmann in Sachen Energiewirtschaft halten. Das ist er mitnichten. Müller ist Diplomvolkswirt und vor allem Verbraucherschützer. Bevor er im März 2022 an die Spitze der Bundesnetzagentur berufen wurde, stand er von 2014 bis Februar 2022 dem Bundesverband der Verbraucherzentrale vor. Bedenkt man, dass die im Grunde Verstaatlichung des deutschen Gasleitungsnetzes Teil von Habecks Wasserstoffstrategie ist, versteht man die Besetzung.

Man darf davon ausgehen, dass die Grünen keine Ruhe geben, bevor nicht auch das letzte grüne Parteimitglied staatlich oder durch staatlichen Einfluss in der Wirtschaft oder in grünen NGOs und Think Tanks versorgt worden ist, bevor nicht die letzte Richterstelle am Bundesverfassungsgericht, nicht der letzte Abteilungsleiter in den Ministerien, der letzte Polizeichef, der letzte Lobbyist ein grünes Parteibuch trägt.

Wenn man sich fragt, weshalb die Grünen so effizient agieren, muss man nur einen Blick auf das Imperium grüner Denkfabriken – teils vom deutschen Steuerzahler, teils auch von US-amerikanischen Stiftungen finanziert – werfen. Habecks Staatssekretär Patrick Graichen etwa leitete vor seinem Wechsel ins Wirtschaftsministerium den Think Tank „Agora Energiewende“. Dieser bekam laut eigener Homepage 2018 an Zuwendungen insgesamt 4.150.486,70 Euro, 2020 waren es bereits 7.841.219,25 Euro. Im Wahljahr 2021 verdoppelten sich die Zuwendungen plötzlich – und Graichens Think Tank konnte 15.006.787,87 Euro an Spenden verbuchen. Größter Spender war das US-amerikanische Aspen Global Change Institute mit 4.911.559,82 Euro, gefolgt von der Mercator Foundation mit 3.015.000,00 Euro.

Bürger und Staat als Beute einer Partei

Dass man sich mit dem Geld ordentlich auf die Machtergreifung vorbereiten konnte, lässt sich leicht vorstellen, zumal die „Agora Energiewende“ nicht der einzige Think Tank, sondern Teil eines gigantischen grünen Imperiums ist. Und selbst die „Letzte Generation“ kann sich über ein hohes Spendenaufkommen, nicht zuletzt aus amerikanischen Quellen, freuen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zur Beute der grünen Partei geworden, die nicht das geringste Problem damit hat, den Steuerzahler für den üppigen Lebensunterhalt ihrer Mitglieder aufkommen zu lassen. „Nebenbei“ de-industrialisieren sie das Land, zerstören den Wohlstand und machen ein Gesetz nach dem anderen – um in der Summe schließlich den deutschen Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu denken, wie sie zu sprechen, womit sie sich fortzubewegen haben, was sie essen und was sie trinken dürfen.

Die Deutschen scheinen damit bislang kein Problem zu haben. Warum auch? Schließlich erfolgt die grüne Machtübernahme – ganz im Sinne Curzio Malapartes – in geordneten Bahnen.

● Dr. Klaus-Rüdiger Mai ist Schriftsteller und Publizist. Zuletzt erschienen „Die Zukunft gestalten wir! Wie wir den lähmenden Zeitgeist endlich überwinden“ (Langen Müller 2019) sowie „Ich würde Hitler erschießen. Sophie Scholls Weg in den Widerstand“ (Bonifatius 2023).

www.bonifatius-verlag.de

Die Bundesrepublik Deutschland ist zur Beute der grünen Partei geworden, die nicht das geringste Problem damit hat, den Steuerzahler für den üppigen Lebensunterhalt ihrer Mitglieder aufkommen zu lassen

● MELDUNGEN

Rekordhoch bei Illegalen

Warschau – Nach dem Jahr 2016 hat es 2022 ein neues Rekordhoch bei illegalen Grenzübertritten durch Immigranten gegeben. Dies meldete die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex. Die Zahl der Aufgegriffenen gab die Behörde mit 330.000 an. Das ist ein Anstieg von 64 Prozent gegenüber 2021. Fast die Hälfte der Fälle entfiel auf die Westbalkanroute. Rund 47 Prozent der illegalen Einwanderer kam aus Syrien, Afghanistan und Tunesien, wobei sich die Zahl der Syrer auf 94.000 verdoppelte. Frontex zufolge waren weniger als ein Zehntel der Immigranten Frauen. Der Anteil der angeblich Minderjährigen belief sich auf neun Prozent. Zwischen dem 24. Februar und 31. Dezember vergangenen Jahres trafen laut Frontex zudem rund 13 Millionen ukrainische Flüchtlinge in der EU ein. Von diesen seien allerdings zehn Millionen schon wieder ausgereist. W.K.

Bereits 38 neue Offshore-Parks

Bremerhaven – Im vergangenen Jahr wurden 38 neue Offshore-Parks mit einer Gesamtleistung von 342 Megawatt (MW) ans öffentliche Stromnetz in Deutschland angeschlossen, wie eine Analyse des Beratungsunternehmens Deutsche Windguard belegt. Die weitaus meiste deutsche Offshore-Windenergie kommt von Anlagen in der Nordsee. Die meisten Anlagen haben einen Abstand von mindestens 40 Kilometern zur Küste. Die Bundesrepublik hat ihre Offshore-Ziele im vergangenen Jahr hochgeschraubt. Die Windkraftbranche machte zuletzt aber deutlich, dass die neu gesteckten Marken nur dann geschafft werden können, wenn die Politik mehr Unterstützung bereitstellt und etwa auch Änderungen am Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) vornimmt. Die Betreiber erklärten wiederholt, dass die vorgeschriebenen Entfernungen von 30 bis 40 Kilometer zur Küste sowie eine Wassertiefe von 40 Metern zu kostenintensiv seien. P.E.

Großer Schwund

Berlin – Nach Angaben einer Sprecherin der Berliner Senatsjugendverwaltung verschwindet fast jeder zehnte unbegleitete minderjährige Flüchtling (MUFL) kurz nach der Registrierung in Berlin. Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) berichtet, werden in den Bundesländern Berlin und Brandenburg 73 Kinder und Jugendliche vermisst, die als Flüchtlinge registriert worden waren. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin insgesamt 3209 MUFL aufgenommen. 1157 von ihnen kamen aus der Ukraine, 618 aus Afghanistan, 428 aus Syrien, 403 aus der Türkei und 93 aus dem Libanon. Die Bundeshauptstadt hat im vergangenen Jahr die Anzahl der Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen für Minderjährige um das Zehnfache auf 1112 erhöht. Derzeit kommen nach Angaben der Jugendsenatsverwaltung pro Tag acht bis zehn Flüchtlinge unter 18 Jahren in Berlin an. Aufgrund der hohen Zahlen will der Senat die Unterbringungsmöglichkeiten weiter ausbauen. H.M.



Seit auch noch Flüchtlinge aus der Ukraine kommen, wird der Wohnraum in Deutschland zusätzlich knapper: Zuwanderer vor der Erstanlaufstelle und dem Ankunftscenter des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten in Berlin Foto: imago/Jens Schicke

WOHNUNGSNOT

Wir schaffen das nicht

Wohin mit den vielen Asylsuchern – Viele Kreise mit Unterbringung überfordert

VON HERMANN MÜLLER

Öffentliche Kritik an den negativen Folgen der Massenzuwanderung haben etablierte Medien, Politiker und Verbände bislang oft nur in kleinen Dosen oder verklausuliert vorgebracht. Dies scheint sich nun zu ändern. Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, plädierte unlängst für die Einführung von Immigrantquoten in Schulklassen.

Zur Begründung sagte der Pädagoge: Ab einem Anteil von 35 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund nähmen die Leistungen in den Schulklassen „überproportional“ ab. Auch als das Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ kürzlich vor einem Kollaps auf dem Markt für Sozialwohnungen warnte, war dies mit einem Hinweis auf die anhaltend hohe Zuwanderung als einem Mitfaktor für die Wohnungsknappheit verbunden.

Zum Jahresanfang hatte schon der Deutsche Städte- und Gemeindebund in

seinem Jahresausblick 2023 auf die Lage vieler Kommunen in Deutschland aufmerksam gemacht. Diese stoßen nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes bei der Aufnahme von Zuwanderern an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

In Berlin hat sich vergangenes Jahr die Zahl der Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, sogar verdoppelt. Laut Zahlen der Landesregierung sind im Jahr 2022 mehr als 14.000 Asylanträge gestellt worden. Zu den wichtigsten Herkunftsländern von Asylbewerbern zählen die Republik Moldau, Syrien, Georgien, die Türkei und Afghanistan. Hinzu kommen nochmals fast 1000 Personen, die das Land über Sonderprogramme, etwas für Syrer, aufgenommen hat.

Umstrittener Königsteiner Schlüssel

Obendrein leben mittlerweile auch rund 100.000 ukrainische Kriegsflüchtlinge in Berlin. Trotz dieser hohen Belastungen hält der rot-grün-rote Senat an seinem „Winter“-Abschiebestopp für ausreisepflichtige Ausländer fest. Von dieser Ent-

scheidung profitieren auch Personen aus Moldau. Diese stellen die größte Gruppe von Asylbewerbern in Berlin, gleichzeitig werden die Asylanträge von Moldauern nahezu immer abgelehnt.

Der Berliner Senat drängt inzwischen auf eine Änderung des sogenannten Königsteiner Schlüssels. Dieser regelt die Verteilung von Asylbewerbern zwischen den Bundesländern. Erreichen will Berlin, dass die Flächenländer bei der Übernahme von Asylanten anteilmäßig stärker belastet werden. Unterstützung erhält die Berliner Landesregierung dabei von Hamburg und Bremen. Alle drei Stadtstaaten haben aktuell mit Wohnungsknappheit zu kämpfen.

In Sachsen und Sachsen-Anhalt stößt die Forderung der Stadtstaaten auf einen neuen Verteilungsschlüssel auf kräftigen Gegenwind. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) erklärte gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk: „Der Königsteiner Schlüssel hat sich themenübergreifend über viele Jahre in Deutschland bewährt und funktioniert in der Sache.“

WOHNUNGSBAU

Größte Wohnkrise seit 20 Jahren

Masseneinwanderung, Enteignungsinitiativen und Vorgaben zur Energieeffizienz zeigen ihre Wirkung

Neueste Zahlen beim sozialen Wohnungsbau offenbaren die größte Wohnungsnot seit 20 Jahren. In Zeiten der gleichzeitigen Vielfachkrisen reißt dies niemanden mehr vom Hocker. Dabei ist diese Krise, im Gegensatz von vielen anderen, hausgemacht.

100.000 Sozialwohnungen wollte die rot-grün-gelbe Koalition laut dem Koalitionsvertrag im ersten Jahr ihres Bestehens bauen, doch nur 20.000 sind es geworden. 80 Prozent Minus, das wäre das Ende jeder Firma, nicht aber der Ampel.

Im Ampel-Vertrag ist die Rede von einer einladenden Asylpolitik, was nichts anderes heißt als eine unbegrenzte Aufnahme von Schutzsuchenden, die irgendwann einmal sozialen Wohnraum brauchen. Das wusste Olaf Scholz (SPD) und präsentierte sich deshalb gerne als Kanzler für bezahlbares Wohnen.

Jetzt, ein Jahr danach, sprechen Mieter- und Sozialverbände von der größten Wohnungsnot seit mehr als 20 Jahren. Aber von der Bundesregierung kommt kein Wort zu den jetzt veröffentlichten Zahlen, kein Krisengipfel.

Zu den zahlreichen Krisen des alten und neuen Jahres kommt nun auch die Wohnungskrise als Folge vieler anderer Krisen, die zum großen Teil hausgemacht sind und im Ampel-Vertrag ihren Ursprung haben. Die Krise hatte sich seit den Jahren der Massenzuwanderung 2015/16 angedeutet. Deshalb gibt es ja wieder ein eigenständiges Bauministerium. Doch die Bundesbauministerin Klara Geywitz von der SPD kann kaum etwas ausrichten.

Vor allem sind es die von ihren Parteifreunden regierten Länder, allen voran Berlin, die mit ihren Enteignungsinitiati-

ven den privaten Wohnungsbau zum Erliegen gebracht haben. Der Immigrantstrom zieht vor allem in die großen Städte und deren Parallelgesellschaften, weil es sich dort am besten austoben lässt. Das beste Beispiel dafür ist die zurückliegende Silvesternacht.

Profiteure des Desasters

Angesichts vieler aktueller Krisen, die alle miteinander verbunden sind, und angesichts eines Kanzlers, der aus Rücksicht auf die jeweiligen Parteibasen keine Führungsvorgaben gibt, welche Krise die wichtigste ist und als erste angegangen werden muss, haben die Krisen-Minister die Deutungshoheit über die Krisen.

So kämpft jedes Ministerium als Einzelkämpfer um die Finanztopfe der Krisenbewältigung. Dabei müsste längst klar sein, dass gerade in diesen Zeiten die Kri-

sen nicht einzeln angegangen werden können.

Allen voran geht dabei der Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), der trotz vieler mitgenommener Fettnäpfchen immer noch populärste aller Ampel-Minister, dessen immer neue Vorgaben zur Energieeffizienz gerade jetzt das Wohnen noch teurer machen, als es ohnehin wegen Inflation und Energieunsicherheit schon ist.

Insgeheim fühlen sich Habeck und die Grünen bereits als Teil der sogenannten Letzten Generation, die in den Vielfachkrisen ein Zeichen der Endzeit und deshalb sich selbst als die eigentlichen Profiteure der Lage sehen. Für alle, die sich derzeit in der weltgeschichtlichen Endzeit fühlen, ist der Kampf um bezahlbaren Wohnraum in der Tat ein Problem, das warten kann.

Wer zählt als Härtefall?

Wie aus einem Schreiben von Faesers Innenministerium hervorgeht, spricht aus dessen Sicht nichts gegen einen Wechsel, wenn sich das Immigranten abgebende und das aufnehmende Bundesland einig sind. Bislang ist die Reaktion aus Potsdam allerdings ablehnend auf das Berliner Ansinnen. Mit dem Wohnortwechsel der Zuwanderer gehen nämlich auch die Kosten auf das neue Bundesland über. Brandenburg hat bislang sehr zurückhaltend auf den Vorstoß von Berlins Sozialsenatorin reagiert.

Aus Sicht des märkischen Innenministeriums reicht die Unterbringung in einer Sammelunterkunft nicht aus, um als Härtefall anerkannt zu werden. Das Ministerium in Potsdam wies auch auf Meldungen von Kommunen hin, die selbst Engpässe bei der Unterbringung von Asylanten und neuen Zuwanderern haben.

Bereits vergangenes Jahr sind schon fast 40.000 Zuwanderer auf Brandenburgs Kommunen verteilt worden. Zum Vergleich: Während der Zuwanderungswelle im Jahr 2015 hatte Brandenburg rund 13.000 Menschen unterbringen müssen. Wegen des Ukrainekrieges ist für die Kreise und kreisfreien Städte in Brandenburg vergangenes Jahr das sogenannte Aufnahmesoll für Asylsucher dreimal erhöht worden – von zunächst 4390 auf später 35.990 Personen.

In diesem Jahr werden die märkischen Kommunen nach der Schätzung der Landesregierung voraussichtlich noch einmal knapp 26.000 Immigranten aufnehmen müssen.

SCHULPOLITIK

Alleingang gegen Lehrermangel

Brandenburg will künftig sogar Quereinsteiger ohne vollen Hochschulabschluss zu Beamten machen

VON HERMANN MÜLLER

Zu Beginn des Schuljahres 2022/23 haben nach einer Schätzung des Deutschen Lehrerverbands bundesweit bis zu 40.000 Lehrer gefehlt. Um Lehrer aus anderen Bundesländern in den Freistaat zu locken, kündigte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kürzlich sogar eine „Start- und Umzugshilfe“ an.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, sagte zu Söders Plan: „Ich weiß nicht, ob wir die Probleme in Deutschland lösen, wenn jedes Bundesland versucht, aus anderen ebenfalls gebeutelten Ländern Lehrkräfte abzuführen.“ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht in den geplanten Umzugsanreizen einen „Beleg für die bayerische Vorfahrtsmentalität“.

Das Land Berlin setzt wegen des Lehrermangels schon seit einigen Jahren sehr stark auf sogenannte Quereinsteiger, die kein Lehramtsstudium absolviert haben. Nach Angaben der GEW hat in Berlin überhaupt nur noch ein Drittel der neu eingestellten Lehrkräfte eine abgeschlossene Lehrerausbildung. In Fächern mit starkem Lehrermangel gibt Berlin auch Bewerbern eine Chance, die nur einen Master-Abschluss vorweisen können.

Die anderen Länder ziehen nicht mit

Brandenburgs Landesregierung geht nun noch einen Schritt weiter. In einer Kabinettsitzung hat die Regierung in Potsdam Mitte Januar beschlossen, dass Seiteneinsteiger auch dann verbeamtete Lehrer werden können, wenn sie lediglich einen Bachelor-Abschluss gemacht haben. Bisher mussten in Brandenburg Quereinsteiger wenigstens einen Master-Abschluss vorweisen. Nachdem die Änderung beschlossen war, lobte Bildungsministerin Britta Ernst (SPD): „Mit diesem Gesetzentwurf zeigen wir, dass wir alle Anstrengungen zur Lehrkräftegewinnung unternehmen.“

Keine Begeisterung, sondern entschiedene Ablehnung erntet dieser Vorstoß dagegen von Verbänden: Der Philologenverband, der Lehrerverband und der Verband Brandenburgischer Oberschullehrer hatten schon im Vorfeld der Änderung vor einem Alleingang Brandenburgs gewarnt. Statt einer Verbeamtung sollte man den



Ein Bachelor-Abschluss soll reichen: Lehrerin in Brandenburg

Foto: imago/Rainer Weisflog

Seiteneinsteigern mit Bachelor die Möglichkeit einer vollständigen Nachqualifizierung anbieten, so die Verbände.

GEW-Landeschef Günther Fuchs befürwortet dagegen die Änderung. Laut dem Gewerkschafter arbeiten bereits 6000 solcher Lehrkräfte im Bildungssystem. Diese bekämen nun die Chance, unbefristet im Schulsystem beschäftigt zu werden. Fuchs sprach sich dabei für eine berufsbegleitende Qualifikation aus. Nach Angaben einer Sprecherin des brandenburgischen Bildungsministeriums müssen entsprechende Bewerber für diese Beamtenlaufbahn tatsächlich auch eine zusätzliche Zertifikats-Qualifizierung absolvieren, die mindestens 18 Monate dauert.

Trotzdem scheint es derzeit so, als wenn Brandenburgs Landesregierung mit ihren Verbeamtungsplänen einen Sonderweg unter den deutschen Ländern beschreitet. Die Kultusministerkonferenz hat nämlich bereits signalisiert, diese Be-

amtenlaufbahn auf Bundesebene wahrscheinlich nicht anzuerkennen. Die Verbeamtungen der betroffenen Lehrkräfte würden damit bei einem Wechsel von Brandenburg in ein anderes Bundesland nicht anerkannt.

Auch in Berlin gibt es Probleme

Wie Brandenburg setzt Berlin angesichts eines chronischen Mangels an voll ausgebildeten Lehrkräften sehr stark auf Seiteneinsteiger ohne Lehramtsstudium, die berufsbegleitende Qualifikationen durchlaufen sollen. Ein Urteil des Verwaltungsgerichts hat im vergangenen Dezember allerdings zutage gefördert, dass für die Ausbildung der Quereinsteiger gar keine Rechtsgrundlage existiert.

Im konkreten Fall hatte eine Diplom-Biologin vor dem Verwaltungsgericht geklagt, die bereits ab 2013 als Lehrerin an einer Berliner Grundschule unterrichtete. Als Biologin war sie für das Fach Sachkun-

de/Naturwissenschaften bereits qualifiziert, es fehlten aber die Fächer Deutsch und Mathematik.

Im Rahmen einer berufsbegleitenden Ausbildung war die Frau allerdings durch entscheidende Prüfungen im Fach Mathematik gefallen. Mit der Klage wollte die Seiteneinsteigerin erreichen, dass sie trotz ihres Misserfolgs bei der Mathe-Prüfung das berufsbegleitende Studium fortsetzen kann.

Diese Forderung lehnte das Verwaltungsgericht ab. Gleichzeitig hob das Gericht aber auch den negativen Prüfungsbescheid auf. Nach Ansicht der Richter fehlt für beides nämlich eine Rechtsgrundlage. Obwohl im Land Berlin in den vergangenen Jahren Tausende Seiteneinsteiger als Lehrpersonal eingestellt wurden, hat es der Gesetzgeber des Landes bislang versäumt, für die berufsbegleitende Qualifikation eine gesetzliche Regelung zu beschließen.

KOLUMNE

Überall nur 30?

VON THEO MAASS

Kaum ein Tag vergeht, an dem die grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch nicht eine neue Sau durchs Dorf treibt, um sich bei den Autohassern beliebt zu machen. Der Berliner Senat will im kommenden Sommer ausgewählte Straßen für den Autoverkehr sperren. Auf den Fahrbahnen soll es stattdessen Straßenfeste, Märkte, Treffpunkte für die Nachbarschaft sowie Spielaktivitäten geben.

Es ist nicht das erste Experiment von Verkehrsministerin Jarasch. Ganz neu ist jedoch ihre Idee, Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit auf Hauptstraßen zu machen. Ihr Ziel bis 2033: „Tempo 30 ist die Regelgeschwindigkeit und die Geschwindigkeitskontrollen sind verdoppelt!“ Aber dagegen steht das Bundesrecht. Zu einem derart drastischen Schritt bedürfte es einer speziellen Begründung – etwa Lärmschutz, Unfallsschwerpunkt oder Abgasreduzierung.

Die Straßenverkehrsordnung legt fest, aus welchen Gründen die Geschwindigkeit an Hauptverkehrsstraßen unter das übliche Maß reduziert werden darf. Aber das missfällt der grünen Verkehrsministerin. Sie fordert mehr Gestaltungsfreiheit für die Kommunen. Jaraschs Zukunftphantasie: „In zehn Jahren kann man alle Bahnhöfe im Stadtgebiet bequem auch ohne eigenes Auto erreichen. Berlin ist Stadt der kurzen Wege, sodass man zu Fuß einkaufen, Wäsche zur Reinigung und Kinder zur Schule oder Kita bringen kann – auch am Stadtrand.“

In Berlin leben rund 1,3 Millionen Besitzer eines Kraftwagens. Es fragt sich, ob die klaglos danebenstehen, wenn sie gewissermaßen enteignet werden. Die drei bürgerlichen Oppositionsparteien haben sich gegen Jaraschs Pläne positioniert. Jetzt kommt es auf die SPD an. Letztlich wollen etwa 20 Prozent der Berliner die Grünen wählen. 80 Prozent beabsichtigen also, das nicht zu tun. Einer Umfrage zufolge wollen 72 Prozent der Berliner kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen.

MELDUNG

Jarasch gegen Schwarz-Grün

Berlin – Mit Äußerungen der Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch ist eine Koalition zwischen Grünen und CDU nach der Wiederholungswahl unwahrscheinlicher geworden. Gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte Jarasch: „Bei der Wahl am 12. Februar wird entschieden, ob künftig die CDU regiert oder eine progressive Koalition.“ Die amtierende Bau- und Umweltsenatorin warf der CDU zudem vor, „falsch abgebogen“ zu sein. Jarasch bezog sich damit auf einen Fragenkatalog aus den Silvesterkrawallen, den die CDU-Fraktion im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses eingereicht hatte. Die Unions-Abgeordneten hatten dabei auch nach Vornamen von Festgenommenen gefragt, die eine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Aus Sicht von Jarasch benötigt Berlin „als moderne Weltmetropole eine Regierung, die ihre Gesellschaft nicht mit Diskussionen um Vornamen spaltet und Gewalt gegen Sicherheitskräfte nicht zu einer Asyldebatte umetikettiert.“

H.M.

BERLIN-WAHL

Unternehmen hegen Sorge vor den Grünen

Verbandschef Amsinck: „Es ist die Ausrichtung des Berliner Landesverbandes“

Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB) fürchtet einen größeren politischen Einfluss der Grünen in Berlin nach den Wiederholungswahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar. UVB-Chef Christian Amsinck formulierte die Bedenken auf der jüngsten Pressekonferenz seines Verbandes ganz konkret: „Es geht nicht so sehr um die Grünen an sich, sondern um die inhaltliche Ausrichtung des Berliner Landesverbandes.“

Inbesondere Spitzenkandidatin Bettina Jarasch macht dem UVB Sorgen. Jaraschs fehlende Distanzierung zu Enteignungsforderungen gegen Wohnungsunternehmen sei „für die Wirtschaft extrem schwierig“, so Amsinck. An die Kandidatin gerichtet: „Wie soll denn eine Bürgermeisterin, die ihre Sympathie für die Ent-

eignung geäußert hat, mit der Wohnungswirtschaft sprechen?“ Amsinck lobte die grüne Regierungsbeteiligung in Hessen und Hamburg sowie das grün geführte Baden-Württemberg als Gegenbeispiele. Die Grünen-Spitzenkandidatin in Hamburg habe sich vor der Landtagswahl 2020 ausdrücklich von Enteignungen distanziert.

Sogar über Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck fand der UVB-Chef vorsichtig lobende Worte. Aber die Berliner Grünen seien „anders“. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin und Brandenburg äußert er sich durchwachsen. „Die ersten Monate im neuen Jahr dürften ausgesprochen schwierig werden“, doch für das zweite Halbjahr erwarte sein Verband wieder mehr Wachstum. Für Berlin rechne man für das Gesamtjahr mit einer schwarzen Null beim Bruttoinlandspro-

dukt, für Brandenburg mit einem leichten Plus von 0,5 Prozent, wo sich vor allem der „Tesla-Effekt“ bemerkbar gemacht habe. Bei Tesla in Grünheide hätten inzwischen 8500 Menschen eine Stelle gefunden, davon 60 Prozent aus Berlin, 1200 seien vorher arbeitslos gewesen. Der E-Auto-Bauer ist inzwischen Brandenburgs größter Industriearbeitgeber. Amsinck: „Tesla hat Brandenburg verändert.“

Keine Wunschkoalition genannt

Die Auftragseingänge in der Industrie stiegen in Brandenburg 2022 um 34 Prozent, während sie im Bundesdurchschnitt um 3,8 Prozent schrumpften. Berlin stagniert. Während Grünen-Bundeschefin Ricarda Lang ihre Partei jüngst „auf dem Weg zur Wirtschaftspartei“ sieht, habe „Habeck auf den Berliner Landesverband

noch nicht abgefärbt“. UVB-Chef Amsinck mochte sich nicht auf eine Wunschkoalition für die Berliner Landesregierung nach dem 12. Februar festlegen: „Das ist nicht unsere Rolle und Aufgabe.“ Gleichwohl beklagt er die Festlegung von SPD und Grünen auf eine Fortsetzung des rot-rot-grünen Regierungsbündnisses. Sie sollten lieber am Wahlabend schauen, mit wem was möglich ist.

Der FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja hatte unlängst geäußert, dass er sich keine Zusammenarbeit mit den Grünen vorstellen könne. Diese Haltung der FDP kritisierte Amsinck. Kritik übte der UVB-Chef an der Sozialsenatorin Kipping (Linkspartei): „Wir fanden es sehr störend, dass Katja Kipping jetzt noch die Eckpunkte ihrer Ausbildungsplatzabgabe bekannt gibt.“

Frank Bücker

● MELDUNGEN

E-Autos verbannt

Fosnavåg – Die norwegische Linie Havila Kystruten nimmt als erste Reederei keine Elektro-, Hybrid- und Wasserstoffautos mehr an Bord. Betroffen ist die Strecke zwischen Bergen und Kirkenes. Zur Begründung heißt es, dass der aufwendige Löscheinatz für brennende Autos auf dem Schiff nicht zu leisten wäre. Es bestünde ein Risiko für das Leben der Passagiere. Die Entscheidung traf Havila Kystruten nach einer Risikoanalyse des Beratungsunternehmens Proactima AS, gemäß der von E-Autos eine erhöhte Brandgefahr ausgeht. Damit widerspricht Proactima AS der Behauptung, dass E-Autos nicht häufiger in Brand gerieten als Pkw mit Verbrennungsmotor, sondern nur schwerer zu löschen seien. Auslöser für die Risikobewertung war die Brandkatastrophe der „Felicity Ace“ im Februar vergangenen Jahres. Mit mehreren Tausend Luxusautos an Bord sank der brennende Frachter vor den Azoren 3000 Meter tief auf den Meeresgrund. D.J.

Mehr Ufo-Sichtungen

Washington – Die neue Untersuchungsbehörde des US-Verteidigungsministeriums AARO, die Ufos (unidentifizierte Flugobjekte) nachspüren soll, legte am 12. Januar ihren ersten Jahresbericht vor. Laut dem Dokument, das vom Office of the Director of National Intelligence (ODNI) veröffentlicht wurde, gab es zwischen dem 5. März 2021 und dem 30. August des vergangenen Jahres 366 Sichtungen von Ufos und damit eine deutliche Zunahme gegenüber der Vergangenheit. In 195 Fällen handelte es sich um Drohen, Ballons oder ähnliches. Die Informationen über den Rest sind geheim und stehen in dem Teil des Berichtes, der nur von Mitgliedern der zuständigen Kongressausschüsse gelesen werden darf. W.K.

Griff nach der Atombombe

Seoul – Südkorea erwägt angesichts des nordkoreanischen Atomwaffen- und Raketenprogramms den eigenen Griff nach der Atombombe. Laut dem südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk-yeol von der konservativen Partei Gungminui-him prüft die Regierung seines Landes zwei Möglichkeiten: die Stationierung beziehungsweise den Erwerb von US-Kernwaffen sowie die Entwicklung und den Bau eigener taktischer Nuklearsprengköpfe. Mit 67 Prozent bevorzugten mehr als zwei Drittel der Bevölkerung die zweite Lösung. Nur jeder zehnte Südkoreaner möchte US-Kernwaffen im Lande haben. W.K.



Südkoreas Präsident Yoon Suk-yeol

FOTO: KOREAN CULTURE AND INFORMATION SERVICE

KAUKASUS

Gefährlicher Konflikt kocht wieder hoch

Durch die aserbaidischen Blockade Bergkarabachs droht dort eine humanitäre Katastrophe

VON BODO BOST

Seit über einem Monat ist Bergkarabach vom Rest der Welt abgeschnitten. Vorher lieferte Armenien täglich 400 Tonnen Lebensmittel in die Region. Doch seit Wochen sind dort 120.000 Armenier, darunter 30.000 Kinder, von jeglicher Versorgung abgeschnitten. Sie sind Opfer einer Blockade Aserbaidschans, wie West-Berlin 1948/49 während der Berlin-Blockade, der Ersten Berlin-Krise.

Doch die armenischen Bewohner von Bergkarabach werden nicht wie damals die West-Berliner durch eine Luftbrücke versorgt, sie versuchen mitten im Winter unter prekären Bedingungen zu überle-

ben, ohne Nahrung, medizinische Versorgung und Strom.

Seit dem 12. Dezember 2022 verhindern von Baku entsandte aserbaidische Umweltaktivisten den Verkehr auf der einzigen Straße, welche die Provinz mit Armenien verbindet, den Latschin-Korridor, der eigentlich laut Waffenstillstand vom November 2020 von den Russen kontrolliert werden sollte.

Die Aktivisten, die im Grunde Soldaten sind, denn in Aserbaidschan gibt es keine Zivilgesellschaft, fordern Zugang zu dem von ihnen als „illegale Bergbaustätten“ beschriebenen Gebiet in den von Armeniern kontrollierten Teilen Bergkarabachs. Das dortige Kupferbergwerk ist der größte Arbeitgeber der Exklave und steht

jetzt still. Beflügelt durch seinen militärischen Erfolg im Krieg um Bergkarabach 2020 will Aserbaidschan die Kontrolle über die Region einschließlich Bergkarabach ausüben und zieht eine Autonomie für die Provinz nicht mehr in Betracht.

Alijews Ziel ist eine Umvolkung

Der Konflikt zwischen dem christlichen Armenien und dem muslimischen Aserbaidschan ist alt und eskalierte 1991/92 zu einem Krieg, den Aserbaidschan 1994 verlor. Armenien stellte damals die Landverbindung zu Bergkarabach her.

2020 nahm Aserbaidschan Revanche und machte die von den Armeniern „Arzach“ genannte Provinz wieder zu einer Exklave, die es nun, durch die Schwäche

Moskaus infolge des Ukrainekrieges, mit der Blockade in die Zange nehmen und mit Gewalt einverleiben will. Nach fünf Wochen Blockade empfahl der aserbaidischen Staatspräsident Ilham Alijew den Bewohnern der Exklave, diese mit den von Moskau eingesetzten „Lastkraftwagen der Blauhelme“ Richtung Republik Armenien zu verlassen. Ganz offen und ohne jegliche Scheu fordert Aserbaidschan einen Bevölkerungstransfer und einen Bevölkerungsaustausch im Gebiet: Armenier raus, Aserbaidschaner rein.

Doch selbst Bergkarabach scheint Alijew nicht mehr zu genügen. Im September besetzten aserbaidische Soldaten Teile der südarmenischen Provinz Sjunik zwischen dem Kerngebiet Aserbaidschans und dessen Exklave Nachtschiwan.

Der Westen schaut weg

Die armenische Führung in Bergkarabach hat die EU inzwischen gebeten, beim Aufbau einer Luftbrücke zu helfen, wie es sie 1948/1949 zur Versorgung West-Berlins während der Blockade der Sowjets gegeben hat. Doch außer einigen verbalen Bekundungen ist nichts geschehen.

Wird die Blockade Bergkarabachs nicht bald beendet, droht eine humanitäre Katastrophe. Davor aber verschließt der Westen die Augen. Denn nachdem – zumindest offiziell – kaum noch Erdgas aus Russland bezogen wird, ist Aserbaidschan zu einem Ersatzlieferant für das von Gas abhängige Westeuropa geworden. Sogar eine 50-köpfige zivile EU-Beobachterkommission an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan schaute in den letzten Wochen weg.

Russlands 2000-Mann-Friedenstruppe vor Ort, die eigentlich auch den Latschin-Korridor sichern sollte, lässt die Aserbaidschaner gewähren, obwohl Armenien im Gegensatz zu Aserbaidschan Bündnispartner Russlands in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) ist. Russlands Staatspräsident Wladimir Putin hat mit der Ukraine genug Probleme, sodass er davor zurückschreckt, Aserbaidschan zu reizen, zumal dieses Land massiv von dem NATO-Mitglied Türkei unterstützt wird.



Die Aserbaidschaner haben den lebenswichtigen Zugang blockiert: Kontrollposten am Latschin-Korridor, der Bergkarabach mit Armenien verbindet

Foto: imago/TAR-TASS

ITALIEN

Die sizilianische Mafia ist eine andere geworden

Mann von gestern: In Palermo ist der krebserkrankte Pate Matteo Messina Denaro verhaftet worden

Die letzten Tage des mutmaßlich mächtigsten italienischen Mafia-Bosses in Freiheit spielten sich in einer erbärmlichen Umgebung ab. Ein schlichtes zweistöckiges Appartement-Haus in der sizilianischen Kleinstadt Campobello di Mazara diente dem 60-jährigen Matteo Messina Denaro als Zufluchtsort. Zudem haben die Behörden am Rande des Städtchens einen unterirdischen Bunker gefunden, der Denaro wohl als Versteck diente. Der im Jahr 1993 untergetauchte Nachfolger der in Haft verstorbenen Bernardo Provenzano und Salvatore Riina könnte der letzte klassische Pate gewesen sein.

Denaro unterschied sich von seinen Vorgängern, welche die wenig schmeichelhaften Spitznamen „Traktor“ und „Bestie“ trugen, bereits durch sein öffentliches Auftreten. „Rolex“ nennen sie ihn auf Sizilien, weil er eine Vorliebe für teure Uhren hat. Geboren in einer Mafia-Familie lebte der junge Denaro das Leben eines Beachboys. Rauschende Feste, große Sportwagen, auffälliger Schmuck und jede

Menge schöne Frauen – das trennte ihn von den „Alten“, die nach außen biedere Familienväter waren. Geeint hatte sie ihre Brutalität.

Drei Jahrzehnte jagten die nationalen und internationalen Behörden einem Phantom hinterher. Er wurde in der Schweiz, den USA und bei einem Formel-1-Rennen in Monte Carlo gesichtet. Angeblich. Die Realität sieht trister aus. Noch sind nicht alle Details bekannt, aber es gilt als wahrscheinlich, dass Denaro zumindest die letzten Jahre in seiner sizilianischen Heimat verbracht hat. Dort ist die Cosa Nostra mittlerweile nur noch ein Schatten ihrer selbst.

In den 1990er Jahren hatte die Mafiaorganisation mit blutigen Anschlägen auf Staatsanwälte und Morden von Abtrünnigen für Entsetzen gesorgt. Provenzano und Riina wurden überführt, eine Tatbeteiligung Denaros, damals Heißsporn in der zweiten Reihe, gilt als wahrscheinlich.

„Die Cosa Nostra ist von der kalabrischen Ndrangheta unter ihre Fittiche ge-

nommen worden, um nicht weiter an Bedeutung zu verlieren“, sagte der Mafia-Experte Sandro Mattioli. Sie hat ihre Strategie längst geändert.

Statt auf Drogenhandel und blutige Exekutionen auf offener Straße hat sie europaweit zum Marsch durch die Institutionen angesetzt. Es sind Unternehmer, Anwälte und auch Politiker, welche die Clans mittlerweile führen. Es sind Menschen, die ein Leben im Untergrund, wie es die „Alten“ führen mussten, nicht führen wollen.

„Messina Denaro ist ein Hüter von vielen Geheimnissen, die nun ans Tageslicht kommen könnten“, sagte Gaetano Grasso, Politiker und Unternehmer, der in Italien an der Spitze einer Anti-Mafia-Bewegung steht. In Italien herrscht die Vermutung, Denaro habe seinen Komplizen eine öffentliche Zurückhaltung verordnet. Dafür habe die Politik ein Auge zugedrückt.

Anders ist es in der Tat kaum zu erklären, dass ein weltweit gesuchter Mann 30 Jahre lang unerkannt unter falschem

Namen in seiner Heimat leben konnte, ohne entdeckt zu werden. „Das ist ein sehr heikles Thema“, sagte Mattioli: „Trotz jahrelanger Ermittlungen ist nichts Konkretes bekannt.“

Die neue italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat sich die Festnahme Denaros als Erfolg auf die Fahnen ihrer Regierung schreiben lassen. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Meloni. Dabei war sie gleich nach Amtsantritt unter Druck geraten, weil sie sich weigerte, ein Anti-Geldwäsche-Gesetz ihrer Vorgänger weiterzuführen. Das sei ein Freifahrtschein für die Mafia, sagten Kritiker.

Möglicherweise hat die neue Generation der Mafia sich auch einfach eines Mannes entledigt, der entbehrlich geworden ist. Der 60-Jährige leidet seit Jahren an einem Darmtumor mit Metastasen in der Leber. Der Zustand sei ernst, erklärten die behandelnden Ärzte. „Die Mafia ist nicht tot. Sie ist anders. Denaro wird keine Rolle mehr spielen“, sagte der linke Politiker Grasso. Peter Entinger

VON WOLFGANG KAUFMANN

Anfang Dezember flog ein Korruptionsskandal im EU-Parlament auf. Offenkundig hatte das Golfemirat Katar mehrere EU-Politiker rund um die damalige griechische Vizeparlamentspräsidentin Eva Kaili bestochen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Daraus resultierte am 15. Dezember eine Resolution des Europaparlaments, in der Katar heftig kritisiert wurde.

Keine Erwähnung darin fand, dass das nordwestafrikanische Königreich Marokko ebenfalls mehrere Abgeordnete in Straßburg auf seiner Gehaltsliste führte. Und das teilweise wohl bereits seit zehn Jahren. Westlichen Geheimdiensten zufolge soll der damalige italienische sozialistische EU-Abgeordnete und Leiter der Maghreb-Delegation des Parlaments Pier Antonio Panzeri, der auch im Katar-Korruptionsskandal eine Schlüsselrolle spielt, schon 2013 für Marokko gearbeitet haben.

Belgischer Geheimdienstserfolg

Darüber hinaus fand der belgische Staatssicherheitsdienst (VSSE) in Zusammenarbeit mit vier befreundeten Geheimdiensten heraus, dass Panzeri 2019 von dem marokkanischen Geheimdienst DGED angeworben wurde. Das Gleiche galt wahrscheinlich für die Europaabgeordneten Andrea Cozzolino, Alessandra Moretti und Brando Benifei von der Partito Democratico (PD) aus Italien sowie Marie Arena von der Parti Socialiste (PS) aus Belgien.

Laut dem belgischen Staatssicherheitsdienst „pilotierte“ der DGED-Agent Abderrahim Atmoun diese „Freunde Marokkos“, während sie innerhalb der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) Lobbyarbeit zugunsten des Maghreb-Staates betrieben. Panzeri und Cozzolino standen darüber hinaus wohl auch im direkten Kontakt zum DGED-Chef Mohammed Yassine Mansouri.

Die Unterwanderung des EU-Parlaments resultierte aus dem starken Interesse Marokkos, politische und wirtschaftliche Entscheidungen der Europäischen Union zu beeinflussen, nachdem ein Antrag auf Mitgliedschaft im Jahre 1987 abgelehnt worden war. So strebt das Königreich danach, seine Ansprüche auf das südlich angrenzende, völkerrechtlich umstrittene Territorium der Westsahara, das es seit 1975 zu großen Teilen besetzt hält, zu untermauern.

Als Mittel zum Zweck diente zunächst ein Fischereiabkommen mit der Europäischen Union, das auf die praktische An-



Soll bereits 2013 für Marokko gearbeitet haben und 2019 von dem marokkanischen Geheimdienst DGED angeworben worden sein: Der italienische Politiker und ehemalige Europaabgeordnete Pier Antonio Panzeri
Foto: pa

EUROPAPARLAMENT

Alle reden über Katar, aber Marokko schmierte wohl auch

Der afrikanische Nachbar der EU hat gute Gründe, auf EU-Entscheidungen Einfluss nehmen zu wollen – hängt von diesen doch viel für ihn ab

Erkennung der marokkanischen Oberhoheit über die Westsahara durch die EU hinausliefe.

Dieses Abkommen wurde 2019 vereinbart, allerdings im September 2021 vom Europäischen Gerichtshof für rechtswidrig erklärt, weil es ohne die Zustimmung der Bevölkerung der Westsahara zustande gekommen war. Ob der Vertragsabschluss auch aus den Bemühungen der DGED-Kontaktpersonen resultierte, ist nun Gegenstand der Ermittlungen.

Nach einer Niederlage ging es los

Des Weiteren braucht Marokko Europa als Handelspartner. Zwei Drittel der marokkanischen Ausfuhren mit einem Wert von zuletzt über 15 Milliarden Euro gehen in die EU. Hinzu kommen von dem Königreich erbrachte Dienstleistungen im Wert von sechs Milliarden Euro. Marokkos

Handel profitiert dabei sehr von dem Assoziierungsabkommen mit der EU sowie der Einrichtung einer Freihandelszone.

Außer als Geschäftspartner ist die EU für Marokko auch als spendabler Geldgeber wichtig. Marokko ist mittlerweile zu einem der größten Empfänger von EU-Mitteln im Rahmen des Programms Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) geworden. Zwischen 2014 und 2020 flossen bereits 1,4 Milliarden Euro – und das soll künftig auch so weiter gehen. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verständlich, dass Marokko die bestehenden Beziehungen unbedingt weiter vertiefen möchte.

Genau wie Katar stritt Marokko bislang ab, EU-Parlamentarier gekauft zu haben, um sich Vorteile zu verschaffen. Der Außenminister des Königreiches, Nasser Bourita, bezeichnete die Vorwürfe Anfang Januar als „Schikane“ und Ver-

such, die guten Beziehungen zwischen seinem Land und der EU zu torpedieren.

Dennoch gab es bereits eine erste wirtschaftliche Reaktion seitens der EU. Am 12. Januar legte die EU-Kommission erhöhte Zölle für die Einfuhr von Aluminiumlegierungen aus Marokko fest. Fünf Jahre sollen sie gelten.

Nun steht abzuwarten, wie die Regierung in Rabat kontern wird. Da der Maghreb-Staat auf die Einnahmen aus seinen Exporten dringend angewiesen ist und mangels entsprechender Ressourcen auch nicht mit der Einstellung von Öl- oder Gaslieferungen drohen kann, bleibt ihm letztlich als Sanktions- und Druckmittel wohl nur, die Migrationskarte zu spielen und die im Juli 2022 erneuerte operative Partnerschaft mit der EU bezüglich der Eindämmung illegaler Grenzübertritte in Frage zu stellen.

ÖFFENTLICHER DIENST

„Es wird konfliktreich“

Verdi und Beamtenbund fordern 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro als Festbetrag

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) und der Dachverband von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors DBB Beamtenbund und Tarifunion fordern für die kommende Tarifrunde 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 500 Euro als Festbetrag. Seit vergangenen Dienstag verhandeln Arbeitgeber und Gewerkschaften über die ab dem 1. dieses Monats zu zahlenden Lohnzuschläge. Verdi-Chef Frank Werneke und der DBB-Vorsitzende Ulrich Silberbach wiesen bei einem Pressetermin darauf hin, dass sie diesmal energisch kämpfen würden.

Die Zahl der lohnabhängigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen und beträgt nunmehr 5,095 Millionen. 2010 waren es noch rund viereinhalb Millionen. Zum öffentlichen Dienst gehören

Feuerwehr und Polizei, aber auch „politische Führung“ und „zentrale Verwaltung“ mit gut einer halben Million Mitarbeitern. In der Bürokratie des Wohnungsbaus und angeschlossener Fachgebiete finden 126.000 Leute Beschäftigung.

Weitere Stellen wurden in den letzten Jahren im Rahmen von Frauenförderung, Gleichstellung und Einführung von Gendersprache geschaffen. Diese bewegen sich häufig in den Endstufen des gehobenen Dienstes oder gar im höheren Dienst.

Ulrich Silberbach vom Beamtenbund formuliert glasklar: „Es wird konfliktreich, denn die Arbeitgeber verfallen da gerade in alte Wehklage-Muster. Sie haben immer noch nicht verstanden, dass sie in der Krise etwas für die Beschäftigten tun müssen – Energiepreisbremse hin oder her. Denn die reicht bei Weitem nicht.“ „Die Beschäftigten sollen die Sicherheit bekommen, dass sie keinen Real-

lohnverlust hinnehmen müssen“, so Silberbach. Werneke macht klar, dass es diesmal keine „Einmalzahlungen“ geben solle. „Einmalzahlungen sind Strohhalm“, so der Verdi-Chef.

Karin Welge, Präsidentin und Verhandlungsführerin der kommunalen Arbeitgeber, sieht bei Erfüllung der Lohnforderungen die „Energiewende“ gefährdet: „Die hohen Kostensteigerungen durch die steigenden Energiepreise betreffen Kommunen und kommunale Unternehmen gleichermaßen. Wir können in den Kommunen das Geld nur einmal ausgeben. Wir brauchen genügend Mittel, um den Herausforderungen durch die Klimakrise gerecht zu werden und eine nachhaltige Mobilitätswende zu erreichen. Das sind auch Investitionen in nachfolgende Generationen ... Daher appelliere ich erneut an die Gewerkschaften, dass wir im Rahmen der jahrelang bewährten Sozial-

partnerschaft unserer gemeinsamen Verantwortung in diesen schwierigen Zeiten gerecht werden sollten, um ein angemessenes Ergebnis zu erzielen.“

Beim Fachkräftemangel scheint der öffentliche Dienst keine Ausnahme zu machen. Derzeit gebe es 360.000 fehlende oder unbesetzte Stellen, klagt der Vorsitzende des Beamtenbunds. Auf Länderebene sieht es im vergleichsweise wirtschaftsstarken Bayern personalmäßig noch gut aus. Dort werden übertarifliche Zulagen und Prämien gezahlt, um mit der Bezahlung in der Privatwirtschaft mithalten zu können.

Die öffentliche Hand wird sich Gedanken darüber machen müssen, welche Aufgaben sie künftig noch leisten will. Bei der Einführung des Grundrentenzuschlags zeigte sich, dass derartige Bürokratiemonster von den Mitarbeitern nur schwer zu bewältigen sind. Frank Bücker

MELDUNGEN

Hintertür Indien

London/Brüssel – Laut einem Bericht der britischen Tageszeitung „The Guardian“ lassen gestiegene Ausfuhren darauf schließen, dass Indien als Hintertür dient, um russisches Erdöl auf den europäischen Markt zu bringen. Laut dem Zeitungsbericht importierte Indien vor dem Ukrainekrieg vergleichsweise wenig Rohöl aus Russland aufgrund der relativ hohen Transportkosten. In den letzten Monaten indes ist die Einfuhr von russischem Rohöl nach Indien stark gestiegen. Ebenso exportiert Indien nun mehr Öl. Auf Anfrage des Wirtschaftsdienstes Bloomberg machten die drei staatlichen Ölkonzerne Indian Oil Corp, Hindustan Petroleum und Bharat Petroleum keine Angaben, ob sie russisches Öl einführen oder exportieren. Laut dem „Guardian“ gehen Branchenexperten davon aus, dass Energiehändler in Englands Südwesten weiterhin auf russische Lieferungen von Dieselmotortreibstoff zurückgreifen. H.M.

Moskaus Gas in Wilhelmshaven

Berlin – Laut der deutschen Bundesregierung ist ihr bekannt, dass Russland Flüssigerdgas (LNG) nach Europa exportiert, und es könne auch nicht ausgeschlossen werden, „dass Deutschland im Jahr 2022 indirekt über LNG-Terminals europäischer Nachbarstaaten russisches Flüssigerdgas erhalten hat“. Entsprechend antwortete die Regierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken. Im Dezember ist in Wilhelmshaven Deutschlands erster Anleger für Schiffe mit Flüssigerdgas in Betrieb genommen worden. Die Bundesregierung hat sich insgesamt fünf schwimmende Flüssigerdgasterminals gesichert. Das erste privat finanzierte Flüssigerdgasterminal hat am 14. Januar in Lubmin am Greifswalder Bodden den Betrieb aufgenommen. H.M.

Sinkendes Wachstum

Peking – Chinas Wirtschaftswachstum ist von 8,1 Prozent im Jahre 2021 auf nur noch drei Prozent im vergangenen Jahr gesunken. Auch innerhalb des Jahres ging es bergab. War im November 2022 Chinas Wirtschaft noch um 3,9 Prozent größer gewesen als im gleichen Monat des Vorjahres, so betrug der Unterschied zwischen den Dezemberrunden beider Jahre nur noch 2,9 Prozent. Nach der allmählichen Lockerung der Anti-Corona-Maßnahmen hoffen Experten, dass der Konsum wieder Fahrt aufnehmen wird. Doch derzeit zumindest sieht es noch anders aus. Die Bevölkerung ist verjüngt und verunsichert. Restaurants und Bars sind weitgehend leer. Hinzu kommt eine gravierende Immobilienkrise. Vor drei Jahren hatte die Regierung Kreditvergabebeschränkungen für Bauträger eingeleitet. Die Folgen waren katastrophal. Viele Bauträger, darunter große Konzerne, gerieten in dramatische finanzielle Schwierigkeiten. Nun sollen Kredithilfen und finanzielle Unterstützung für verschuldete Wohnungsbaugesellschaften die Wende bringen. P.E.

KOMMENTARE

Das Bürgertum ruht

RENÉ NEHRING

Seit Jahren krepeln die Grünen systematisch die deutsche Gesellschaft um. Unter dem Vorwand, das Klima – wenn nicht gar die ganze Welt – retten zu wollen, treiben sie sowohl die etablierten Parteien der Mitte als auch die deutsche Wirtschaft vor sich her. Selbst Schwergewichte etwa der Automobilindustrie, die noch vor wenigen Jahren hämisch über die Partei der Lastenradfahrer spoteteten, beteiligen sich heute eifrig am Umbau der deutschen Volkswirtschaft in eine „klimaneutrale Industriegesellschaft“.

Das Faszinierende daran ist, dass die Grünen, obwohl sie bei der letzten Bundestagswahl 2021 mit gerade einmal 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen das beste Ergebnis ihrer Parteigeschichte einfuhren, heute nahezu 100 Prozent des Zeitgeistes bestimmen. Weder die sozialdemokratischen und liberalen Koalitionspartner noch die Union, die als die bundesrepublikanische Staatspartei schlechthin ein anderes Selbstvertrauen haben sollte, wagen einen ernsthaften Widerspruch.

Ein wesentlicher Grund für den grünen Erfolg ist die jahrelange Vernachlässigung einer eigenen Grundsatzarbeit durch die Parteien der Mitte. Während die Grünen mit dem „Kampf gegen den Klimawandel“ ein Thema entwickelten, das sowohl die eigenen Anhänger als auch die Wähler mobilisierte, sind die etablierten Parteien meist sogar stolz darauf, tradierte Überzeugungen als „ideologischen Ballast“ abgeworfen zu haben und so bei Regierungsbeteiligungen besser anschlussfähig zu sein.

Die Grünen hingegen gaben ihre ideologischen Ziele nie auf. Mittels außerparlamentarischer Vorfeldorganisationen, den NGOs, gelang es ihnen, auf immer weiteren Politikfeldern die Agenda zu bestimmen – bis die etablierten Parteien nur noch das nachplapperten, was die Grünen ihnen vorgaben.

Genau hier liegt der Schlüssel für die Parteien der Mitte. Sie müssen wieder eigene Überzeugungen entwickeln und diese mutig in Debatten vertreten. Als Stütze mag ihnen dabei die Erinnerung daran helfen, dass 85 Prozent der Deutschen nicht grün wählen.

Zukunft vergrault

HANS HECKEL

Wenn Kanzler Scholz am 2. Februar zur Eröffnung der ersten Plasmid-DNA-Produktion der Firma Biontech in Marburg weilt, könnte selbst ihm ein Schatten übers professionelle Grinsen fahren. Denn wie zwischenzeitlich bekannt wurde, verlegt die Mainzer Firma einen wichtigen Teil ihrer Krebsforschung nach Großbritannien.

Als Grund für die Verlegung gibt Biontech die viel zu langsame deutsche Bürokratie an. Die Briten seien da rascher und arbeiteten besser mit den Wirtschaftsunternehmen zusammen. Das Unternehmen wurde zwar durch seinen Corona-Impfstoff weltbekannt. Doch das eigentliche Kerngeschäft von Biontech ist die Forschung an Krebstherapien auf gentechnischer Basis.

Der Wegzug ist ein Alarmzeichen. Auch, weil die Firma nicht etwa ins benachbarte Frankreich gezogen ist, sondern gleich der EU an sich teilweise den

Rücken kehrt. Beim Corona-Impfstoff konnte Biontech offenbar von (vielfach kritisierten) Sondergenehmigungen profitieren und damit Schnelligkeit gewinnen. Bei allem anderen aber bleiben die Entwickler der trägen Normalbürokratie ausgeliefert. Dahinter steht eine Politik, die aus ihrer Aversion gegen die Gentechnik keinen Hehl macht – mit der erstaunlichen Ausnahme der Corona-Impfstoffe.

Das zuvor hoch verschuldete Mainz wurde durch Biontechs Steuern um Milliarden reicher, eine Erfolgsgeschichte, die ihren Zenit offenbar überschritten hat. So vergrault Deutschland Spitzentechnologie und -forschung. Die politisch verursachten hohen Energiepreise treiben derweil auch andere Vorzeigekonzerne wie Bayer oder BASF aus dem Land. Beide wollen in China expandieren. Bayer bezeichnet Deutschland als „innovationsunfreundlich“. So untergraben die Politik und die von ihr ausgehende Bürokratie den Wohlstand.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:

Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

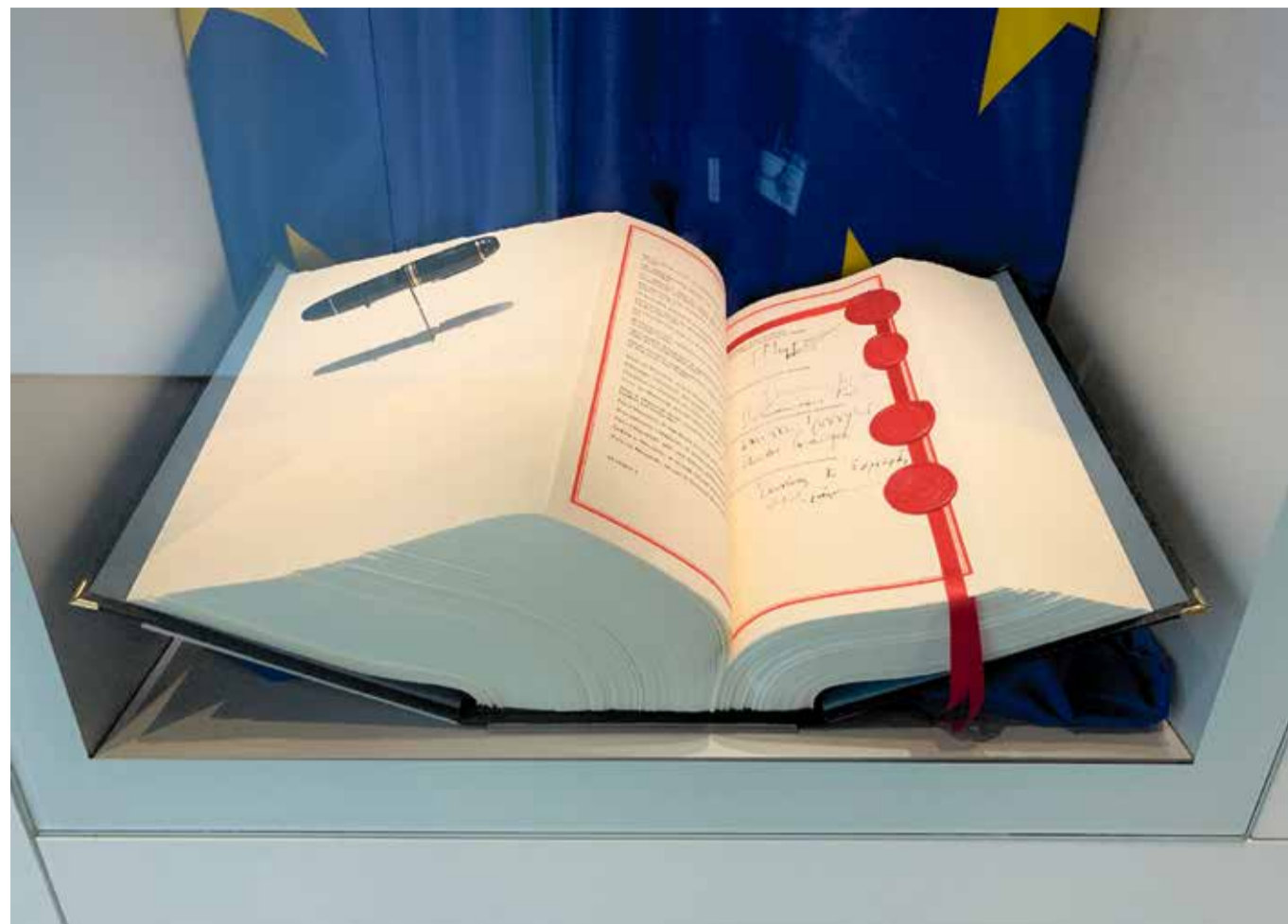
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Fax/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Einfallstor für das Ausländerwahlrecht: Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992

KOLUMNE

Agenda für ein anderes Volk

FLORIAN STUMFALL

Die grün dominierte Ampelkoalition in Berlin macht sich daran, ein Wahlrecht für Ausländer einzuführen. Da man sich darüber im Klaren ist, dass ein solches Vorhaben unter den gegebenen Umständen an den Bestimmungen des Grundgesetzes scheitern muss, geht man taktisch vor, das heißt, man strebt nicht den großen Wurf an, der mit einer Bewegung die Dinge ändert, sondern setzt auf ein schrittweises Vorgehen.

Dieses ist im EU-Recht vorgezeichnet. In der Europäischen Union sind alle EU-Bürger berechtigt, an den Kommunalwahlen ihres Hauptwohnsitzes teilzunehmen. Diese Bestimmung wurde im Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 so vereinbart und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vom 9. Mai 2008 so festgelegt.

Die Bestimmung gilt nur für Bürger der EU und nur für Kommunalwahlen. Allerdings dient sie jenen, die alles, was an nationalstaatlichem Bestand noch vorhanden ist, endgültig schleifen wollen, als Hebel, um die beiden Einschränkungen aufzuheben. Auch in diesem Bestreben ziehen die extreme Linke und die Eurokraten an einem Strang.

Es erhebt sich die Frage, ob eine Bestimmung, die bis an die Grenze staatsrechtlicher Möglichkeiten geht, als Argument dienen kann, auf diesem Weg noch weitere Schritte zu tun. Dass das Prinzip verletzt worden ist, welches das Wahlrecht unabdingbar an die Staatsbürgerschaft geknüpft, ja, festgelegt hat, dass diese Verbindung einen Wesenskern der demokratischen Ordnung darstellt, darf nicht als Argument dafür dienen, es nun völlig zu zertrümmern.

So hält die erste der beiden Einschränkungen, die Beschränkung auf EU-Bürger, dem ersten prüfenden Blick nicht stand. Denn angesichts einer noch anwachsenden Flut von doppelten Staatsbürgerschaften verliert diese Einschränkung so stark an Wirkung, dass als nächster Vorstoß das Argument zu erwarten ist, man solle sie, da sie ihren Zweck ohnehin nicht erfülle, ganz streichen.

Ausweitung des Wahlrechts

Die zweite Einschränkung, diejenige auf den kommunalen Bereich, lässt erkennen, dass ihre Urheber weit vom Souverän, dem Bürger und dessen erster Vertretung,

den Gemeinde- und Kreisräten, entfernt sind. Unverkennbar ist die Bestimmung von oben diktiert, wo doch der Aufbau eines freiheitlichen Staates von unten nach oben geht; vom Gemeinderat zum EU-Parlament, vom Wähler zum Präsidenten. Die Kommunalpolitik ist keine Volksvertretung der minderen Art, sie ist vielmehr die grundlegende, unmittelbar und als einzige direkt legitimierte Körperschaft, worauf die anderen aufbauen. Eine Bestimmung, die danach klingt, in den Kommunen komme es nicht so darauf an, lässt Hochmut erkennen und die Missachtung des Wahlbürgers.

Auf solche Weise nimmt man dem Staat sein Staatsvolk und damit einen der drei Faktoren, aus denen er besteht

So empfiehlt sich also das EU-Recht in Sachen Wahlberechtigung nicht als Wegweisung für ein Ausdehnen und schließliches Überdehnen dieser Bestimmung. Zudem muss die Überlegung Rücksicht finden, was ein Ausländerwahlrecht, vor allem ein unbedingtes, an Wirkungen über die unmittelbare Wahl hinaus zeitigt.

Die Rechtswissenschaft kennt dreierlei Zugehörigkeiten zu einem Staat. Die erste ist die rein formale, die sich im Besitz eines Passes darstellt. Hier fällt bereits auf, dass dieselben Kräfte, die das Ausländerwahlrecht befürworten, mit großem Druck daran arbeiten, den Erwerb eines deutschen Passes immer leichter zu gestalten. Die Tendenz der Änderung von Staatsbürgerschafts- und Wahlrecht geht in dieselbe Richtung. Es soll der Bedeutungslosigkeit verfallen, was nächst dem Besitz eines Passes weiter die Staatszugehörigkeit beschreibt.

Das ist zum zweiten die natürlichste Gegebenheit, dass jemand in einem Land von einheimischen Eltern geboren und in diesem Umfeld gleich anderen seiner Art aufgewachsen ist. Das ist das nationale Geburtsrecht, das man im Gegensatz zu einem Papier nicht erwerben kann. Das dritte Kennzeichen ist das Bekenntnis zu dem Staat, von dem jemand aufgenom-

men werden will, also die Bereitschaft, sich Geschichte und Geisteswelt, Sprache und Kultur, Sitten und Besonderheiten, welche das betreffende Land auszeichnen, zu eigen zu machen.

Salamtaktik der Ampelkoalition

Nimmt man nun alle Voraussetzungen des Wahlrechts als grundlegendes Kennzeichen der Zugehörigkeit weg, so verlieren auch die anderen Formen ihre Bedeutung, die das Verhältnis zu einem Staat beschreiben: das Geburtsrecht ebenso wie das Bekenntnis und schließlich auch die formale Mitgliedschaft. Was diese letztere angeht, so hat sie bereits für viele ihre Anziehung eingebüßt, seit Zuwanderer bei Zuweisungen des Sozialstaates besser dastehen als Einheimische.

Das am meisten stabilisierende Element eines jeden Gemeinwesens geht auf diesem Wege verloren, nämlich die Loyalität zur Gesamtheit. Die doppelte Staatsbürgerschaft tut ein Übriges. Und wer, um am deutschen Beispiel zu bleiben, den deutschen Pass leichter bekommt als einen Fischereischein, von dem kann man nicht erwarten, dass er vor dem Papier, geschweige denn vor den Autoritäten Achtung empfindet, die es ausgestellt haben. Auf solche Weise nimmt man dem Staat dessen Staatsvolk und damit einen der drei Faktoren, aus denen er besteht.

Das Staatsvolk wird zur Bevölkerung, und genau diesen Begriff gebrauchen die Befürworter des grenzenlosen Wahlrechts. Ziel ist die Gleichsetzung der beiden Begriffe zulasten des Staatsvolkes. Der Staat wird auf diese Weise in seinen Grundfesten in Frage gestellt, eine zutiefst grüne Agenda. So auch die Stimmen, die sich in dem Sinne äußern, man solle auf dem Reichstag zu Berlin die Aufschrift „Dem Deutschen Volke“ tilgen. Auf dem Staatsgebiet vorhanden zu sein, soll dafür ausreichen, Rechte auszuüben.

Von Belang ist dabei, wie es andere europäische Länder in dieser Frage halten. Es ist schwer vorstellbar, dass Frankreich seine immer noch nicht ausgeträumte Illusion von der „Grande Nation“ zugunsten des deutschen Beispiels opfern wird. Und Ungarns Präsident Viktor Orbán tut seinem Land sicher nichts dergleichen an, aus gutem Grund – daher verfolgt ihn die grün-rote Linke mit ihrem Hass.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Griesgram mit Herz

In „Ein Mann namens Otto“ überzeugt Tom Hanks in der Neuverfilmung eines schwedischen Kinofilms – Deutscher Einfluss ist spürbar

VON HARALD TEWS

Vorsicht: Warnhinweise. Solche bringt man neuerdings an viele kulturelle Produkte an, damit sich zartbesaitete Minderheitengruppen nicht ein Trauma fürs Leben zuziehen, wenn sie in Oper, Film oder Literatur etwas über Mord, Rassismus oder koloniale Gräueltaten lesen, hören oder sehen müssen. Der Kinofilm „Ein Mann namens Otto“, der am 2. Februar in unseren Kinos startet, verstößt mindestens gegen zwei solcher Vorgaben, ohne dass es vorab „Triggerwarnungen“ gibt.

Zum einen geht es um Selbstmord, zum anderen steht ein alter weißer Mann im Vordergrund, was allein schon für viele ein Anzeichen für strukturelle Gewalt ist. Ein dritter Warnhinweis hätte aber der Tatsache gelten müssen, dass es sich bei dem US-Film um das Remake eines schwedischen Originals handelt. Neuverfilmungen sind ein gängiges Übel, mit dem Hollywood-Produzenten aus einem häufig aus Europa übernommenen guten Stoff weiteren Profit schöpfen wollen. Das Ergebnis ist dann ein meist schlechterer, fürs US-Publikum mündgerecht servierter Mainstream-Film, der dann schnell in der Versenkung verschwindet.

Bei „Ein Mann namens Otto“ dürfte das anders sein. Der Film steht durchaus auf Augenhöhe mit der Vorlage „Ein Mann namens Ove“ von 2015, die ihrerseits auf einem Romanbestseller des schwedischen Autors Fredrik Backman basiert. Geschildert wird die Geschichte eines pedantischen Rentners, der in seiner mit einer Schranke abgesicherten Wohnsiedlung keinen Lebenssinn mehr sieht, nachdem seine Frau an Krebs gestorben ist. Seine



Ordnung muss sein: Otto (Tom Hanks) räumt mit einer geradezu deutschen Gründlichkeit rechtzeitig den Schnee weg

Selbstmordversuche scheitern allerdings kläglich auch dank einer quirligen Immigrantin aus Mexiko, die mit ihrem Mann, einem handwerklich unbegabten Trottel mit zwei linken Händen, und deren Kindern ins Nachbarhaus gezogen ist.

Ohne engelhaftige Zuwanderer scheint heute nichts mehr zu gehen. So viel zeitgeistig angepasste Moral muss wohl sein. Wen das nicht stört, der wird an „Ein Mann namens Otto“ Gefallen finden. Der Mann, der den schrulligen Alten mit dem urdeutschen Namen Otto spielt, ist einer

der ganz Großen Hollywoods: Tom Hanks. Der aber steckt gerade in der Krise: Für die Rollen als adipöser Manager im „Elvis“-Film (die PAZ berichtete) und als Geppetto in Disneys Neuproduktion von „Pinocchio“ ist er aktuell für den Anti-Oscar, die „Goldene Himbeere“, nominiert. Dafür rehabilitiert er sich jetzt als mürrischer Otto, der den Nachbarn mit seinem Ordnungswahn auf die Nerven fällt.

Früher hatte man solche gutherzigen Griesgramme dem Schauspieler Walter Matthau auf den Leib geschrieben. Ver-

körpert hatte er sie neben seinem Filmpartner Jack Lemmon in Klassikern wie „Ein seltsames Paar“ und „Ein verrücktes Paar“ nebst Fortsetzung. Tom Hanks, der üblicherweise auf die Rolle des ewigen Sympathieträgers abonniert ist, macht seine Sache jedoch auch als übellauniger Senior gewohnt routiniert und gut.

Regisseur stammt aus Ulm

Ihm kommt zugute, dass eines schnell klar wird: Otto ist keiner von diesen alten weißen rassistisch-vorurteilsbeladenen

Männern, die ihrerseits von der jungen, „woken“ Generation oft nicht ohne Skepsis vorverurteilt wird. Dass er im Laufe des Films kurzerhand einer jungen Transperson eine Unterkunft in seinem leeren Haus anbietet, ist eine wohlmeinende, den Bogen jedoch überspannende Zutat.

Seine Stärken spielt der Film aus, wenn er Ottos Suizidversuche durch Erhängen per maßgeschneidertem Strang, durch Sturz vor den Zug oder durch Autogase auf tragikomische Weise scheitern lässt. Oder wenn in Rückblenden die Liebe zu seiner Ehefrau Sonya sowie ihr Unfall, durch den sie später auf einen Rollstuhl angewiesen sein wird, auf rührend-herzberührende Weise geschildert wird.

An solchen melancholischen Szenen, die nie ins Sentimentale abgleiten, stellt man die deutsche Handschrift dieser US-Produktion fest. Regisseur Marc Forster stammt aus Ulm, wuchs in der Schweiz auf und stieß in den USA zum Film. Dort drehte er Gefühlsdramen wie „Monster's Ball“, „Drachenläufer“ oder „Christopher Robin“, aber auch den Bond-Film „Ein Quantum Trost“, den Actionkracher „Machine Gun Preacher“ oder den Zombie-Grusel „World War Z“.

Neben solchen Blockbustern erscheint „Ein Mann namens Otto“ wie eine Fingerübung des Regisseurs. Aber eine, die herzbewegend ist. Das Herz spielt in dem Film, in dem Hanks' jüngerer Sohn Truman in dessen erster Filmrolle in Rückblenden als der junge Otto mitwirkt, eine große Rolle. Denn dieser Nörgler, dessen Leben mit viel Witz aus dem Trott gerät, hat ein großes Herz, ein zu großes, wie sich herausstellen wird. Freude und Trauer sind daher gleichermaßen das Herzstück dieser anrührenden Neuverfilmung.

NORMAN MAILER

Ein Titan der Kriegsliteratur

Vor 100 Jahren kam der Autor von „Die Nackten und die Toten“ zur Welt – Er bewunderte einen Danziger

Das Titanentreffen hätte nicht denkwürdiger ausfallen können. Im Juni 2007 kamen in der New Yorker Public Library der Danziger Literaturnobelpreisgewinner Günter Grass und der zweifache Pulitzer-Preisträger Norman Mailer zusammen, um für ihre neuesten Werke zu werben. Grass stellte die englische Übersetzung seiner autobiographischen Erzählung „Beim Häuten der Zwiebel“ vor und Mailer sein letztes Werk: die Biographie „Das Schloss im Wald“ über den jungen Hitler.

Dabei kam es zu skurrilen Bekenntnissen zweier alter Männer, die noch den Zweiten Weltkrieg als Soldaten auf unterschiedlicher Seite miterlebt hatten. Angesprochen darauf, dass sein Freund Grass in „Beim Häuten der Zwiebel“ seine Mitgliedschaft in der Waffen-SS erstmals publik gemacht hat, sagte der jüdische Autor Mailer: „Hätte ich in meinen Schuhen gesteckt, wäre ich wohl bei der SS gelandet.“

Der am 31. Januar 1923 im US-Bundesstaat New Jersey geborene Mailer weiß selbst am besten, was der Krieg aus einem Menschen machen kann. Man sei schließlich immer Kind der Zeit, der man sich vor allem in jungen Jahren schwer entziehen kann. Eindrücklich hat er diese Marter des Krieges 1948 in seinem Debütwerk „Die Nackten und die Toten“ geschildert. In dem autobiographisch geprägten Kriegsroman schildert Mailer die schlechende

Enthumanisierung einer Handvoll Soldaten, die auf einer unbedeutenden fiktiven Pazifikinsel gegen dort stationierte Japaner eine Aufklärungsexpedition durchführt, die sich am Ende als sinnlos erweist. Mit diesem Werk schuf Mailer eine rühmliche Ausnahme gegenüber jenen patriotischen Rührstücken aus US-Produktion mit einem klar definierten Freund-Feind-Schema. In Mailers 1958 auch verfilmten Roman sind die GIs nicht minder brutal und „faschistoid“ als die ebenfalls nur ums Überleben kämpfenden Japaner.

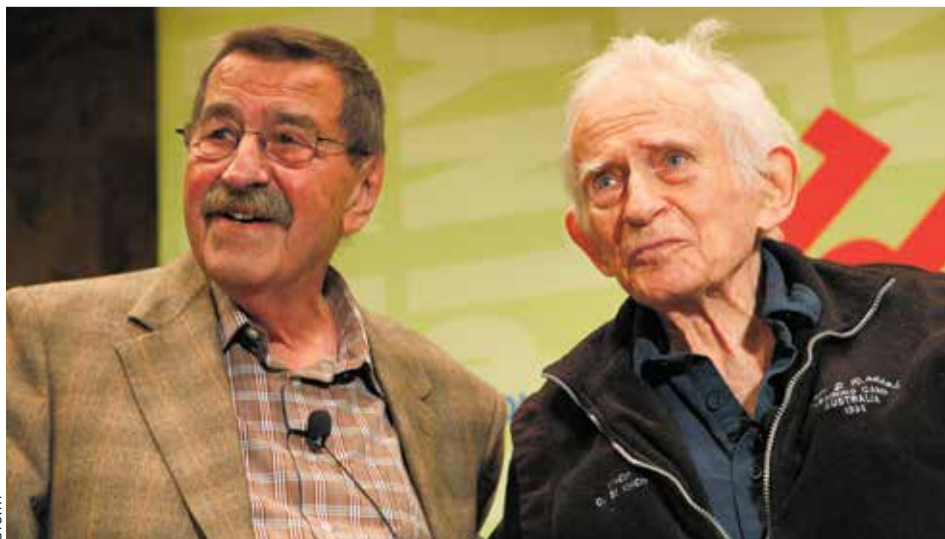
Jahrzehntelang litt Mailer darunter, dass er nach „Die Nackten und die Toten“ keinen vergleichbaren literarischen Erfolg draufsatteln konnte. Ergebnis war, dass sich die im Krieg erlebten Gewaltexzesse ins Privatleben übertrugen. 1960 stach er seine zweite Ehefrau nieder, was ihm eine dreijährige Bewährungsstrafe eintrug. Und elf Jahre später verpasste er seinem Schriftstellerkollegen Gore Vidal eine Kopfnuss. Beim Treffen mit Günter Grass lobte er diesen ausdrücklich, seine SS-Vergangenheit aufgearbeitet zu haben.

Mailer selbst sei nie in der Lage gewesen, seine Untaten literarisch zu verarbeiten.

Um wieder im Rampenlicht zu stehen, bewarb sich der Schriftsteller 1969 um das Bürgermeisteramt in New York – erfolglos. Mehr Erfolg hatte er im selben Jahr mit einer Reportage über den Marsch von Vietnamgegnern zum Pentagon, für die er den Pulitzer-Preis für das beste Sachbuch erhielt. Elf Jahre später erhielt er diesen Preis fürs beste fiktionale Werk: Im Roman „Gnadenlos“ schildert er das wahre Verbrechen des später hingerichteten Raubmörders Gary Gilmore.

Die Gratwanderung zwischen Fiktion und Realität wiederholte er später in den Biographien über Marilyn Monroe und Hitler, bei denen er Fakten-Leerstellen mit eigenen Spekulationen auffüllte. Im Monroe-Buch von 1973, seinem nach „Die Nackten und die Toten“ am besten verkauften Werk, unterstützt er aufgrund unklarer Autopsieberichte die These vom Mord an der Hollywood-Legende.

Ähnlich wie Grass mit der „Blech-trommel“ hatte Mailer mit einem Erstling scheinbar sein ganzes Pulver verbraucht. Nur sein Traum, ebenso wie sein deutscher Kollege den Nobelpreis zu erhalten, erfüllte sich nicht. Fünf Monate nach dem Treffen mit Grass in New York starb dort dieser früh gereifte Titan der US-Literatur am 10. November 2007. H. Tews



Schulterschluss eines Juden mit einem früheren SS-Mann: Norman Mailer (r.) neben Günter Grass während einer Veranstaltung in New York fünf Monate vor Mailers Tod

● MELDUNG

Böhmens Adel nach 1945

Düsseldorf – Die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus widmet sich vom 2. Februar bis 22. April dem Adel aus Böhmen und Mähren nach 1945. In der Ausstellung „Kulturelle Brücken in Europa“ erzählt das frühere Haus des Deutschen Ostens in der Bismarckstraße 90 in Düsseldorf, wie es kam, dass im Laufe des 20. Jahrhunderts die Adeligen in den böhmischen Ländern nach und nach ihre zentrale Rolle in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft verloren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden diejenigen, die als Deutsche galten, enteignet und vertrieben. Von denjenigen, die sich als Tschechen betrachteten, flohen viele nach dem kommunistischen Umsturz 1948 aus dem Land. Wie ihre Landsleute mussten die Adeligen im Exil aus dem Nichts neue Existenzen aufbauen. Beleuchtet wird unter anderem das Leben und Engagement von Johanna von Herzogenberg, Nikolaus Lobkowitz, Karl Schwarzenberg, Pater Angelus Waldstein-Wartenberg oder der Familie Thun. Gezeigt werden Filme, Fotografien, Schriftstücke und Objekte aus Privatbesitz sowie aus Archiven und Museen, begleitet durch Erklärtafeln und multimediale Angebote. Die Schau ist zweisprachig deutsch-tschechisch konzipiert (www.g-h-h.de). tws

VON RENÉ NEHRING

In diesen Tagen jähren sich zwei Ereignisse, die zu den großen Wendepunkten des 20. Jahrhunderts gehören: am 2. Februar zum 80. Mal die Kapitulation der 6. Armee der Wehrmacht im Kessel von Stalingrad und bereits am 27. Januar zum 50. Mal die Unterzeichnung des Vertrags von Paris, der den Abzug der US-Amerikaner aus Vietnam regelte. Trotz aller Unterschiede bei den Orten des Geschehens, den beteiligten Akteuren und den Abläufen ist beiden Ereignissen gemein, dass sie das Ende von aussichtslos gewordenen militärischen Unternehmungen markieren. Weshalb ihre Betrachtung nicht nur für Zeitzeugen und historisch Interessierte von Bedeutung ist, sondern auch für die Gegenwart.

Entscheidung an der Wolga

Doch der Reihe nach: Am 21. August 1942, rund ein Jahr nach Beginn des Russlandfeldzugs, überschritten Einheiten der 6. Armee der Wehrmacht bei Kalatsch den Don, um gegen Stalingrad vorzustoßen. Die deutschen Truppen kamen zunächst rasch voran, bereits zwei Tage später brach die 16. Panzerdivision bei Rynok nördlich von Stalingrad zur Wolga durch. Von da trafen sie jedoch auf den Widerstand der 62. und der 63. sowjetischen Armee. Auf das Stocken des eigenen Angriffs reagierte die Wehrmacht mit einem Flächenbombardement auf Stalingrad. Etwa eine Million Bomben mit einem Gesamtgewicht von 100.000 Tonnen warf die Luftwaffe laut sowjetischen Angaben über der Stadt ab, die den Namen von Hitlers Gegenspieler trug.

Stalin untersagte jede Flucht sowohl der sowjetischen Truppen als auch der Zivilbevölkerung und ließ selbst Frauen und Kinder zu Arbeiten für den Ausbau von Verteidigungsstellungen heranziehen. Unter dem Schlagwort „Keinen Schritt zurück!“ wurden – unter anderem unter der Ägide des Politkommissars Nikita Chruschtschow – Erschießungskommandos für Deserteure und Strafbataillone für diejenigen Rotarmisten gebildet, denen man Feigheit vor dem Feind vorwarf.

Der Vormarsch der Wehrmacht an der Wolga kam nun endgültig zum Halten. Dennoch befahl Hitler dem Befehlshaber der 6. Armee, General Friedrich Paulus, die Stadt einzunehmen. Dies gelang tatsächlich weitgehend vom 9. bis 12. November in der „Operation Hubertus“. Lediglich im Norden Stalingrads konnten die sowjetischen Streitkräfte einen kleinen Streifen halten. Allerdings war die Stadt infolge der vorangegangenen Kämpfe weitgehend zerstört worden, was der Wehrmacht in den Folgemonaten zum Verhängnis werden sollte, boten die Ruinen von Stalingrad doch kaum noch Unterkunft und Versorgungsmöglichkeiten.

Bereits eine Woche später, am 19. November, startete die Rote Armee ihre „Operation Uranus“, binnen fünf Tagen waren die in und bei Stalingrad stehenden Truppen der Wehrmacht (neben der 6. Armee auch Teile der 4. Panzerarmee) sowie ihre rumänischen Verbündeten eingeschlossen. Nun war es die deutsche politische Führung, die trotz der zunehmend aussichtsloseren Lage jedes Nachgeben untersagte. An der zunehmend katastrophalen Situation vor Ort änderten die Berliner Durchhalteparolen jedoch nichts. Ein Einsatz durch andere Wehrmachtssteile scheiterte ebenso wie die Versorgung der eingekesselten Soldaten aus der Luft, sodass ein Großteil der deutschen Soldaten nicht unter Feindeinwirkung starb, sondern an Hunger und Unterkühlung.

Der Untergang der 6. Armee

Längst war der Ernst der Lage auch nach Deutschland durchgedrungen. Als der Großdeutsche Rundfunk am Schluss seiner Weihnachtsringsendung 1942 über den Äther „alle Kameraden an den entferntesten Übertragungsstellen“ dazu aufrief, sich noch einmal zu melden, ant-



Symbolfigur eines Durchhaltens, das besser früher beendet worden wäre: Generalfeldmarschall Friedrich Paulus nach seiner Gefangennahme Foto: imago

Zweierlei Untergang, eine Erkenntnis

Vor 80 Jahren endete die Schlacht von Stalingrad, vor 50 Jahren der Vietnamkrieg. In Zeiten des Ukrainekriegs kann auch die Gegenwart von beiden Ereignissen lernen

wortete auch ein Sprecher der 6. Armee: „Hier ist Stalingrad. Hier ist die Front von der Wolga.“ Banale Worte, die doch den Betroffenen und ihren Angehörigen noch Jahrzehnte später einen eisigen Schauer über den Rücken laufen ließen.

Trotz der immer auswegloseren Lage lehnte General Paulus am 8. Januar 1943 eine sowjetische Aufforderung zur Kapitulation ab. Ein Grund dafür war die Nachricht aus Berlin, dass im Februar ein neuer Einsatzversuch für die eingeschlossenen deutschen Soldaten geplant sei. Doch schon am 10. Januar 1943 begann die Rote Armee ihre „Operation Kolzo“. Binnen weniger Tage eroberten die Sowjetsoldaten Stellung um Stellung, Haus um Haus, Straße um Straße. Am 25. Januar verließ das letzte deutsche Flugzeug den Behelfsflugplatz Stalingradskij, von nun

an waren die Eingeschlossenen ganz auf sich gestellt. Am 31. Januar eroberten Rotarmisten das Hauptquartier der 6. Armee und nahmen Paulus, der am Tag zuvor per Funkspruch zum Generalfeldmarschall befördert worden war, in Gefangenschaft. Am 2. Februar dann kapitulierten die letzten Widerstand leistenden Einheiten im nördlichen Kessel von Stalingrad.

Schauplatz Indochina

Die Ereignisse in Vietnam waren naturgemäß in vielem anders. Hier ging es zunächst nicht um den Angriff eines Landes auf ein anderes, sondern um ein seit dem Indochinakrieg (1946–1954) geteiltes Land, dessen kommunistische Nordhälfte von der Sowjetunion wie China und dessen von einem korrupten Regime geführte Südhälfte von den USA gestützt wurden.

Bereits unter Präsident John F. Kennedy hatten die US-Amerikaner im Rahmen der antikommunistischen „Rollback“-Politik Militärberater und Agenten nach Südvietnam geschleust, um ihre Verbündeten im Kampf gegen den Norden zu stärken. Nach dem offiziellen Kriegseintritt im August 1964 waren die Nordamerikaner nun offen Kriegspartei. Schon bald zeigte sich, dass ihr Engagement alles andere als ein Spaziergang werden würde. Am 1. November wurden erstmals US-Soldaten von kommunistischen Guerillakämpfern angegriffen, weitere Angriffe folgten. Um in dem unübersichtlichen Gelände nicht das Leben von US-Soldaten zu riskieren und im Bewusstsein der eigenen technischen Überlegenheit setzten die Amerikaner von Beginn an auf Bombardierungen von prokommunistischen Militär- und Infrastruktureinrichtungen. Dabei setzten sie auch Napalm und Splitterbomben ein.

Doch ihr Ziel, Nordvietnam und dessen Verbündete im Süden entscheidend zu schwächen, erreichten die USA damit nicht, nicht zuletzt weil die Nordvietnamesen mit sowjetischer Hilfe wichtige Produktionsstätten unter die Erde verlegten und zudem mit dem Ho-Chi-Minh-Pfad ein effektives Nachschubsystem errichtet hatten. Auch der Einsatz von hochgiftigen Kampfstoffen wie „Agent Orange“ und „Agent Blue“, die weite Teile des Dschungels entlaubten, sowie die Entsendung von eigenen Bodentruppen aus dem Marine Corps ab März 1965 änderten nichts daran, dass Vietnam für die Amerikaner zum Debakel wurde. Ein sichtbarer Beleg dafür war die Weigerung der NATO-Verbündeten, ihrerseits Truppen in die Kriegsregion zu entsenden. Zu offensichtlich war, dass die „Amis“ hier keinen gerechten Krieg führten.

Andererseits verfügten die Nordvietnamesen nicht über die militärischen Mittel, um die US-Truppen aus ihrem Land zu vertreiben. Dies zeigte sich nicht zuletzt in der Tet-Offensive im Januar 1968, bei der über 80.000 prokommunistische Kämpfer Einrichtungen der Amerikaner und ihrer südvietnamesischen Verbündeten in zahlreichen Städten des Südens angriffen. Zwar konnten sie dabei einige Erfolge erzielen, doch gelang es den US-Einheiten, sie vielfach – etwa in Ben Tre und Hue – wieder zurückzudrängen.

Der lange Weg zum Frieden

Angesichts des Scheiterns ihrer Offensive bot die Führung Nordvietnams im April 1968 den USA Friedensverhandlungen an. Da auch die Amerikaner unter Präsident Johnson grundsätzlich zu Gesprächen bereit waren, kam es ab Mai 1968 in Paris zu Gesprächen zwischen den Kriegspar-

teien. Um dabei eine bessere Verhandlungsposition zu haben, setzten die Amerikaner zugleich auf eine weitere Expansion des Krieges. Sie verdreifachten ihre Bombardierungen in Südvietnam und schickten zusätzliche Truppen ins Land, die mit brutalen Mitteln das Kriegsgebiet „pazifizieren“ sollten.

Bei dieser Strategie blieben sie auch, nachdem im November 1968 der Republikaner Richard Nixon die Wahl mit dem Versprechen gewonnen hatte, einen „Frieden mit Ehre“ zu schließen. Als Zeichen seiner Entschlossenheit, den Krieg für den Fall fortzuführen zu wollen, wenn Verhandlungen zu keinem für die USA guten Ergebnis führen sollten, weiteten die Amerikaner den Krieg auf Laos und Kambodscha aus, bis der US-Kongress diese Einsätze verbot.

Im Juli 1971 reiste Nixons Sicherheitsberater Henry Kissinger nach China und bot Peking bessere Wirtschaftsbeziehungen an, falls es Nordvietnam zum Einwilligen in Kompromisse bei den Friedensverhandlungen überreden würde. Zugleich hatte er längst auch geheime Kontakte zu nordvietnamesischen Unterhändlern geknüpft. Die Nordvietnamesen suchten ihrerseits eine Verbesserung ihrer Position, indem sie im Frühjahr 1972 eine Osteroffensive starteten, die sie in wenigen Tagen bis kurz vor die Tore der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon führte. Nixon reagierte darauf mit neuen Flächenbombardements, die den kommunistischen Kämpfern tatsächlich schwere Verluste zufügten.

Dieses abermalige Hin und Her führte sowohl dazu, dass im US-Kongress kaum noch Bereitschaft bestand, den Krieg mit weiteren finanziellen Mitteln zu verlängern, als auch dazu, dass die Kommunisten erkannten und akzeptierten, dass ein ehrenvoller Rückzug der USA auch im vietnamesischen Interesse lag. Am 27. Januar 1973 unterzeichneten dann Vertreter beider Teile Vietnams und der USA den Vertrag von Paris. Die US-amerikanische Intervention war beendet, am 29. März 1973 verließ der letzte reguläre US-Soldat Vietnam.

Erkenntnisse für die Gegenwart

Was Stalingrad und Vietnam gemein haben ist, dass auf beiden Kriegsschauplätzen die Angreifer früh ins Stocken gerieten und das Scheitern offensichtlich wurde. Dennoch setzte in beiden Fällen die politische Führung der angreifenden Macht auf eine weitere Eskalation, obwohl ein Rückzug die eigenen Ressourcen an Mensch und Material geschont hätte und somit klüger gewesen wäre.

Hier liegt auch eine wichtige Parallele zur Gegenwart. Seit fast einem Jahr herrscht wieder Krieg in Europa. Schon wenige Tage nach dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine wurde deutlich, dass diese die ukrainische Hauptstadt Kiew nicht erobern können würden. Aus mehreren zwischendurch eroberten Gebieten wurden die Russen seitdem zurückgedrängt, andere Gebiete im Süden konnten sie bislang halten.

Längst ist die Lage so, dass keine Seite den Krieg gewinnen kann: die Russen nicht, weil die Ukraine die Unterstützung der NATO im Rücken hat; und die Ukraine nicht, weil sie nicht über die militärischen Fähigkeiten verfügt, die sie bräuchte, um die Russen aus dem Donbass und von der Krim zurückzudrängen. Kein Flächenbombardement und kein Einsatz von in den Medien bejubelten „Gamechanger“-Waffen wird daran etwas ändern. Dennoch halten beide Seiten an den deklarierten politischen Maximalzielen fest.

Am vergangenen Wochenende war im Ukraine-Ticker von „tagesschau.de“ zu lesen, dass das britische Außenministerium die derzeitige militärische Lage im Osten als Patt einstuft. Somit zeichnet sich schon jetzt ab, dass der eines Tages geschlossene Friede die Erkenntnis bringen wird, dass man besser schon früher Frieden geschlossen hätte. Wie einst in Stalingrad und Vietnam.



Millionen seiner Landsleute erwiesen Mahatma Gandhi die letzte Ehre: Der Beginn des Leichenzuges vom Tatort zu dem als heilig geltenden Fluss Yamuna Foto: imago/Photo12

INDIEN

„Freunde und Kameraden, das Licht ist aus unserem Leben erloschen“

Das Entsetzen über die Ermordung Mahatma Gandhis vor 75 Jahren ist mittlerweile in Teilen seines Heimatlands Sympathien für seinen Mörder gewichen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Freunde und Kameraden, das Licht ist aus unserem Leben erloschen, und überall herrscht Dunkelheit, und ich weiß nicht recht, was ich Ihnen sagen oder wie ich es sagen soll. Unser geliebter Führer, Bapu, wie wir ihn nannten, der Vater der Nation, ist nicht mehr.“ Mit diesen Worten informierte der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru am Abend des 30. Januar 1948 in einer Radioansprache seine Landesleute über den Tod von Mohandas Karamchand Gandhi.

Der am 2. Oktober 1869 in Porbandar geborene „Mahatma“ (große Seele), so sein Ehrentitel, galt als die Ikone des indischen Unabhängigkeitskampfes gegen Großbritannien und Meister in der Anwendung der Strategie des passiven Widerstandes, was unter anderem zur zwölfmaligen Nominierung für den Friedensnobelpreis geführt hat. Dennoch nahm Gandhis Leben schließlich ein gewaltsames Ende.

„Gewalttätiger Pazifist“

Wenige Stunden vor Nehrus Botschaft an das Volk wollte der Nationalheld im Beisein seiner Großnichten und einiger Besucher im Garten des Hauses des Industriellen Birla in Neu-Delhi beten. Um 17.17 Uhr traf er auf den 27-jährigen Hindu-Nationalisten Nathuram Godse. Der richtete eine Beretta auf Gandhi und schoss ihm zweimal in den Bauch und einmal in die Brust. Einigen Quellen zufolge war Gandhi sofort tot, andere Zeugen behaupteten, er habe noch rund eine halbe Stunde gelebt.

Godse, der keine Anstalten machte zu fliehen, wurde noch am Tatort von dem US-amerikanischen Vizekonsul Herbert

Reiner gestellt. Bei seiner späteren Gerichtsverhandlung im Roten Fort von Delhi gab er freimütig Auskunft über das Motiv für die Bluttat. Gandhi sei ein „gewalttätiger Pazifist“ gewesen, der Indien mit einer übermäßigen Toleranz gegenüber Muslimen und einer damit verbundenen Benachteiligung der Hindus schon seit Langem unaussprechlichen Schaden zugefügt habe: „Die gesammelten Provokationen von 32 Jahren ... brachten mich schließlich zur Überzeugung, dass Gandhis Existenz so schnell wie möglich beendet werden musste.“

Hungerstreik für Pakistan

Tatsächlich war Gandhi zeitlebens seiner Vision von einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft in Indien gefolgt. Davon konnten den Hindu auch die Muslime nicht abbringen, die ihm das oft nur mit Dornen, Glassplittern und Fäkalien auf den Wegen dankten, die er in der für ihn typischen, demonstrativ asketischen Weise barfüßig beschritt. Allerdings konnte Gandhi damit nicht verhindern, dass aus Britisch-Indien 1947 ein muslimischer und ein hinduistischer Staat hervorgingen und es anlässlich der Teilung zu massiven Gewaltausbrüchen auf beiden Seiten mit möglicherweise bis zu zwei Millionen Opfern kam.

Seinen Versöhnungskurs gegenüber den Moslems setzte er auch nach der Spaltung fort. So startete er am 15. Januar 1948 den letzten Hungerstreik seines Lebens, um zu erzwingen, dass die indische Regierung 550 Millionen Rupien aus der Konkursmasse der Kronkolonie an das Nachbarland überweist. Das machte ihn nicht nur in den Augen Godses zur Hassfigur. Gandhi war das durchaus bewusst. So sagte er am 28. Januar: „Sollte ich sterben durch die



„Sollte ich sterben durch die Kugel eines Verrückten, muss ich es mit einem Lächeln tun. Gott muss in meinem Herzen und auf meinen Lippen liegen. Wenn etwas passiert, sollt ihr keine einzige Träne vergießen. Ich habe mein Werk für die Menschlichkeit erfüllt (...) Lasst Gott nach seinem Willen mit mir umgehen“

Mahatma Gandhi

Kugel eines Verrückten, muss ich es mit einem Lächeln tun.“

Entsäkularisierung Indiens

Die Einäscherung Gandhis am Tag nach dem Attentat geriet zu einer bombastischen Zeremonie mit Millionen Teilnehmern, während Godse sowie sein Mitverschwörer und mutmaßlicher Anstifter Narayan Dattatraya Apte am 15. November 1949 unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Gefängnis von Ambala durch Hängen hingerichtet wurden.

Nehru nutzte die Ermordung des Nationalhelden, um alle hindu-nationalistischen Herausforderer zum Schweigen zu bringen und die Macht der säkular und sozialliberal ausgerichteten Kongresspartei zu zementieren. Mittlerweile ist in Indien indes eine Trendwende zu konstatieren. Erheblich beschleunigt hat sich diese, nachdem der Hindu-Nationalist Narendra Modi von der rechtskonservativen Bharatiya Janata Party (BJP) im Mai 2014 Premierminister von Indien geworden ist. Seitdem ist deutlich öfter als früher die Rede davon, dass Gandhi ein Verräter an der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit gewesen sei.

Anlässlich seines 150. Geburtstages stahlen Unbekannte sogar aus der Gedenkstätte in Rewa im Bundesstaat Madhya Pradesh eine Urne, die Teile von Gandhis Asche enthielt, und beschmierten das Mahnmal mit Schmähsparolen. Sakshi Maharaj, ein dezidiertes Islamgegner und Parteifreund des damaligen und heutigen Premierministers Modi, bezeichnete den Attentäter Godse gar als „Patrioten“. Immer wieder ist auch die Forderung zu hören, Godse mit einem Denkmal zu ehren. Eine Godse-Gedenkbibliothek gibt es bereits seit Januar 2021 in der Millionenstadt Gwalior, eine der historisch und kulturell bedeutsamsten Städte Indiens.

MELITTA BENTZ

Die Erfinderin des modernen Kaffeefilters

Bereits Melitta Bentz' Vater war als Verlagsbuchhändler Geschäftsmann. Und ihre Großeltern besaßen eine Brauerei. Die vor 150 Jahren, am 31. Januar 1873, in Dresden geborene Sächsin war jedoch nicht nur geschäftstüchtig, sondern auch erfindungsreich. Und als echte Sächsin liebte sie auch Kaffee.

Wie viele damalige Kaffeetrinker störte sie indes der Kaffeesatz zwischen den Zähnen beim ungefilterten Kaffee. 1908 fand sie eine effektive und wenig aufwendige Lösung. Sie durchlöcherte den Boden eines Messingbechers mittels eines Hammers und eines Nagels, legte anschließend ein Löschblatt aus einem Schulheft ihres ältesten Sohnes Willy hinein, füllte etwas Kaffeepulver in den Becher und goss dann heißes Wasser darauf.

Noch im selben Jahr erhielt sie nicht nur den Gebrauchsmusterschutz für einen „Kaffeefilter mit auf der Unterseite gewölbtem und mit Vertiefung versehenem Boden sowie mit schräg gerichteten Durchlauföchern“ samt dazugehörigem „Filterpapier“, sondern meldete auch mit ihrem Ehemann Hugo, einem inzwischen selbstständigen vormaligen Abteilungsleiter in einem Dresdner Kaufhaus, beim Dresdner Gewerbeamt ein „kaufmännisches Agentur- und Kommissionsgeschäft“ unter dem Namen „M. Bentz“ mit ihr als alleiniger Inhaberin an. Erste Produktionsstätte des Familienunternehmens war die Wohnung der Familie in der Dresdner Marschallstraße.

1911 meldete Melitta Bentz ihren Vornamen als Warenzeichen an. 1914 zog das Unternehmen in eine 200 Quadratmeter große vormalige



Vor 150 Jahren geboren: M. Bentz

Schlosserei um. Im Ersten Weltkrieg brach der Kaffeekonsum in Deutschland wegen der britischen Fernblockade ein. Das Unternehmen wich nolens volens auf die Produktion von Kartons aus, doch nach dem Krieg ging es mit Kaffeefiltern und Filterpapier weiter.

1929 zog das Unternehmen nach Minden um, wo die Produktion mit mittlerweile 85 Beschäftigten fortgesetzt wurde. In der westfälischen Stadt hat die Melitta Group Management GmbH & Co. KG noch heute ihren Sitz.

Die heute übliche Form von Kaffeefilter und Filtertüte brachte das Unternehmen übrigens erst 1938 auf den Markt. Da wurde die Firma bereits von den Söhnen Willy und Horst geleitet. Deren Eltern hatten sich 1932 aus dem operativen Geschäft zurückgezogen. Gut vier Jahre nach ihrem Mann, am 29. Juni 1950, starb Melitta Bentz in Porta Westfalica.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Angesichts der zunehmend unerträglicher werdenden Zustände hierzulande wandern viele Deutsche aus. Für andere indes kommt dies aus wirtschaftlichen oder familiären Gründen nicht infrage, zumal auch etliche einstmals attraktive Zielländer wie Kanada oder Neuseeland in den Augen vieler unzufriedener Bundesbürger inzwischen zu autoritären Staaten verkommen sind. Deshalb wählen manche Deutsche den Weg in die Innere Emigration: Sie ziehen sich zurück und verweigern dem Staat die Gefolgschaft, wo immer das ohne größere Probleme geht.

Das Ganze ist faktisch das Pendant zur Inneren Kündigung im Arbeitsleben. Hier kennen die Sozialwissenschaften inzwischen auch belastbare Zahlen: Während bis zu 30 Prozent der höheren und leitenden Angestellten mit ihrem Unternehmen beziehungsweise Arbeitgeber abgeschlossen haben und nur noch das Nötigste tun, um nicht aufzufallen, erreicht die Quote unter kleinen und mittleren Angestellten sowie Arbeitern teilweise sogar 75 Prozent. Dabei sind die Gründe im Prinzip vergleichbar.

Da wäre zunächst einmal das bedrückende Gefühl der Perspektivlosigkeit: Die bestehenden Probleme erscheinen ebenso komplex wie unlösbar, was zu einer Sinnkrise führt. Vor diesem Hintergrund erodiert auch die emotionale Bindung an den Staat beziehungsweise das Unternehmen. Verantwortlich hierfür ist in aller Regel ein eklatantes Führungsveragen. Die Verantwortungsträger entscheiden selbstherrlich und haben den Bezug zur Basis verloren. Sie enthalten den Menschen wichtige Informationen vor oder verbreiten Lügen.

Getarnt hinter „Sklavensprache“

Des Weiteren werden einzelne Gruppierungen gegeneinander ausgespielt – getreu dem Motto „Spalte und herrsche!“ Daraus erwächst eine wachsende Konkurrenz um Ressourcen, die immer öfter zu Grenzüberschreitungen führt und jegliches Wir-Gefühl atomisiert. Ebenso nachteilig wirken sich starre Strukturen aus, an denen die Führung zäh festhält. Das Gleiche gilt für das Überborden der Bürokratie und die inflationäre Vermehrung von Regeln, Vorschriften und Verboten. Auf deren Boden wuchert eine Kultur des Misstrauens, welche zusätzlich abstoßend wirkt.

Die Konsequenzen all dessen sind genauso vielgestaltig wie die Gründe für die Innere Emigration oder die Innere Kündigung, wobei Motivationsverlust definitiv an allererster Stelle steht. Der Einsatzwille tendiert nach und nach gegen Null, und am Ende wird nur noch „Dienst nach Vorschrift“ gemacht, oder die Arbeitnehmer und Bürger pfeifen gleich komplett auf die



Gefühl der Perspektivlosigkeit: Der Rückzug ins Private folgte dem Schema der „Inneren Kündigung“ bei unzufriedenen Arbeitnehmern

Foto: imago/Zoonar

GESELLSCHAFT

Wenn sich die Bürger einfach von ihrem Staat verabschieden

Das Phänomen der Inneren Emigration greift in der Bundesrepublik neuerdings immer mehr um sich. Die Flucht ins Private verheißt Erholung – birgt aber auch tiefgreifende seelische Gefahren

bestehenden Maßgaben. Damit einher geht der Verzicht auf eine berufliche, politische oder sonstige Karriere, welche es erfordert, irgendwie „mitzuspielen“. Vielmehr steht nun vorrangig das eigene Wohlbefinden im Fokus.

Daraus resultiert ein wachsendes Desinteresse gegenüber Fehlentwicklungen sowie der Verzicht auf jegliche Form von konstruktivem Widerspruch. Wer in der Inneren Emigration angelangt ist, demonstriert nicht mehr und verknüpft sich Beschwerden, Petitionen oder Ähnliches. Stattdessen wächst die Hoffnung, dass das Unternehmen beziehungsweise der Staat, dem man mental die Loyalität aufgekündigt hat, an seinen Gebrechen scheitert – und zwar je eher und dramatischer, desto besser.

Sofern die Betroffenen überhaupt noch zu etwas motiviert sind, dann zu teilweise sehr ausgefeilten Formen der Resistenz, Verweigerung oder gar aktiver und passiver Sabotage. Um dabei nicht

aufzufallen, wird geschwiegen, obzwar das Schweigen doch äußerst beredt sein kann, wenn der Mensch vorher anders auftrat. Die Alternative hierzu besteht in der Verwendung einer sogenannten Sklavensprache. Diese ist geprägt durch Andeutungen beziehungsweise Mehrdeutigkeiten, versteckten Hintersinn und doppelbödige Formulierungen sowie auch Allegorien, Parabeln und gezielt angestellte historische Vergleiche. Typisch für Angehörige der schreibenden Zunft sind zudem die ausgeprägten Bemühungen, die eigene Meinung zwischen den Zeilen unterzubringen – immer vorausgesetzt natürlich, dass dem überhaupt noch ein Sinn beigemessen wird.

Resignation kann krank machen

Aus der Kombination von innerem Widerwillen und vorgetäuschter Anpassung erwächst zwangsläufig der Wunsch, die unerfreuliche Außenwelt weitestmöglich auszusperren. Das erklärt dann wiederum

den Rückzug ins Private, welcher hierzulande während der erzwungenen sozialen Isolation infolge der von oben oktroyierten Corona-Maßnahmen extrem an Fahrt aufgenommen hat, weil der Staat den Menschen ja noch ganz explizit vermittelte, sie seien in den eigenen vier Wänden am besten aufgehoben. Daraus erwuchs eine neue Häuslichkeit, welche viele Beobachter ans Biedermeier erinnerte, das 1815 in Reaktion auf den allgemeinen Überdruß infolge der Repressionen und Zensurmaßnahmen nach dem Ende der Napoleonischen Kriege entstand.

So aufreibend die ständige Angstmacherei und Bevormundung seitens eines ebenso überfürsorglichen wie autoritären Hygiene-Regimes während der Coronapandemie war, und so erniedrigend die Ungeimpften ihre Ausgrenzung erlebten, zeigte das Ganze doch eines: Die Innere Emigration vermag die Seele ein Stück weit zu entlasten, wenn die Berührungsbeziehungsweise Reibungspunkte zwi-

schen dem Individuum und dem Staat sowie der Herde der obrigkeitshörigen Mitläufer auf ein Minimum beschränkt werden. Der Haken hieran ist allerdings, dass dies nur kurz oder maximal mittelfristig funktioniert. Dann überwiegen die Risiken für die Psyche.

Die mit der Inneren Emigration verbundene Resignation führt zu chronisch negativen Gefühlen, die in eine Depression oder erlernte Hilflosigkeit mit daraus erwachsendem Kompetenzverlust münden können. Und auch das dem Menschen eigentlich ureigene Streben nach Selbst- und Mitbestimmung geht verloren. Deshalb sollte auf eine Phase der Inneren Emigration, die der Erholung und der Besinnung aufs Wesentliche dient, eine Phase des offensiven Heraustretens aus der selbst gewählten Nische folgen. Auch wenn diejenigen, welche den vorherigen Rückzug zu verantworten haben, dann erschrocken aus allen Wolken fallen – so wie die DDR-Führung im Herbst 1989.

RÜCKBLICK

Die „Nischengesellschaft“ der DDR

Auch aus dem SED-Staat versuchten viele „nach innen“ zu entkommen – Datschen-Kultur, Hobbys und Ähnliches blühten auf

Wenn von Innerer Emigration und dem massenhaften Rückzug ins Private die Rede ist, dann wird neben dem vom Biedermeier geprägten Deutschen Bund in der Zeit nach 1819 und der Diktatur des Dritten Reiches immer wieder auch auf die DDR verwiesen. Und tatsächlich schuf das dortige SED-Regime in seinem Drang, dem „real existierenden Sozialismus“ zum Sieg zu verhelfen, über weite Strecken nur eine entpolitisierte Nischengesellschaft, in der die Menschen auf jede erdenkliche Weise nach dem privaten Glück strebten.

Dies lag daran, dass der Staat zwar allen Bürgern Arbeit, ein Dach über dem Kopf sowie bezahlbare Grundnahrungsmittel

garantierte und somit die materielle Existenz sicherte, zugleich aber eine Erziehungsdiktatur etablierte, der seit dem Mauerbau 1961 kaum mehr jemand physisch entkommen konnte. Also setzte eine Massenflucht nach innen ein.

Diese äußerte sich beispielsweise in dem nachgerade legendären Faible der Mitteldeutschen für ihre Kleingärten, Datschen, FKK-Strände, Camping-Urlaube, Kaninchen-, Tauben- und sonstige Zuchten sowie Hobbys der phantasievoll-bizarren Art. Außerdem gab es zusätzlich noch das Westfernsehen beziehungsweise -radio, das selbst denjenigen einen regelmäßigen und mühelosen Ausstieg aus dem DDR-Alltag ermöglichte,

die es vorzogen, den Feierabend und die Wochenenden passiv auf der Couch zu verbringen.

Schlupfloch fehlt heute

Allerdings hielt sich die Freiheit in solchen Nischen am Ende doch in Grenzen. So kamen die Sachsen, welche in den angeblichen „Fälern der Ahnungslosen“ wohnten, aber wissend genug waren, um ARD und ZDF schauen zu wollen, nicht umhin, sich in staatlicherseits kontrollierten Antennengemeinschaften zusammenzuschließen.

Und wer einen weit über den Niederungen des Alltags herumkraxelnden Bergvagabunden spielen wollte, musste

dennoch ganz brav in den Deutschen Verband für Wandern, Bergsteigen und Orientierungslauf der DDR (DWBO) eintreten und seinen Mitgliedsausweis in der Tasche tragen, wenn es hinaus in die Natur ging. Andernfalls durfte er in manchen Gegenden zwischen Harz und Zittauer Gebirge nicht einmal die Hand an den Fels legen – ebenso geriet die Beschaffung der nötigen Ausrüstung dann zu einem höchst anstrengenden Hürdenlauf. Ganz zu schweigen vom Besteigen der Berge im „befeundeten Ausland“ zwischen der nahegelegenen Hohen Tatra und dem fernen Pamir.

Das ist der Unterschied zwischen der DDR und der Bundesrepublik von

heute. Der „erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ schaffte es tatsächlich, fast jedweden Bereich der Gesellschaft zu durchdringen und somit auch die inneren Emigranten engmaschig zu kontrollieren, während der jetzige Staat derartig dysfunktional geworden ist, dass er inzwischen selbst bei seinen ureigensten Kernaufgaben versagt.

Gleichzeitig bestand für den DDR-Bewohner im Notfall immer noch die ferne Aussicht, „rüberzumachen“, wenn das Verharren in der letztlich doch nicht so privaten Nische keine ausreichende Lebenszufriedenheit mehr garantierte. Dieses finale Schlupfloch fehlt heute. W.K.

HILFSTRANSPORTE

Mehr als neun Mal um die Erde

Der Ortelsburger Werner Koepke bringt seit 30 Jahren Spenden in die Heimat

VON UWE HAHNKAMP

Im November wurden es 30 Jahre, dass Werner Koepke aus dem Ort Leiferde zwischen Braunschweig und Hannover regelmäßig mit Hilfsgütern nach Ortelsburg fährt und den Menschen Gutes tut. Am 14. Januar war der Niedersachse auf seiner inzwischen 155. Tour wie stets beim Verein der Deutschen Minderheit „Heimat“ zu Besuch.

Koepke ist gern gesehen im Landkreis Ortelsburg. Mal mit einem Transporter, mal mit einem Pkw mit Anhänger hat er 20 Jahre lang als Privatmann die Strecke zwischen Leiferde und dem Kreis Ortelsburg zurückgelegt, die letzten zehn Jahre, als die Gesundheit nicht mehr so ganz mitspielte, dann mit dem Verein „Masurenhilfe“, den er gegründet hat. Seitdem helfen ihm inzwischen 43 Mitglieder beim Sammeln, Beladen, Fahren und Ausliefern der Sachspenden. „Bis vor zehn Jahren habe ich persönlich in diese Fahrten mehrere Zehntausend Euro gesteckt. Ich habe zuletzt mal nachgerechnet und kam mit den Strecken hierher – einmalig 815 Kilometer – und den Fahrten in Deutschland auf über 350.000 Kilometer, habe also schon mehr als neun Mal die Länge des Äquators zurückgelegt“, stellt Koepke fest.

Ein positiver Zufall

Dabei war der Ort seiner karitativen Aktivität zumindest anfangs eher ein Zufall, denn seine Familie stammt eigentlich aus Tannenberg. „Dort habe ich auf der ersten Fahrt vorbeigeschaut, und die Menschen waren noch misstrauisch. Mein Freund und Dolmetscher Ryszard Lopatka hat erklärt, wer ich bin, und ein alter Nachbar erinnerte sich an meinen Vater und die Brüder, kannte sogar noch die Vornamen“, erzählt Koepke. „Doch nach Ortelsburg kam ich dank Frau Dr. Kühne, die von dort stammt. Sie musste 1945 fliehen, wohnte bei uns in Leiferde und war beim Roten Kreuz aktiv. Von ihr kam der Vorschlag, den Menschen in ihrer Heimat zu helfen“, fasst er die Anfänge seines Engagements zusammen.



Während der 155. Tour: Werner Koepke (M.) mit Freund und Dolmetscher Ryszard Łopatka (l.) und Kollege Heinrich Hennigs (r.)

So machte er sich im November 1993 mit seinen damaligen Kollegen zum ersten Mal auf den Weg. Bevor die Fahrt losging, tauschte er den Wagen mit Anhänger gegen einen 7,5-Tonner. Das Spendenvolumen überstieg bereits damals das Fassungsvermögen des ursprünglich geplanten Fahrzeugs, und im Grunde ist es bis heute so geblieben, dass bei keiner Tour alles mitgenommen werden kann. „Dank der Presseberichte und der Erzählungen wissen die Menschen, dass Sachspenden über mich dort landen, wo sie notwendig sind. Unsere Masurengarage, eine Doppelgarage, die uns als Lager dient, ist stets gut gefüllt“, freut sich Koepke über die Großherzigkeit der Menschen seiner Region.

Dank Kontakten zu verschiedenen Textil- und Lebensmittelfirmen sowie dem Einzelhandel, der Unterstützung durch die Firma Volkswagen, die den Transporter stellt, und vor allem Menschen wie Hein-

rich Hennigs vom Verein „Masurenhilfe“ konnte und kann Koepke vielen Menschen helfen. Ob mit medizinischem Gerät für die Ortelsburger Sozialstation „Lazarus“, Krankenhäuser des Landkreises oder das Polnische Rote Kreuz in Allenstein, mit Spielzeug, Schulwaren und Süßem unter anderem in den Kinderheimen von Ortelsburg und Passenheim, mit Heimorgeln für Schulen, im Laufe der Zeit ist viel zusammengekommen. Zuletzt war Koepke sechs Mal in Litauen bei der Partnerregion des Kreises Ortelsburg mit Hilfsgütern unterwegs.

Hilfe und Ehrungen

Seine Tätigkeit wird honoriert. Das Polnische Rote Kreuz zeichnete ihn mit Medaillen aus, er ist Ehrenbürger von Ortelsburg und Träger des polnischen Goldenen Verdienstkreuzes. „Zu dieser Verleihung hat mich sogar eine Polizeieskorte von Ortelsburg nach Allenstein begleitet“, er-

innert Koepke sich schmunzelnd. „Das alles ist schön, aber bei Weitem nicht das Wichtigste. Wichtig ist mir, Menschen zu helfen.“ Deren Lage und Schicksale gehen ihm bis heute nahe. Als er erzählt, wie sie vor ein paar Tagen am Vereinshaus am Ortelsburger Waldstadion waren, wo drei Dutzend ukrainische Flüchtlinge untergekommen sind, und von der Freude eines Vierjährigen, dem er ein Plüschtier schenken konnte, versagt ihm für mehrere Momente die Stimme.

Die Hilfe für die Ortelsburger bleibt wichtig. Trotz gesundheitlicher Probleme wird Koepke weiterhin vier bis fünf Mal im Jahr vorbeikommen, und nie mit einem leeren Auto. Die nächste Tour? Die ist nach Ostern avisiert, dann mit Kartons voller Schokoladenhasen und natürlich Hilfsgütern jeder Art. Das wird dann Tour Nummer 156 und weitere 1600 Kilometer auf der zehnten Runde um den Äquator.

MELDUNGEN

Die Umgehung rückt näher

Guttstadt – Der Durchgangsverkehr auf der Bundesstraße 51 Allenstein-Bartenstein ist der Gemeinde Guttstadt ein Dorn im Auge, Lärm und schlechte Luftqualität belasten die Bürger. Die geplante Umgehungsstraße von acht Kilometern Länge steht auf der Reserveliste des Regierungsprogramms „100 Umgehungsstraßen von 2020 bis 2030“. Sie soll im Norden an die Umgehung von Schmolainen und im Süden an den bereits ausgebauten Abschnitt zwischen Diwitten und Althof anschließen. Jetzt wurde der Vertrag über die Ausarbeitung ihrer vorbereitenden Dokumentation unterzeichnet. Von den dafür anfallenden Kosten von 3,4 Millionen Złoty trägt die Gemeinde Guttstadt 1,5 Millionen. Nach Fertigstellung der Dokumentation voraussichtlich Mitte 2026 soll der Bau der Umgehungsstraße ausgeschrieben werden. Damit die Einwohner von Guttstadt wieder aufatmen können. U.H.

Schutz für alte Fresken

Heiligelinde – Das als Wallfahrtsort und touristische Attraktion bekannte Sanktuarium in Heiligelinde umfasst neben der Kirche auch die sie umgebenden Kreuzgänge. In zweien ihrer Flügel wurden durchsichtige gläserne Abschirmungen montiert, welche die beinahe 300 Jahre alten polychromen Malereien von Matthias Meyer schützen helfen. Seine illusionistischen Quadraturmalereien in der Technik des feuchten Fresko sind das erste Beispiel dieser Art von Malerei in der heutigen Republik Polen. In den nicht geschützten Abschnitten der Kreuzgänge sind wegen des Tods des Malers nur die Eckkapellen ausgemalt. Probleme bereitet auch die ständige Feuchte des auf Sumpfboden errichteten Sanktuariums. Zuletzt wurde der Verputz erneuert, und in den Kapellen wurden automatisch geöffnete Fenster zum Abführen von übermäßiger Feuchte installiert. U.H.

POBETHEN

Die Fresken der Dorfkirche werden restauriert

Lange Diskussionen der Regionalregierung um den Erhalt des Denkmals von regionaler Bedeutung

Die Regierung des Königsberger Gebiets stellt umgerechnet knapp 35.000 Euro für die Erhaltung der Fresken in der Kirche Pobethen [Romanowo] im Kreis Cranz bereit. Die entsprechende Verfügung wurde auf dem Portal der Regionalregierung veröffentlicht. Die Planungs- und Vermessungsarbeiten zur Konservierung müssen laut der Veröffentlichung bis zum 12. August abgeschlossen sein. Wie Jewgenij Maslow, Leiter des Dienstes zum Schutz von Kulturgütern, sagte, gibt es jedoch keine Pläne, die Kirche von Pobethen, eine der größten Dorfkirchen des Samlands, vollständig zu restaurieren.

„Wir haben uns zu diesem Thema mehrfach getroffen und waren unterschiedlicher Meinung über die Restaurierung des Objekts. Bis zum Herbst planen wir, verschiedene Optionen vorzustellen. Die Kirche hat eine gute Lage. Es ist notwendig, das zu erhalten, was dort noch

übrig ist. Es kann sehr interessant sein, dieses Objekt Touristen und Einwohnern der Region zu zeigen. Daher können wir

es eine Konservierung mit Elementen einer Rekonstruktion nennen“, sagte Maslow. Ein Problem stellt die Wiederherstel-



Nur noch eine Ruine: Die Kirche von Pobethen steht seit den 80er Jahren leer

lung des Daches dar. Die halb verfallenen Wände könnten der Belastung nicht standhalten, so die Befürchtung. Bislang gibt es hierfür noch keine Lösungsvorschläge.

Im Jahr 2018 hat die Russisch-Orthodoxe Kirche eine vorübergehende Konservierung der Anlage aus dem 14. Jahrhundert durchgeführt, indem sie Tür- und Fensteröffnungen mit Gittern verschließen und die Löcher in den Wänden füllen ließ. Im Altarraum wurde neben den Fresken eine neue Ikone angebracht.

Die erhaltenen Fresken an den Wänden stammen aus dem 14. Jahrhundert. Das Gebäude ist als Denkmal von regionaler Bedeutung eingetragen. Während der Kämpfe im Jahr 1945 wurde die Kirche nicht beschädigt. In den Nachkriegsjahren wurde das Gebäude wirtschaftlich genutzt. Seit den 1980er Jahren steht es allerdings leer und verfällt zusehends. MRK

Via Baltica und Carpatia

Lyck – Die Stadt Lyck entwickelt sich zu einem wichtigen Knotenpunkt für europäische Fernverkehrsverbindungen. Zuerst wurde entschieden, die Fernstraße Via Baltica von Helsinki über Tallin, Riga und Kaunas nach Warschau durch Lyck zu leiten, wodurch in Zukunft eine bessere Anbindung nach Westeuropa gegeben ist. Jetzt profitiert die Stadt von der Entscheidung des Rats für Verkehr, Telekommunikation und Energie der EU, dass die Fernstraße Via Carpatia, die entlang der östlichen EU-Grenze Memele und Kaunas mit Konstanza und Saloniki verbinden soll, durch Lyck führen wird. Dadurch erleichtert sich der Weg in die Slowakei, nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland sowie indirekt in weitere Länder des Balkans. Durch Lyck ist auch die Zugverbindung Rail Baltica von Berlin nach Helsinki geplant. U.H.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Adventsfeier

Hof – Die Freude über das endlich wieder mögliche Treffen zur Adventsfeier der Ost- und Westpreußen zeigte sich nicht nur in den fröhlichen Gesichtern der Besucher, sondern auch darin, dass im Veranstaltungsraum kein freier Platz mehr zu finden war. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen. Danach führte seine Stellvertreterin Jutta Starosta durch das abwechslungsreiche Programm, zu dessen Gelingen die Beiträge der ostpreußischen Volkstanzgruppe beitrugen. Gedichte und Geschichten, gemeinsam gesungene Lieder und natürlich die dargebotenen Tänze sorgten für eine festliche Stimmung. Joachim entführte die Zuhörer mit einem Bericht über die Vorweihnachtszeit aus dem „HBC – Wie die Advents- und Weihnachtszeit früher war“ in die Vergangenheit. In der kinderreichen Familie gab es viel in dieser

Zeit zu erleben, auch wenn das Geld knapp, wie seine Tante in ihrer Niederschrift berichtete. Nach dem geistlichen Wort von Kulturwart Bernd Hüttner und dem stimmungsvollen Lichtertanz der Tanzgruppe verteilten die jungen Tänzerinnen die Weihnachtspräsente. Danach saßen die Besucher noch lange zusammen, tauschten Erinnerungen aus und genossen das Beisammensein. J. S.

Fasching

Wiesbaden – Sonnabend, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: Kreppelkaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ wollen wir eine fröhliche und beschwingte Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und Gesang. Kommen Sie zu dem bunten Nachmittag – am besten mit guter Laune und lustiger Kopfbedeckung. Wer an dem Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358 oder einem anderen Vorstandsmitglied.

Weihnachtsfeier

Wiesbaden – Bei unserer Weihnachtsfeier am 17. Dezember wurde uns eine besondere Ehrung zuteil. Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende verlieh der



Landsmannschaft zu ihrem 75-jährigen Bestehen die Stadtplakette in Silber und würdigte die geleistete Kulturarbeit des Vereins in den über sieben Jahrzehnten. Mit Gehlhaar-Marzipan, verziert mit einer von Hand modellierten Abbildung des einstigen Königsberger Schlosses, bedankte sich Dieter Schetat im Namen des Vorstandes und der Mitglieder für die ehrenvolle Auszeichnung. Als gern gesehener Gast wohnte auch Stadtverordnetenvorsteher a.D. Wolfgang Nickel der Feier bei.

Nach der Jubiläumsehrung schloss sich das Programm der vorweihnachtlichen Feier an, die ganz im Zeichen von Musik, Gesang und besinnlichen Texten stand, die auch an einst heimatische Weihnacht erinnerten.

Unverzichtbar war in Ostpreußen zur Weihnachtszeit das Marzipan. So lag dann auf dem reichhaltigen Weihnachtsteller mit Mohn- und Lebkuchen und allerlei Gebäck auch ein „gefäimtes Herz“ aus Königsberger Marzipan - als freundliches Geschenk der einst in Königsberg ansässigen Konditorei Gehlhaar. Traditionell erklang zu Beginn der Feier die Silberglocke des Königsberger Doms, die dem Krieg entkam und bereits seit 1452 in Ostpreußens Hauptstadt zum Gottesdienst rief. Am Keyboard erfreute Mathias Budau die Besucher mit weihnachtlichen Klängen und Sologesang. Zahlreiche Gedichte, die Christa Gintaut, Margitta Krafczyk und Helga Kukwa vortrugen, waren der Adventszeit und der Weihnachtsfeier in der preußischen Heimat gewidmet.

Wie eine Brücke zwischen zwei Städten zu dem Namen „Liebe“ kam, erzählte Schetat in einem besinnlichen Gleichnis. Die Festlichkeit klang aus mit dem Glockengeläut der Danziger Marienkirche

Ein Bad Schwartauer auf Reisen – Schloss Finkenstein

Masuren ist nicht nur für seine malerischen Wälder und Seen bekannt, sondern auch für seine historischen Gebäude. Und obwohl viele von ihnen heute verlassene Ruinen sind, machen sie immer noch einen riesengroßen Eindruck auf die Besucher. Als Beispiel dienen Schloss Finkenstein, Schloss Schlobitten, Schloss Schlodien. Diese und noch andere Schlösser haben historisch alle etwas gemeinsam. Seit dem Friedrich I. sich 1701 zum König in Preußen proklamiert hatte, aber auch seine Nachfolger der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. und der „Alte Fritz“ Friedrich II., entstanden diese sogenannten Königsschlösser, die besonders großzügig und prächtig ausgestaltete Räume besaßen, um dem König bei seinen Reisen von Berlin nach Königsberg ein angemessenes Quartier bieten zu können.



Eine imposante Ruine: Schloss Finkenstein auf einer Aufnahme aus dem Sommer 2022 Foto: H.-A. Eckloff

Das Schloss Finkenstein wurde 1945 von der Roten Armee zerstört und nach Plünderung durch die Einheimischen 1947 auch noch in Brand gesteckt worden. In seiner Glanzzeit hatte 1807

hier sogar Napoleon I. auf seinem Feldzug gegen Russland für zwei Monate Quartier bezogen, so ist zumindest an einem Eingangspfeiler auf einer Marmorplatte zu lesen. Hans-A. Eckloff



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Monatstreffen Rinteln – Donnerstag, 9. Februar, 15 Uhr, Stadtmission Rinteln,

Waldkaterallee 1a, nahe Bahnhof: Monatstreffen der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln. Nach gemeinsamem Kaffeetrinken zeigt uns Prof. Dr. Heinz Schürmann Lichtbilder von früheren Reisen nach Ostpreußen und Westpreußen. Anschließend besteht die Möglichkeit zu Gespräch und Austausch. Wegen der zu tref-

Fortsetzung auf Seite 16

Wirken Sie mit an der Stiftung.
 First Flügler Privatbank
 IBAN: DE56 7203 0014 1001 8349 83
 BIC: FLUKDE33



Ehrung für die Wiesbadener Ostpreußen: Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende überreicht Dieter Schetat die Stadtplakette in Silber Foto: D. S.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

NEUERSCHEINUNG

Ein großer Wunsch geht in Erfüllung

Die Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. gibt einen Chronik ihres Landkreises heraus

VON HANS-PETER BLASCHE
Es war ein lange unerfüllter Traum oder Wunsch der Kreisgemeinschaft, endlich eine Chronik des Kreises Allenstein anzubieten.

den Ostpreußen-Kenntnissen. Meindl investierte mehrere Jahre in die notwendige Forschung und nutze dabei auch das Geheime Staatsarchiv in Berlin.



Dr. Ralf Meindl: „Der Landkreis Allenstein. Geschichtliche Entwicklung und Gegenwart“

reichen Literaturverzeichnis, eine Fundgrube für jeden Heimatforscher. Dem Autor gebührt unser aufrichtiger Dank für die wertvolle Arbeit.

Fortsetzung von Seite 15

fenden Vorbereitungen wird um zeitige Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder E-Mail: rebuschat@web.de.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Jahreshauptversammlung Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 4. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: JHV der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen statt.

LANDESGRUPPEN

ANZEIGE



liegt alles so weit zurück Jugend und Heimatland. Freude und Glück, alles verging, ich bin müde wie ein Kind, leise, leise, Singt mich zur Ruh der Abendwind.

Wir trauern um unsere geliebte Mutter, Oma und Uroma

Anna Helene Krämer geb. Schulz

* 07.03.1927 in Königsberg † 27.12.2022 in Nienburg

Wilfried und Heidi, Enkel, Urenkel, Verwandte, Freunde und getreue Ostpreußen

Agnes-Miegel-Gesellschaft lädt ein

Bad Nenndorf – Sonnabend, 18. März, 9 bis 18 Uhr, Haus Kassel, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf: Agnes-Miegel-Tagung zum Thema „Alpen, Orient und Königsberg – Agnes Miegeles Gedanken- und Lebenswelt“

9.30 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9 Uhr), 11 Uhr: „Die Heimkehr“. Eine Erzählung von Agnes Miegel aus der Zeit der Christianisierung im Alpenraum, Einführung: Dr. Marianne

Kopp (Stadtbergen), Lesung: Sabine Crone (Nienstädt), 12 Uhr: Mittagspause, Restaurants befinden sich in der Nähe, 13.45 Uhr: Gedenken an Agnes Miegeles Grab, 14.30 Uhr: „Das ist die Mär vom Ritter Manuel“, Vortrag: Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen), Rezitation: Annemete von Vogel (Wunstorf), 16.15 Uhr: Agnes Miegel in Königsberg – Lebensorte im heutigen Kaliningrad, Bilder-Vortrag: Jörn Pekrul (Berlin). Teilnehmerbeitrag: 10 Euro pro Person, verbindliche schriftliche

Anmeldung bis 4. März an Annemete v. Vogel, Mozartstraße 3, 31515 Wunstorf oder per E-Mail an Annemete.v.Vogel@gmx.de. Bitte angeben: Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Sie erhalten eine Bestätigung. Für Rückfragen wählen Sie bitte die Telefonnummer (05033) 2222.

Es gelten die verbindlichen Hygiene-Bestimmungen für Niedersachsen zum Zeitpunkt der Veranstaltung. Interessierte Tagungsgäste sind herzlich willkommen. Marianne Kopp

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid and a 10x10 grid.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei europäische Großstädte.

- 1 eine Europäerin
2 Material zum Feueranzünden
3 lärmendes Treiben; Krawall (ugs.)
4 Erwidern; Nachbildung
5 Stoffmuster
6 verantwortlich führen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein sehr kostbares Schmuckstück.

- 1 Stirnschmuck, 2 zu jener Zeit, 3 Quantum, zustehende Menge, 4 Vers-, Taktlehre, 5 Hauptstadt von China

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of numbers 1-5 around a central field.

Heimatkreisgemeinschaften

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Melstromer, Elchniederunger, Tilsit-Ragner und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung.

Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertreter, die Festrede hält Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußen Landesmuseums und zum Plachandern.

Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen

Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:**

Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord

Lübeck – Sonntag, 23. April, 11 Uhr, Beginn um 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Das Treffen findet in neuen Räumlichkeiten endlich wieder statt.

Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidimader@gmx.de

PAZ wirkt!

Bund der Vertriebenen Rheinland-Pfalz

Gedenktag für die vertriebenen Deutschen aus Ungarn – Polen, Serbien und Tschechien sollten sich ein Beispiel nehmen.

Jedes Jahr am 19. Januar gedenkt die Republik Ungarn im Rahmen eines nationalen Gedenktags der Vertreibung der Deutschen aus den ungarischen Gebieten: Am 19. Januar 1946 begannen die ersten Vertreibungen in Wudersch [Budaörs], einem Vorort von Budapest. „In Hinblick auf eine geschichtliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit den Gräueltaten an den Deutschen aus Ungarn zeigt die ungarische Regierung, dass ihr an einer Aussöhnung gelegen ist“, so Tobias Meyer, Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz. Der BdV Rheinland-Pfalz verneigt sich vor den Schicksalen der Heimatvertriebenen und setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass die Geschehnisse unvergessen blei-

ben. Aus der Geschichte der Heimatvertriebenen ergibt sich für sie und ihre Nachkommen eine besondere Verantwortung für den Aufbau eines Europas in Frieden und Freiheit, die der BdV mit seiner Arbeit annimmt.

„Wir würden uns solche Signale der gemeinsamen Verantwortung auch aus der Tschechischen Republik, aus Serbien und vor allem auch aus Polen wünschen“, so Meyer. Während in Ungarn die ungarndeutsche Minderheit von staatlicher Seite unterstützt und der Aufbau deutschsprachiger Schulen gefördert werde, wird in der Republik Polen der Deutschunterricht für Mutter- und Fremdsprachler massiv gekürzt. „Wer den Ungarn die EU-Gelder wegen eines Mangels an Freiheitsrechten streicht, sollte auch in Polen genauer hinschauen“, so der Verbandsvorsitzende.

Pressemittteilung
BdV Rheinland-Pfalz

Forum Baltikum – Dittchenbühne

Die „DittchenArt“, **Theaterkurse für Kinder** am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, geht jetzt gerade in ihre neue Saison. Bei „DittchenArt“ wird unter professioneller Anleitung kindgerecht alles, was das Theater ausmacht, vermittelt: das Schlüpfen in andere Rollen, Bewegung, Sprache, Gesang, Tanz... Montags, 16 bis 17 Uhr (ab 11 Jahre) und 17 bis 18 Uhr. Geleitet werden die kostenlosen Kurse von Svenja Liebrecht, Valentina Holz und Andrea Kälber. Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Sonnabend, 28. Januar, 17 Uhr: **Eisgrillen an der Dittchenbühne**. Zum Eisgrillen lädt das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ in den Innenhof an der Hermann-Sudermann-Allee

50. Das Eisgrillen kostet keinen Eintritt, alles wird an den Ständen verkauft. Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Wir haben hier bei uns wirklich familienfreundlichen Preise!“ Damit es für die Kinder nicht langweilig wird, zeigt die Dittchenbühne auf der Kinoleinwand im Theatersaal den Film „Der kleine Eisbär“. Anmeldungen bitte per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon unter (04121) 89710.

Dienstag, 21. Februar, 19 Uhr: **Graue Erbsen „à la Prussienne“**, 15 Euro pro Person. Darüber hinaus wird den Gästen an der Hermann-Sudermann-Allee 50 zu den Erbsen auch die passende Unterhaltung geboten: Dr. Udo Pfahl liest humorvolle ostpreußische Geschichten. Das Büro der Dittchenbühne rät: „Aufgrund der großen Nachfrage reservieren Sie doch bitte möglichst rasch Plätze bei uns!“

Ostpreußisches Landesmuseum



Im Flüchtlingslager Neetze, Landkreis Lüneburg: Flüchtlingsfamilie im Jahr 1946. Sonntagsführung zum Thema „Vom Ankommen“ am 5. Februar
Foto: Archiv der Landeszeitung für die Lüneburger Heide Josef Makovec

Bis zum 31. März verkürzte Öffnungszeiten: täglich außer Montag 10 bis 17 Uhr, das Brauereimuseum Lüneburg ist bis zum 28. Februar geschlossen.

Ausstellungen

Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt, noch bis 19. März. Eine Ausstellung des Bundes der Vertriebenen (BdV) und des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV)

In den Gebieten, die bis zur Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besiedelt waren, befinden sich zahlreiche Orte, in denen heute keine Menschen mehr leben. Sie liegen vor allem im heutigen Polen, Russland und Tschechien.

Neben völlig verschwundenen Ortschaften sind aber auch zahlreiche Kulturzeug-

nisse untergegangen oder bewusst zerstört worden. Der Untergang dieser Orte und Kulturstätten hatte vor allem demografische, aber auch ideologische, ökonomische oder soziale Gründe. Es ist das Anliegen dieser Ausstellung, in einer „historischen Spurensuche“ ihrem Schicksal exemplarisch nachzuspüren.

11. Februar bis 21. Mai (Eröffnung mit freiem Eintritt am Freitag, 10. Februar, 18.30 Uhr) **Bilder von Königsberg – Blüte und Untergang**

Aus einem Nachlassbestand des Königsberger Fotografen Fritz Krauskopf (1882–1945) werden Aufnahmen von Königsberg präsentiert, die ein wichtiges zeitdokumentarisches Zeugnis darstellen. Gezeigt werden Abbildungen, welche die prächtigen Seiten der damaligen Hauptstadt Ostpreußens und seiner Umgebung vor den Kriegszerstörungen festhalten,

aber auch die nach den Bombenangriffen im August 1944 in Trümmern liegende Ruinenstadt. Die Aufnahmen Krauskopfs prägen bis heute das Bild des alten Königsbergs mit.

Veranstaltungen

Sonntag, 5. Februar, 14 Uhr, 1,50 Euro (zuzüglich Museumseintritt) **Ankommen in Lüneburg**, Sonntagsführung mit Dr. Eike Eckert. Der Kurator Dr. Eike Eckert führt durch die Abteilung „Flucht, Vertreibung, Ankommen und Integration“ und geht dabei besonders auf das schwierige Ankommen der Flüchtlinge in Lüneburg ein. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr, 3 Euro zuzüglich 4 Euro Eintritt, inklusive Kaffee,

Tee und Gebäck, **1784 – ein Jahr im Doppelleben des Immanuel Kant**, Vortrag in der Reihe „Museum Erleben“ von Kurator Dr. Tim Kunze. 1784 – noch ist Kant ein Geheimtipp, aber sein Ruhm steht kurz bevor. „Sapere aude – habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“, „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ – Sätze wie diese machten Kant berühmt, geschrieben wurden sie im Jahre 1784. Der Vortrag von Kunze schildert mit Bildern und Zitaten zwölf Monate aus einer vergangenen Welt: Kants bürgerliches Doppelleben als Gelehrter und Weltmann. Wie prägte das Umfeld sein Denken? Wie sieht der Alltag eines Philosophen aus? Und warum hielt Kant seine Vorlesungen im eigenen Wohnhaus? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 8. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro, **Verlorene Dörfer in Masuren – eine Spurensuche**, Vortrag von Dr. Sabine Grabowski über ein deutsch-polnisches Projekt, das sich die Vermittlung des masurischen Kulturerbes zur Aufgabe gemacht hat. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mussten Millionen Deutsche ihre Heimat Ostpreußen verlassen. Häuser und ganze Dörfer blieben zurück – ein Großteil ist heute verschwunden. Verschiedene Initiativen begeben sich seit den 1990er Jahren auf die Suche nach ihren Spuren. Diese Spuren zu lesen und sichtbar zu machen, ist die Aufgabe eines deutsch-polnischen Projektes, das sich die Vermittlung des masurischen Kulturerbes zur Aufgabe gemacht hat. Dr. Sabine Grabowski von der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf präsentiert Ergebnisse dieser Arbeit. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 9. Februar, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **Dem Wolf auf der Spur** Kinderclub mit Roberta Schütte Wölfe im Museum? Tatsächlich gibt es in unserem

Museum ein schönes Prachtexemplar. Natürlich nicht lebendig, sondern ausgestopft, oder wie man besser sagt: als Dermoplastik. Lange war der Wolf in Deutschland ausgerottet, jetzt ist er aus Osteuropa zurückgekehrt. Er steht heute unter strengem Schutz. Wusstet ihr, dass Wölfe lange Strecken laufen können, und dass sie scheu und nachtaktiv sind? Und stellt euch vor: Alle Hunde stammen vom Wolf ab. Wir wollen uns auf die Suche begeben nach den Besonderheiten des Wolfes und nach der Wolfsfährte, die man leicht erkennen kann. Zum Abschluss formen wir uns unser eigenes Wolfsbild aus Ton oder malen es mit Kreide. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sieben bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Donnerstag, 16. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 8 Euro: **Gebrauchsanweisung für Masuren**, Lesung mit Dr. Andreas Kossert, Moderation: Ulla Lachauer Masuren ist ein zutiefst deutscher Sehnsuchtsort. Nicht nur für Naturbegeisterte, sondern auch für Millionen Menschen, die hier ihre Wurzeln haben. Für viele Menschen bedeuten Reisen nach Masuren deshalb eine ganz persönliche Spurensuche. So auch für den Osteuropakenner Andreas Kossert, der uns einlädt, mit offenen Augen dieses melancholisch-schöne Naturparadies zu entdecken, in dem Tradition und Moderne, spannende Historie und polnische Gegenwart eng miteinander verwoben sind. Kossert ist promovierter Historiker und Autor. Neben viel beachteten Büchern über Masuren und Ostpreußen erschienen von ihm der Bestseller „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“ und zuletzt der Band „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“.

Dienstag, 21. Februar, 14.30 Uhr, 3 Euro zuzüglich 4 Euro Eintritt, inklusive Kaffee, Tee und Gebäck: **Das Ende einer Großstadt. Königsberg-Fotografien von Fritz Krauskopf**.

OSTPREUSSISCHER MISSIONAR

Ernst Kasenzer, ein evangelischer Märtyrer

Der Volksprediger aus Skungirren schloss sich der Bekennenden Kirche an – Vor 80 Jahren starb er im KZ Dachau

VON MARTIN STOLZENAU

Die Volksmission hat eine lange Geschichte. Am Anfang standen Wander-, Buß- und Sittenprediger. Dazu zählten bekannte Namen der Kirchengeschichte wie Bernhardin von Siena und Hieronymus Savonarola.

Nach der Reformation pflegten auch die protestantischen Kirchen Formen der Volksmission. Als deren Blütezeit gilt die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es zum Kirchenrecht gehörte, alle zehn Jahre eine Volksmission abzuhalten, um über verschiedene Aktivitäten das Glaubenswissen und die Glaubenspraxis zu vertiefen. Für die Evangelisch-lutherischen Kirchen erlangte in diesem Zusammenhang Pastor Johann Heinrich Wichern besondere Bedeutung, der die „Innere Mission“ begründete.

Dazu verfasste Gerhard Hilbert 1916 das Buch „Die kirchliche Volksmission“, das zur zweiten Bibel dieser Bewegung gedieh und in den Evangelischen Deutschen Verband für Volksmission einmündete, der 1926 entstand. Hauptträger dieser Evangelisationsbewegung waren die evangelischen Volksmissionare, die als Wanderprediger durch das Land zogen.

Bekannter Volksmissionar der Weimarer Republik

Zu den bekanntesten Volksmissionaren der Weimarer Republik gehörte Ernst Kasenzer aus Ostpreußen, der dann als Kritiker der Nationalsozialisten Mitglied der Bekennenden Kirche (BK) wurde, deshalb zunächst ins Konzentrationslager (KZ) Buchenwald kam und im KZ Dachau vor 80 Jahren an Entkräftung verstarb. Er gilt heute als NS-Opfer und gehört zu den evangelischen Märtyrern des 20. Jahrhunderts. Mit dem Thema der Volksmission



KZ-Buchenwald, Denkmal für alle Häftlinge: In diesem Schreckenslager saß auch der ostpreußische Missionar Ernst Kasenzer ein, bevor er ins KZ Dachau überführt wurde

Foto: Peter Hansen/Gedenkstätte Buchenwald

und dem Wirken Kasenzers beschäftigen sich inzwischen verschiedene Schriften.

Kasenzer wurde am 19. Juni 1891 in Skungirren [Penki] geboren. Der kleine Ort an der früheren deutschen Reichsstraße 1 nahe Insterburg und Königsberg, der im Dritten Reich den Namen „Scheunenort“ trug, gehört zum Königsberger Gebiet. Skungirren hatte eine überwiegend evangelische Bevölkerung, und Kasenzers Familie gehörte dazu. Er gilt heute als die bekannteste Persönlichkeit des Orts. Kasenzer absolvierte zunächst das Gymnasium in Insterburg, wurde streng evangelisch erzogen und machte nach dem Schulabschluss eine Kaufmannsleh-

re. Dabei engagierte sich der junge Mann immer stärker für seinen Glauben bis dahin, dass er einen Beitrag leisten wollte zur Vertiefung des Glaubens anderer. So wurde Kasenzer Volksmissionar. Er zog von Osten nach Westen durch die Lande und stellte sich dabei in den Dienst verschiedener Landeskirchen.

Lange Zeit wirkte der Volksprediger aus Ostpreußen in Mitteldeutschland und vor allem in Thüringen. Dort lernte er Hanna Müller kennen, die Tochter des Pfarrers von Wenigensömmern, die ihn in seinen Glaubensaktivitäten ergänzte und schließlich seine Frau wurde. Der Ort, der 876 erstmals urkundlich erwähnt wurde,

lange zum kursächsischen Amt Weißensee gehörte, 1815 zu Preußen kam und heute im Landkreis Sömmerda liegt, wurde mit der Kirche St. Nikolaus eine Hauptwirkungsstätte Kasenzers.

Doch nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten wurde das Auftreten von Kasenzer in ganz Mitteldeutschland in wachsendem Maße erschwert, zumal der Volksmissionar sich öffentlich mit deutlichen Worten gegen das NS-Regime wandte.

Kasenzer zählte zu den mutigen evangelischen Kritikern der Nationalsozialisten, ließ sich auch durch Drohungen nicht einschüchtern, und trat der Bekennenden

Kirche bei. Das war ein Schritt, der seine Zivilcourage verdeutlicht. Die BK war zur Oppositionsbewegung evangelischer Christen geworden, die sich gegen die staatlich verordnete Gleichschaltung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) durch die Nationalsozialisten zur Wehr setzte. Die BK konstituierte sich im Mai 1934, hatte viele namhafte Repräsentanten der Evangelischen Kirche als Mitglieder, die den Schulterschluss mit dem Regime ablehnten, und bildete ein Gegengewicht zur NS-Sympathie vieler evangelischer Kirchenführer.

Deutliche Worte gegen das NS-Regime

Die BK-Mitglieder leisteten teilweise auch aktiven Widerstand. Kasenzer zählte zu diesen Aktivisten des antinationalsozialistischen Widerstands. Das gedieh für den Volksmissionar zur Gratwanderung. Seine NS-kritische Haltung führte schließlich nach jahrelanger Beobachtung am 5. März 1942 zu seiner Verhaftung.

Damit begann der Leidensweg des mutigen Volksmissionars. Kasenzer kam zunächst ins Polizeigefängnis von Weimar, wurde nach vier Wochen ins Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar überführt und nach einem Vierteljahr als Pfarrer ins Konzentrationslager Dachau verlegt, wo er mit der Häftlingsnummer 30640 in den dortigen Pfarrersblock eingewiesen wurde. Dabei entriss man ihm die Bibel, das Buch, das ihm bis dahin Trost gespendet hatte.

Die Lagerzustände und die Übergriffe durch die Wachmannschaft beschleunigten den körperlichen Verfall des Volkspredigers. Kasenzer lebte in Dachau nur wenige Wochen und starb am 1. Februar 1943 im Konzentrationslager. Seiner Ehefrau wurde als Todesursache „Lungenentzündung“ mitgeteilt.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wenn Kriminalisten „Kriminalisten“ jagen

An der Autobahn Berlin–Posen sprechen Beamte Deutsch und Polnisch – mit einigen wenigen Abstrichen

Am Ostufer der Oder, etwa sechs Kilometer hinter der Grenze, befindet sich inmitten der Autobahnspuren der polnischen A2 (in Deutschland weiter als BAB12) das deutsch-polnische gemeinsame Polizeizentrum in Schwetig [Świecko].

15 Jahre ist es her, dass dieses ins Leben gerufen wurde. Grundlage war damals ein deutsch-polnisches Regierungsabkommen, um nach dem Wegfall der Grenzkontrollen im Schengener Raum Kriminalität an den offenen Grenzen zu bändigen. Es ist eine von insgesamt 50 solcher grenzübergreifenden Institutionen im Schengener Raum und die erste in der Republik Polen.

Das im Dezember 2007 gegründete Deutsch-Polnische-Polizei- und Zollzentrum liegt im Lebusener Land [Ziemia Lubuska] und ist für die gesamte deutsch-polnische Grenze zuständig. In einem Großraumbüro sitzen sich hier an einem langen Tisch jeweils am eigenen Personal Computer 37 deutsche und 18 polnische Polizei- und Zollbeamte gegenüber. Alle seien zweisprachig und offen für die unterschiedliche Kultur, versicherte der deutsche Koordinator des Zentrums, Ulf Buschmann, im Radio Zachód (Radio des Westens). Trotzdem hält die Sprache so manchen Stolperstein bereit. Während in der deutschen Sprache Kriminalisten Ver-

brecher jagen, werde in der Übersetzung schnell mal ein Verbrecher zum „Kriminalisten“, da im Polnischen Kriminelle „kryminalista“ genannt werden. Wenn der Pole nach einer „Mappe“ verlangt (polnisch Mapa), benötigt er eine Landkarte, und wenn ein Fall besonders schwierig ist, sage der Pole, es geht bergauf, was im Deutschen das Gegenteil bedeutet.

Ein gemeinsames Ziel

Am Anfang hatte Buschmann noch Bedenken, ob eine so dichte Zusammenarbeit klappt, aber „wir haben ein gemeinsames Ziel: die Kriminalitätsbekämpfung auf beiden Seiten der Grenze. Dabei geht es vom vergessenen Führerschein über Diebstahlsdelikte bis hin zu über die Grenze fliehende Mörder“, sagte er. Sein polnisches Pendant, Koordinator Sylwester Ksiuk, war von Anfang an dabei. „Das ist ein 24-Stunden-Dienst, siebenmal die Woche. Wir koordinieren die Arbeit auf polnischer Seite in drei Woiwodschaften und auf deutscher in drei Bundesländern sowie der Hauptstadt Berlin“, so Ksiuk.

„Ein schneller Informationsaustausch führt zum wachsenden Sicherheitsgefühl. Diese Zusammenarbeit ist enorm wichtig, auch wenn sie meistens im Stillen stattfindet“, sagte der Woiwode des Lebusener Landes, Władysław Dajczak, während der



Arbeiten seit 15 Jahren zusammen: Polizisten des Schengen-Raums Foto: Wagner

Feierlichkeiten zum 15. Geburtstag des Zentrums am 18. Januar. Kommissarin Justyna Kulka von der Kreispolizei in Crossen an der Oder [Krosno Odrzańskie] berichtete aus der Praxis: 2020 habe das Zentrum gemeldet, „dass sich ein gestohlener Citroën Jumper durch unseren Kreis bewegt. Die Crossener Verkehrspolizei konnte kurz darauf das gemeldete Fahrzeug feststellen und den Fahrer ver-

folgen. Es stellte sich heraus, dass noch ein weiterer gestohlener Bus unterwegs war, der ebenfalls sichergestellt werden konnte.“ Sie berichtete auch, dass Anfang November ein 68-jähriger, verwirrt scheinender Fußgänger auf der Straße in Richtung Gersdorf [Dąbie] angehalten wurde. „Weil der Kontakt mit ihm erschwert war, haben wir das Zentrum kontaktiert. Die Beamten in Schwetig haben die Angaben

des Mannes bestätigt, und er konnte sicher nach Hause gebracht werden“, sagte Kulka.

Ein Umzug steht bevor

Doch das Zentrum arbeitet auch an spektakulären Fällen mit, wie beispielsweise am Juwelenraub im Dresdner Grünen Gewölbe. Beim Einbruch 2019 wurden Juwelen des Kurfürsten August der Starke, der auch König von Polen war, geraubt. Da es sich um ein gemeinsames sächsisch-polnisches Kulturgut handele, habe es auch Hinweise aus der Republik Polen gegeben. „Die Komplexität einer solchen Ermittlung bringt viele Spuren, die überprüft werden müssen“, bestätigte Jörg Kubies, Landespolizeipräsident in Sachsen.

In den vergangenen 15 Jahren wurden im gemeinsamen Zentrum rund 300.000 Fälle bearbeitet. Weil ein Umbau der Autobahn bevorsteht und wegen der steigenden Tendenz der zu bearbeitenden Fälle, soll die gemeinsame Dienststelle in ein mehrstöckiges Studentenwohnheim in die Dammvorstadt von Frankfurt an der Oder [Ślubice] umziehen. Der alte Standort sei zu klein geworden, allein im letzten Jahr wurden 25.000 Anfragen bearbeitet, heißt es. In zwei Jahren soll der Umzug vonstattengehen.

Chris W. Wagner

KIRCHENGEMEINDE

Das Christliche Zentrum in Stettin

Feierliche Wiedereinweihung brachte das christliche Licht in die historische Baptistenkapelle

VON FRIEDEMANN GILLERT

An Verzögerungen im Zeitplan sind wir in den vergangenen Monaten alle schon gewöhnt. Doch am 15. Januar war es endlich soweit. Es fand ein erster Eröffnungsgottesdienst mit etwa 235 Teilnehmern in der alten, von Johann Oncken einst persönlich eröffneten Baptistenkapelle in der ehemaligen Johannesstraße 4 [Ul. Stoislawa 4] in Stettin statt.

Weil die obere Etage mit Wohnungen, Gästezimmern und dem Sitz eines christlichen Senders noch nicht ganz fertig ist, wird die feierliche Übergabe aller Räumlichkeiten mit Vertretern von Stadt und Marschallamt am 26. Februar um 11 Uhr stattfinden. Nach der endgültigen Fertigstellung können in sieben Doppelzimmern Jugendtreffen, Klausurtagungen und private Übernachtungen stattfinden.

Ein erstaunliches Geschehen zeigte sich in den vier Jahren Bauzeit (die *Pommersche Zeitung* berichtete vom Stand der Bauarbeiten in der Ausgabe 48/2020). Trotz enormer Arbeitsbelastungen wuchs die kleine Baptistengemeinde weiter und konnte auch mehrere Taufen feiern.

Probleme und Erfolge

Natürlich gab es auch immer wieder Rückschläge durch Probleme mit ausscheidenden Baufirmen, aber auch viel Segen. Dankbar konnten wir bemerken, dass keine ernsthaften Unfälle geschahen, dass durch die Spendenfreudigkeit, auch aus Deutschland, immer genug Geld vorhanden war, um die fälligen Rechnungen zu bezahlen.

Selbst das städtische Denkmalschutzamt half weiter, als in kritischer Situation alle „Felle davonzuschwimmen“ drohten. Das Denkmalschutzamt bestand auf der einen Seite darauf, alle noch vorhandenen Baudetails, auch die deutschen Beschriftungen, zu erhalten, gab aber auch sonst Unterstützung.

Die Spenden aus der Gemeinde und die Arbeit des Förderkreises in Deutschland reichten in der Hochphase des Baubetriebes nicht mehr aus, um die Finanzen zu konsolidieren. Doch Gemeinden



Das polnische Fernsehen zeichnete die für die Gläubigen so wichtige Einweihung am 15. Januar auf

Foto: Immanuel Heims

und Einzelpersonen übergaben zinslose Darlehen an die Baptistengemeinde in Stettin, sodass der Bau weiterwachsen konnte. Kein Fleiß allein hätte aber ausgereicht. Das alles konnte nur durch die intensive Gebetsunterstützung erreicht werden.

Wieder baptistische Chormusik

Im Sonntagsgottesdienst am 15. Januar, der auch vom polnischen Fernsehen aufgezeichnet wurde, erlebte die Gemeinde mehrere Höhepunkte. Neben der gewohnten modernen Anbetungsmusik sang der gemischte Projektchor der EFG Eberswalde, verstärkt durch Sänger und Sängerinnen der Chöre der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Eberswalde mit

Kantor Siegfried Ruch und der Barnimer Musikschule mit Leiterin und Sopranistin Carola Reichenbach.

Pastor Dr. Robert Merez bat darum, dass die altherwürdigen Gemäuer, die fast 100 Jahre „baptistische Chormusik“ gewohnt waren, aus ihrem „Schlaf“ durch Musik des 19. Jahrhunderts „geweckt“ werden sollten. So sang der aus 35 Personen gebildete Chor zwei Kompositionen von Franz Schubert und Ludwig van Beethoven.

An die finanzielle Unterstützung aus dem „goldenen Amerika“ erinnerte eine Komposition von G. F. Root „Der Herr ist mein Licht und mein Heil“. Aus dem Jahr 1944 stammt das Gedicht des Theologen Dietrich Bonhoeffer, „Von guten Mächten

wunderbar geborgen“, vertont von S. Fietz, das alle Teilnehmer in zwei Sprachen mitsingen konnten.

Staffellauf des Glaubens

Die Festpredigt hielt der Präsident des polnischen Baptistenbundes, Marek Glodek aus Warschau, in dem er den Gedanken des „Staffellaufs“ des Glaubens aufgriff. Von den deutschen Glaubensvätern von einst erhielten wir den „Stab“ für den Lauf. Von diesen Generationen das Licht des Glaubens weiterzugeben, soll unser Auftrag sein.

Zu dieser gedanklichen Reise durch die Gemeindegeschichte der Baptisten in Stettin hatte auch Pastor Merez schon in seiner Moderation die Zuhörer eingela-

den. Welche Etappenziele wurden in der Vergangenheit erreicht? Robert Merez erinnert:

1844 – Eine Gruppe von Christen trifft sich zum gemeinsamen Lesen der Bibel;

1846 – Aus dieser Gruppe heraus kommt es zu der ersten Taufe von gläubenden Erwachsenen;

1855 – Die „Kapelle“, das baptistische Stadthaus in der Johannesstraße, wird eingeweiht;

1879 – Familie Hackmann wandert in die USA aus und gründet in Wisconsin und Iowa deutsche Baptistengemeinden. Zur Wiedereinweihung am 15. Januar kamen zwei Ururenkel, um sich die „Auferstehung der Kapelle“ anzusehen;

1940 – Die Gemeinde hat in der Zahl der Gemeindeglieder einen Höhepunkt der Entwicklung erreicht. Sie hat jetzt fast 650 Mitglieder und hat als „Muttergemeinde“ etwa 20 neue Gemeinden gegründet;

1946 – Die deutschen Baptisten wurden, wie alle Bewohner Stettins, durch die Kriegsfolgen vertrieben und eine sehr kleine Gruppe polnischer Baptisten trifft sich in dem Gemeindehaus zu ihren Gottesdiensten. Ein zarter Neuanfang beginnt. Ab dem Jahr 1989 ändert sich das politische System in Polen, die Gemeinde wächst und gründet zwei Gemeinden;

2023 – Wiedereinweihung der Kapelle in der ul. Stoislawa als Christliches Zentrum mit diakonischer Ausrichtung.

Viele Gratulanten erschienen am 15. Januar. Die Grüße des deutschen Baptistenbundes überbrachte Udo Herrmann. Karl-Heinz Schlag, Leiter des Förderkreises, erinnert an die Jahre der Baufinanzierung und die bevorstehenden Jahre der Abzahlung der Darlehen.

Doch schließlich hoffen wir weiterhin auf Gottes Gnade und Unterstützung. So wie einst der „kleine Junge, der seine zwei Brote und fünf Fische zur Verfügung stellte“, vertrauen wir auf weitere Wunder Gottes. Gottes Kraft ist in den Schwachen mächtig, wird uns in der Bibel zugesagt. In dem Lied von Root heißt es „... ich fürchte mich nicht, auf IHN allein verlass ich mich ...“ Warum sollte Gott seine Zusage nicht auch heute verwirklichen?

ZUM 120. TODESTAG

Guter Draht zu Bismarck

Alexander Ferdinand Ludwig Andrae – Ein Landwirt, Kirchenaktivist und Politiker aus Pommern

Der ursprünglich aus Hannover stammende Alexander Ferdinand Ludwig Andrae etablierte sich als Gutsbesitzer und Landwirt und gehörte zu den Schlüsselgestalten der Erweckungsbewegung und Inneren Mission Pommerns. Parallel engagierte er sich auch in der Politik bis hin zur Mitgliedschaft in der zweiten Kammer des Preußischen Landtags, wobei er dauerhaft einen engen Kontakt zu Otto von Bismarck pflegte.

Andrae wurde am 17. Dezember 1821 in Hannover geboren, war der Sohn eines Kaufmanns und absolvierte nach dem heimischen Schulabschluss nacheinander in Berlin und Bonn ein mehrjähriges Studium. Er machte dabei die Bekanntschaft von Ernst Moritz Arndt, Gottfried Kinkel und Friedrich Christoph Dahlmann, die dann als Universitätsgelehrte und 48er-Aktivisten deutsche Bekanntheit erlangten. Deren Einfluss prägte zunächst auch die politische Ausrichtung von Andrae. Doch bei ihm kam es nicht zur 48er-Beteiligung und Haft wie bei Kinkel, der von

Freunden aus der lebenslangen Haft in der Festung Spandau spektakulär befreit wurde und dann nach London flüchtete.

Demgegenüber heiratete Andrae in eine konservative Familie ein. Seine Auserwählte hieß Helene Flügge. Deren Vater kaufte im pommerschen Kreis Kolberg-Körlin ein großes Gut, teilte den Betrieb und überließ dem jungen Paar den Teil des Obergutes. Die Familien Flügge und Andrae tauchten in der Folge ein in die Gemeinschaft der pommerschen Gutsbesitzer mit Teilhabe in der Erweckungsbewegung und Bekanntheit mit Otto von Bismarck. Das wurde in der Folge Andraes Betätigungsfeld.

Er betrieb Landwirtschaft, engagierte sich zusätzlich in der Inneren Mission Pommerns und zog als konservativer und königstreuer Abgeordneter nach der Märzrevolution in den Preußischen Landtag ein, wo er in den Folgejahrzehnten an der Seite Bismarcks politisch tätig war.

1851 verkaufte er das vom Schwiegervater erworbene Obergut an seinen

Schwager. Als Ersatz erwarb er das „Rittergut Roman mit Buchwald“ ebenfalls in der Nähe von Kolberg. Zusätzlich zur Landwirtschaft betrieb er auf seinem Gut auch eine besondere Form der Missionsarbeit. Andrae gründete das „Waldhaus“, ein Asyl für entlassene Strafgefangene, die er über die Einbeziehung in die Landarbeit auf den gesetzestreuem Weg zu

bringen suchte. Das war ungewöhnlich und galt als praktische Erweckungs- und Missionsarbeit.

Parallel konnte er sich über die Entwicklung seiner elf Kinder freuen, wobei ihm Sohn Hans und Tochter Marie besondere Freude bereiteten. Hans machte als Jurist Karriere, Marie als Pädagogin und Schriftstellerin.



Das Gut Roman direkt an der ehemaligen Reichsstraße 2 in einem Foto von 2013; Das zum Hotel umgebaute Gut heißt jetzt „Herrenhaus Roman“

1881 verkaufte Andrae auch sein zweites Gut, ließ sich nun mit seiner Frau als Privatier in Stettin nieder und gehörte hier zu den einflussreichen Repräsentanten des konservativen Bürgertums. Er war allerdings weiter aktiv in der Stettiner Stadtmission tätig, engagierte sich in den Kückenmühler Anstalten und betreute das Magdalenenstift, das sich um „die Erziehung verwahrloster Mädchen“ kümmerte. Dazu betätigte er sich im Alter auch als Autor, indem er seine „Erinnerungen“ verfasste.

Andrae starb als Führungsgestalt der Erweckungsbewegung und Inneren Mission Pommerns am 13. März 1903 in Stettin, wurde 81 Jahre alt und anschließend in einigen Schriften verewigt. Seine Tochter Marie verfasste 1922 ihre „Roman-Erinnerungen an A. Andrae-Roman und seine Frau Helene geb. Flügge“. Außerdem fand der Politiker Andrae Berücksichtigung in der „Neuen Deutschen Biographie“ von 1953 und in den „Stettiner Lebensbildern“ von 2004. *Martin Stolzenau*

„Straftäter verharmlosend zu ‚Aktivisten‘ erklärt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Die Ausgabe Nr. 2 der PAZ war wieder eine spannende Lektüre“

Gerhard Wagner, Ratingen



Ausgabe Nr. 3

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN WUNSCHAUSSENMINISTER ZU: WIR KÖNNEN RUSSLAND NICHT LINKS LIEGEN LASSEN (NR. 3)

Aus dem Interview mit Alexander von Bismarck ergibt sich für mich die Schlussfolgerung, dass er in der gegenwärtigen Situation, in die Deutschland durch die völlig irrsinnige Politik einer rot-grünen Clique gebracht wurde, für viele ein Wunschaussenminister wäre. Politik mit Augenmaß und die Diplomatie statt das Säbelrasseln im Vordergrund, auch und gerade wenn schon die Waffen sprechen oder gesprochen haben – genau das wäre ein Rezept für unser Land.

Doch zu befürchten ist freilich, dass es nur eine Illusion bleiben wird und eine ideologieverseuchte Bande wie die derzeitige Bundesregierung ihre verhängnisvolle Politik mit dem Ziel, Deutschland endgültig von der Bildfläche verschwinden zu lassen, fortsetzen wird. Panzerlieferungen statt Diplomatie – der nächste Schritt ist schon getan. *Manfred Kristen, Freital*

AUSGEGRENZT ZU: VERFASSUNG UND WIRKLICHKEIT (NR. 2)

Vielen Dank für den überzeugenden Nachweis, wo und wie die von den Verfassungsgründern errichteten Strukturen nach und nach korrumpiert wurden. Leider sind wohl die maßgeblichen politischen Akteure bereit, die wichtigsten Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung ihren Interessen zu opfern.

Anschaulich wird dies auch durch die verschiedenen Aktivitäten, mit denen der AfD die Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess verwehrt wird. Hier nur zwei Beispiele: die denkwürdige „Rückgängigmachung“ der nach den Regeln abgelaufenen Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen durch Frau Merkel, Herrn Lindner und andere. Oder die parteienübergreifende, wortgleiche Weigerung des etablierten Parteienkartells, nur mit demokratischen Parteien und al-

so nicht mit der AfD zusammenarbeiten zu wollen.

Demokratie besteht erstens aus Stimmen zählen und zweitens daraus, das Ergebnis zu respektieren. Wer hiervon abweicht, ist selbst kein Demokrat.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

FEHLENDE WAHRHEITSLIEBE ZU: DIE ERSTE TEILUNG POLENS (NR. 2)

Im zweiten Absatz des PAZ-Artikels wird die Erste Teilung Polen-Litauens wieder mal pauschal mit den Worten dargestellt: „Im Jahr 1772 annektierten Preußen, Russland und Österreich große Teile des polnischen Territoriums, Gebiete im Süden, Osten und Westen, auf die sie teilweise seit Langem begehrliche Blicke geworfen hatten.“ Derweil ist zu sagen, dass die westpreußische Bevölkerung von der polnischen Fremdherrschaft befreit wurde und Russland kein polnisches, sondern litauisches Gebiet annektierte.

Polen hatte als Aggressor und Militärmacht der Region tatsächlich vielfach über fremde Völker und deren Gebiete geherrscht.

Heutzutage wird dieser Umstand oft bewusst verschwiegen und mit der Unkenntnis der Leute gespielt, die nicht wissen, dass polnisches Herrschaftsgebiet nicht gleichbedeutend mit polnischem Bevölkerungsgebiet war.

Insbesondere bei vielen Mitgliedern der Deutsch-Polnischen Gesellschaft fällt immer wieder fehlende Wahrheitsliebe auf.

Gabriele Schwarz, Hamburg

DAS „UNWORT“ ALS UNWORT ZU: TERRORISMUS IST KEINE ANSICHTSSACHE (NR. 2)

Das „Unwort des Jahres“ 2022, „Klimaterroristen“, ist schon mal politisch unkorrekt. Wo bleiben da die „-Innen“?

Das Substantiv „Unwort“ bildet als Begriff in sich eine Absurdität. Insofern ist das eigentliche „Unwort“ allein schon

dieses „Nicht-Wort“. Straftaten gegen die Staatsgewalt und/oder gegen die öffentliche Ordnung (§§ 111 ff und §§ 123 ff StGB) verdienen keine gutmenschenliche Verniedlichung via Umdeutung beziehungsweise Umformulierungen der Begriffe. Straftäter werden verharmlosend in „Aktivisten“ umbenannt.

Wer aber aktiv Straftaten begeht oder dazu auffordert oder sich mit anderen gemeinsam dazu verbündet, Straftaten zu begehen, ist und bleibt ein Straftäter im Sinne des Strafgesetzbuches.

Es existiert zwar zunehmend eine politische Methode der verbalen Umwertung durch Verniedlichung („Wording“ und „Framing“). Niemand darf aber ungestraft unsere geltenden Rechtsnormen verletzen. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen – und benennen.

Die „Unwort“-Jury, wer auch immer diese instrumentalisiert hat, sollte sich sprachlich und auch juristisch beraten lassen – oder besser: sich auflösen.

Jürgen Schaar, St. Wendel

MAN SOLL AN LÜGEN GLAUBEN ZU: DER KAMPF UM DIE KÖPFE TRITT IN EINE NEUE DIMENSION (NR. 2)

Es muss nicht stimmen, aber die Menschen sollen glauben, dass es stimmt: Wenn dann die Lüge durch die Realität eingeholt wird und die Menschen erkennen, dass sie belogen wurden, ist der Schaden umso größer. Die Glaubwürdigkeit aller verbreiteten Informationen geht dann gegen Null.

So werden immer wieder Infos über den Krieg in der Ukraine verbreitet, die vom britischen Geheimdienst stammen sollen und den Wahrheitsgehalt untermauern sollen. Die Russen hätten keine Munition, keine Raketen, die russischen Truppen litten unter schlechter Verpflegung, Putin sei krebskrank, Putin sei verärgert über seine Freundin. Die letzte Meldung ist nur etwas für Klatschspalten.

Wenn die Meldungen zutreffend gewesen wären, hätte die Ukraine längst ge-

siegt und Putin wäre an Krebs gestorben. So verstärken sie nur das Wissen, von allen Seiten belogen zu werden. Sie erreichen also eher das Gegenteil von dem, was sie bezwecken sollten. Jeder weiß, dass das erste Opfer des Krieges die ohnehin sehr beschränkte wahrheitsgemäße Berichterstattung ist. An diesem Glaubwürdigkeitsverlust haben viele Printmedien und der Rundfunk sowie das Fernsehen einen erheblichen Anteil. Die PAZ schließe von dieser Kritik ausdrücklich aus.

Ulrich Bohl, Berlin

KEIN LEBEN OHNE MIMIKRY ZU: EINEN VERSUCH WAR ES WERT (NR. 2)

Gewünschte und beförderte Migration insbesondere aus islamischen Ländern wird den unter Zuwanderern herrschenden Antisemitismus weiter verstetigen, sodass zu dem stets vorhandenen der importierte noch hinzukommt. Damit wird irgendwann der Kipppunkt erreicht (wenn er nicht schon längst erreicht und schon überschritten worden ist), sodass für Juden und ihre Freunde und Sympathisanten ein Leben ohne eine Mimikry nicht mehr möglich sein wird. Dann bleibt nur noch Anpassung an die neuen Verhältnisse, Unterwerfung oder Auswanderung.

Arwed Sengstock, Frankfurt/M.

VOLL INS ZIEL GETROFFEN ZU: DER FRUST SITZT TIEF (NR. 51)

Wer oder was sind denn nun die ominösen Reichsbürger, und welche konkreten Standpunkte vertreten sie, und noch interessanter: Wie begründen sie diese? Eine solche Imagination macht neugierig und fragt nach konkreten Erklärungen vonseiten der geeigneten PAZ-Leserschaft.

In einem hat Herr Patzelt voll ins Ziel getroffen: Der Frust sitzt tief, hoffentlich entlädt er sich konstruktiv und friedlich nach historischer Vorlage.

Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg

ANZEIGE

Das Standardwerk mit mehr als 30-jähriger Tradition!

■ **Die besseren Pillen** führt übersichtlich und kompetent durch das Dickicht an bewährten Fertigpräparaten, Kräutern, Säften, Tinkturen und homöopathischen Rezepten. Die vielfältigen Kräfte der Natur lindern auf sanfte Weise und ohne schädliche Nebenwirkungen Alltagsbeschwerden und chronische Erkrankungen. Dank übersichtlicher Gliederung nach Krankheiten, Heilmitteln und –methoden kann jeder problemlos das richtige Naturheilmittel gegen seine Beschwerden finden.

- Der Bestseller komplett überarbeitet und aktualisiert.
- Krankheiten und Beschwerden ausschließlich mit natürlichen Mitteln und Verfahren heilen.
- Gesund bleiben und die Leistungsfähigkeit steigern mit Wirkstoffen, die sich in der Volks- und Naturheilkunde erfolgreich bewährt haben.
- Heilen mit der Kraft der Natur: der große Überblick über mehr als 1500 Naturheilpräparate und natürliche Anwendungen.
- Heilpflanzen, Fertigpräparate, Homöopathie und alternative Behandlungsmethoden stehen gleichberechtigt zur Auswahl.

In einer mehr als 30-jährigen Tradition bringt dieses Buch Ordnung in das unübersichtbare Angebot an natürlichen Heilmitteln. Der Leser kann hier problemlos

nachschlagen, bei welchen Beschwerden und Krankheiten er welches Naturheilmittel sinnvoll einsetzen kann und was er davon erwarten darf. Als Besonderheit beschreibt *Die besseren Pillen* auch die Anfangssymptome von Krankheiten detailliert. So können Sie diese frühzeitig erkennen und ihren Ausbruch dadurch oft noch rechtzeitig verhindern.

Der klare Aufbau dieses Ratgebers garantiert, dass Sie das richtige Heilmittel schnell finden. Kurt Allgeier präsentiert Ihnen zu jedem Problem mehrere natürliche Medikamente beziehungsweise Heilanwendungen. Dabei stehen an erster Stelle diejenigen, die sich erfahrungsgemäß am besten bewährt haben.

Dieses Standard-Nachschlagewerk macht es Ihnen damit leicht, natürliche Heilmittel ohne schädliche Nebenwirkungen effektiv einzusetzen.



Kurt Allgeier: *Die besseren Pillen* gebunden • 525 Seiten • Best.-Nr. 959 300

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

ÖSTERREICH

Hier spielt die Musik

In Salzburg findet rund um Mozarts Geburtstag am 27. Januar die Mozartwoche statt – Das Mozarteum erstrahlt in neuem Glanz

VON HELGA SCHNEHAGEN

Das Salzburg Mozart wieder und wieder feiert, kann keinen verwundern. Welche Stadt hat schon so ein Zugpferd? Federführend hinter der Bewahrung und zeitgemäßen Auseinandersetzung mit dem Erbe des Musikgenies steht die Internationale Stiftung Mozarteum. Sie wurde 1880 von Bürgern der Stadt Salzburg gegründet und hat ihre Wurzeln im „Dom-Musik-Verein und Mozarteum“ von 1841. Weniger bekannt ist, dass aus diesem Verein drei heute eigenständige, aber vielfach miteinander verwobene Institutionen hervorgegangen sind, die den Namen Mozarteum im Namen tragen: die Universität Mozarteum, das Mozarteumorchester und die Stiftung Mozarteum.

Auch räumlich finden sich Stiftung und Universität nahe beieinander. Beide liegen quasi gegenüber am unteren Rand des Mirabellgartens. Während man in der Universität bereits seit über zehn Jahren aus einem modernen Neubau auf den Mirabellgarten blicken kann, hat die Stiftung an der Schwarzstraße 26 erst jetzt mit Renovierungs-Maßnahmen nachgezogen. Schon von außen sichtbares Zeichen ist die neue „Fuge“, welche die beiden Gebäudeteile des Mozarteums miteinander verbindet.

Nach zweijähriger Bauzeit wurde der brückenartige, lichtdurchflutete Verbindungstrakt im vergangenen Oktober eingeweiht: Im Erdgeschoss liegt das 200 Quadratmeter große multifunktionale Stadtfoyer, darüber das 170 Quadratmeter messende Große Foyer vor dem Großen Saal. Mit seiner filigranen offenen Stahl-Glas-Konstruktion vermittelt es dem Konzertbesucher (fast) das Gefühl, im Freien zu stehen. Mit der Drängelei im Pausenraum ist es damit vorbei.

Lilli Lehmann leitete Vorläufer-Fest

Auch der berühmte Große Saal mit seinem Rokoko-Dekor erstrahlt in neuem



Er lenkt die Mozartwoche: Der Opernsänger Rolando Villazón auf dem Mozartplatz in Salzburg Foto: ISM/Wolfgang Lienbacher

Glanz. Dabei werden die Konzertbesucher besonders den größeren Sitzkomfort genießen. Bei der neuen Bestuhlung haben alle Sitzreihen im Parterre fünf bis zehn Zentimeter mehr Abstand und eine höhere Sitzfläche, wodurch die Sicht optimiert wird. Zudem verbessern der neue Boden und die neuen Sitzstoffe die ohnehin ausgezeichnete Akustik noch weiter.

Qualität hat ihren Preis. Für die renovierten Sitze im Großen Saal wirbt die Stiftung Mozarteum jetzt um neue Sitzpatenschaften. Auch um Paten für eines der hochkarätigen Konzerte der Mozartwoche wird nachgefragt. Die jeweilige Patenschaft teilt sich dabei in drei Stufen: Piano ab 2500, Mezzo ab 8000 und Forte ab 80.000 Euro.

Eine der ersten Sponsorinnen war die deutsche Opernsängerin Lilli Lehmann (1848–1929). Als eine der führenden Sopranistinnen ihrer Zeit kam sie mit dem Mozarteum 1901 in Kontakt, als sie für eine „Don Giovanni“-Aufführung als Elvira engagiert wurde. Danach engagierte sie sich ihrerseits enorm für die Stiftung: Sie warb für den Bau in der Schwarzstraße, trug durch Benefizkonzerte und Opernaufführungen zur Mozart-Pflege und zur Finanzierung des Baus bei, zog internationale Künstler und neue Besucher zu den Veranstaltungen. 1910 hatte man ihr bereits die künstlerische Leitung jenes Musikfestes übertragen, das der wichtigste Vorläufer der Salzburger Festspiele war. Als Höhepunkt legte die Sänglerin bei der

Grundsteinlegung zum heutigen Mozarteum persönlich mit Hand an.

Rolando Villazón setzt das Erbe fort

Lilli Lehmann war es auch, die 1916 als Erste dazu aufrief, für den Kauf von Mozarts Geburtshaus zu spenden. Heute ist das Haus in der Getreidegasse 9 eine Salzburger Hauptattraktion. Zur Stiftung Mozarteum gehört auch das Mozart-Wohnhaus am Makartplatz 8, in das die Familie 1773 umzog. Neueste Errungenschaft ist das Zaubrerflötenhäuschen, das sich seit Herbst 2022 im Innenhof des Wohnhauses befindet. Die Hütte, in der Mozart sein berühmtes Werk komponiert haben soll, stand ursprünglich im Garten des Freihaustheaters in Wien. Schon 1873 kam das

Häuschen auf Initiative der Stiftung Mozarteum nach Salzburg. Ebenfalls 2022 renoviert, gehört es jetzt als fixe Attraktion zum Museumsrundgang.

Musikalisch prägt die Stiftung Mozarteum seit 1956 mit der Mozartwoche rund um Mozarts Geburtstag am 27. Januar das internationale Konzertleben. Seit 2019 ist Rolando Villazón der künstlerische Intendant der renommierten Konzertreihe. Im Sommer 2021 übernahm der gefeierte Tenor die gesamte künstlerische Leitung der Stiftung Mozarteum, deren Konzertsaison er nach weiterer Vertragsverlängerung jetzt bis 2028 gestalten wird.

In der aktuell bis 5. Februar laufenden Mozartwoche schlägt Villazón ein weiteres Kapitel seiner bis dahin fünfjährigen Reise durch den Mozartschen Kosmos auf. Es stellt das junge Wunderkind dem reifen Künstler, sprich: frühe Werke dessen letzten großen Meisterwerken gegenüber. Dazu werden wieder die besten Mozart-Interpreten nach Salzburg reisen.

Knapp 60 Veranstaltungen stehen auf dem Programm. Ein kleiner Auszug: Das Eröffnungskonzert im Großen Saal des Mozarteums bestreiten das Mozarteumorchester Salzburg, Ivor Bolton, Clarissa Bevilacqua (Violine) und Rafael Fingerlos (Bariton), die Moderation übernimmt Villazón. Die Wiener Philharmoniker treten dreimal im Großen Festspielhaus auf. Ursprünglich sollte Daniel Barenboim dirigieren, der aber aus gesundheitlichen Gründen absagen musste.

Die Cappella Andrea Barca gibt zusammen mit dem Bachchor Salzburg unter Leitung von Sir Andrés Schiff zwei konzertante Don Giovanni-Aufführungen in der Felsenreitschule. Das Rahmenprogramm „Trazom!“ beinhaltet das Geburtstagsständchen „Serenata Mexicana“ mit Villazón am Mozartplatz und ein neues Stück in Kooperation mit dem Salzburger Marionettentheater.

● Programm und Karten:

www.mozarteum.at/mozartwoche

SCHWEIZ

Monstercorso, Guggenmusig, Waggis

Die fünfte Jahreszeit bringt reichlich Kurioses, viel Musik und lauter Bewegung in die Eidgenossenschaft

Zur Faschnachtzeit sind die Schweizer ganz außer Häuschen. Blaskapellen und Kostümierte füllen dann die Straßen von Luzern, Basel, Zürich und des gesamten Tessin. Das farbige Spektakel lockt alljährlich viele Tausend Besucher an.

So wird die fünfte Jahreszeit in Luzern laut und wild zelebriert. Beim Luzerner Fasnacht findet einer der größten Umzüge des Jahres statt. Die Narreteien beginnen am 16. Februar mit dem Urknall um 5 Uhr morgens. Gefeierte wird mit bunten und kreativen Verkleidungen, mit großen Umzügen und der schrägen „Guggenmusig“. Der Monstercorso am Dienstag, dem 21. Februar, ist einer der Höhepunkte der Luzerner Fasnacht und läutet gleichzeitig das Ende der sogenannten rüüdigen Tage ein. Wer als Besucher tiefergehende Informationen möchte, kann bei einer Führung durch das fasnächtliche Luzern alles über die Hintergründe und die Geschichte der „Rüüdigi“ erfahren.

Drei Tage Ausnahmezustand herrschen auch in Basel während der größten Fasnacht in der Schweiz. Sie gehört zur Identität der Stadt und ist das jährliche Großereignis für deren Bewohner. Das Spektakel lebt von viel Kreativität und

Ideenreichtum, von einzigartigen Instrumenten und Kostümen und der Vermittlung gesellschaftspolitischer Themen und Geschichten. „Frau Fasnacht“ spricht mit scharfer Zunge und übermittelt aktuelle Themen mit bissigem Humor.

Um 4 Uhr am Montag nach Aschermittwoch verwandelt sich beim „Morge-

straich“ die tiefe Finsternis der Nacht in ein Lichtermeer aus bunt bemalten Laternen, und die Stadt gibt sich drei Tage lang einem bunten und lauten Spektakel hin. An jedem Tag gibt es Neues und Verrücktes zu entdecken.

In den Tälern des Tessin und am Lago Maggiore finden sich viele unterschiedli-

che Fasnachts-Traditionen, die alle etwas Besonderes haben: das Risotto-Mittagesen am Seeufer von Ascona. Der bekannteste Karneval im mediterranen Süden ist der „Carnevale Rabadan“ in Bellinzona. Nach römischem Brauch beginnt hier das Spektakel am Donnerstag mit der Schlüsselübergabe an das Königspaar Rabadan. Neben den großen Umzügen finden während der Karnevalstage auch Maskenwettbewerbe, Seilziehturniere und Straßentheater statt. Nach drei Jahren Zwangspause fällt am 16. Februar der Startschuss des diesjährigen Rabadan.

Die Schweizer Karnevalstradition wird auch in Zürich gebührend zelebriert. Bei dem farnefrohen Volksfest ziehen Blaskapellen in aufwendigen Kostümen durch die Straßen, und in vielen Restaurants und im Festzelt finden Karnevalsveranstaltungen statt. Die Züricher Fasnacht ist vor allem etwas für Musikliebhaber. Das Repertoire der Guggenmusiken reicht von karibischer und lateinamerikanischer Musik über Volksmusik bis hin zu New Orleans Jazz. H. Tews

● Schweiz Tourismus: Telefon 00800-100-200-30, www.myswitzerland.com



Buntes Treiben: Kostümierte Musiker bei der Basler Fasnacht

WINTERSPORT

Ski Ahoi am Wildkogel

Für die Frühlingsferien in einigen deutschen Bundesländern hat die in den Kitzbüheler Alpen gelegene Wildkogel-Arena eine besonders günstige „Ski Ahoi“-Pauschale geschnürt. Speziell die Hamburger können sich darauf freuen: Wer vom 3. bis 11. März oder vom 10. bis 18. März von der Elbe aus in das Winterparadies im österreichischen Bundesland Salzburg reist, kann sieben Übernachtungen, einen Sechs-Tages-Skipass sowie einen Transfer im Komfortbus von der Hansestadt und zurück für einen Preis pro erwachsener Person ab 815 Euro genießen. Den Bustransfer kann man auch separat für 189 Euro pro Person buchen. Das Skigebiet liegt in einem natürlichen Kessel, sodass sich Familienmitglieder kaum aus den Augen verlieren und an den Bergstationen oder im Aussichts-Bergrestaurant immer zusammentreffen können. Auch für Winterwanderer ist der Panoramablick auf den Großglockner als höchstem Berg Österreichs traumhaft. E-Mail: info@wildkogel-arena.at, Telefon: 0043-720-710-730, Internet: www.wildkogel-arena.at tws

● FÜR SIE GELESEN

Alles privat in der Medizin

Bernd Hontschik ist Chirurg mit über 40 Jahren Berufserfahrung, Autor, Kolumnist und Herausgeber der Reihe „medizinHuman“. Entsprechend ansprechend ist seine Streitschrift gegen ein Gesundheitssystem, das durch Ökonomie und Politik gesteuert wird, aber nicht mehr den Patienten und seine Heilung im Blick hat. Nach einer niederschmetternden Schilderung und zahlreichen Beispielen folgen Möglichkeiten, wie das Gesundheitssystem in der Bundesrepublik Deutschland besser werden kann und wie sich seine Leser dafür einsetzen können. CRS



Bernd Hontschik: „Heile und Herrsche“, Westend Verlag, Frankfurt a. M. 2022, gebunden, 144 Seiten, 18 Euro

Gesundheit als Ware

Anregungen zum Handeln bietet der Facharzt für Allgemein- und Gefäßchirurgie Thomas Strohschneider in seinem Buch „Krankenhaus im Ausverkauf“, das mit einem gefühlsstarken Einstieg die Materie der Exzesse der ökonomisierten Medizin aufzeigt. Die 24 Kapitel beleuchten kritisch das Gesundheitssystem mit viel medizinischem, kaufmännischem und juristischem Wissen, die immer wieder mit emotionalen Beispielen bereichert werden. Er berichtet von Leihpersonal, Privatkliniken, Ausbildungsmöglichkeiten und zieht immer wieder Vergleiche aus anderen Ländern heran. CRS



Thomas Strohschneider: „Krankenhaus im Ausverkauf“, Westend Verlag, Frankfurt a. M. 2022, gebunden, 238 Seiten, 18 Euro

Bericht aus dem OP

In „Ausgeblutet“ spricht die Unfallchirurgin Sára D. Aytac unter dem Gebrauch von Kraftausdrücken deutlich aus, wie derzeit der Krankenhausalltag aussieht. Nach der Lektüre wünscht man sich, nicht ins Krankenhaus zu müssen, kein Notfall zu sein oder einen zu begleiten. Ihr Blick wandert aber auch immer wieder auf die Gesellschaft, die ihre hilfebedürftigen Mitmenschen vernachlässigt, auf fatale Personalengpässe und Gesundheitssysteme anderer Länder. Sie lässt sich über Medizinstudenten, den Weggang erfahrener Kollegen und mangelnde Sprachkenntnisse aus. CRS



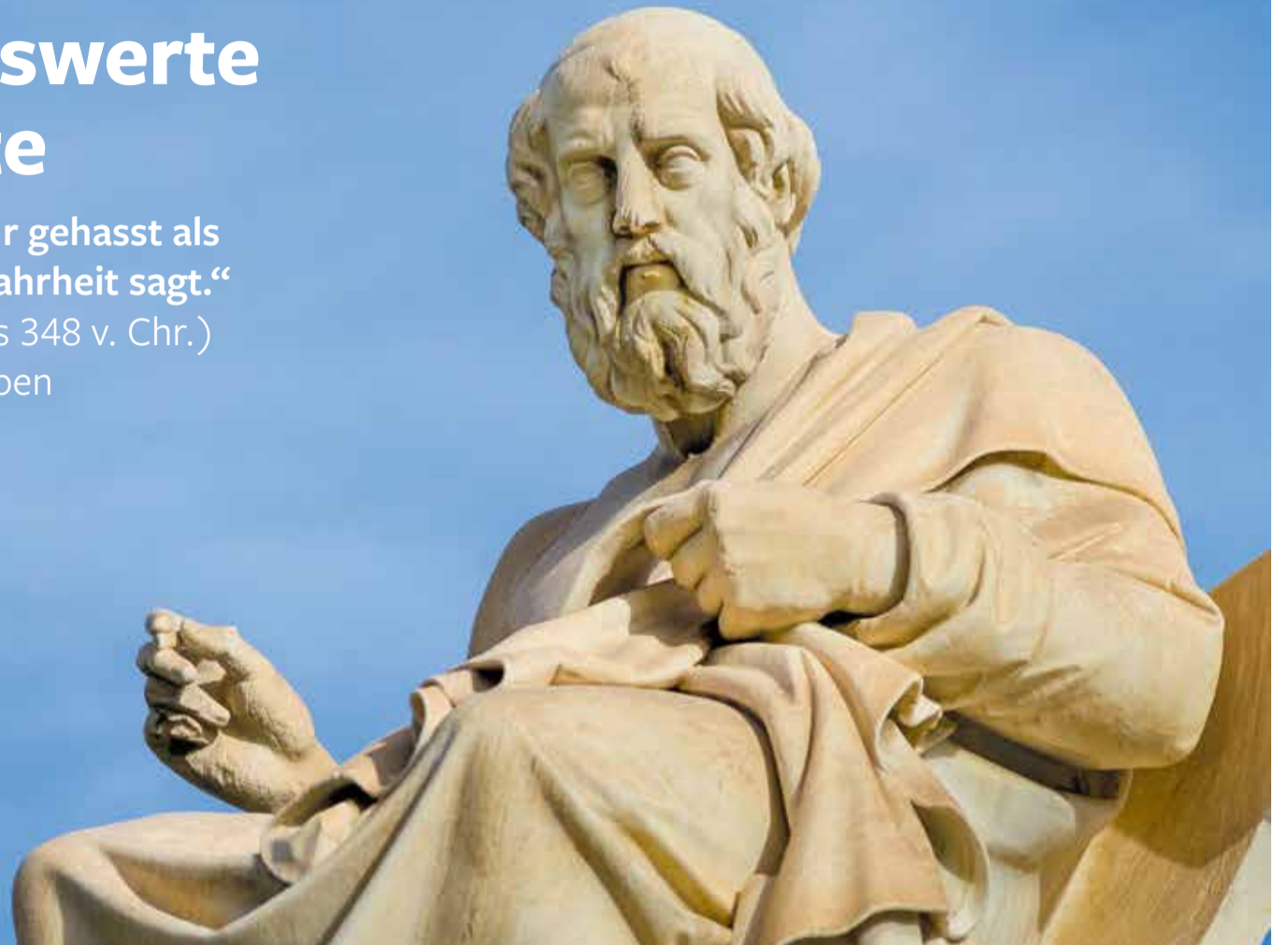
Sára D. Aytac: „Ausgeblutet“, Bastei Lübbe AG, Köln 2022, gebunden, 239 Seiten, 16,99 Euro

BILDBAND DER WOCHE

Bemerkenswerte Zitate

„Niemand wird mehr gehasst als derjenige, der die Wahrheit sagt.“
Platon (428 v. Chr. bis 348 v. Chr.)
zugeschrieben

FOTO: SHUTTERSTOCK



Orientierung in Zeiten der Werteverwirrung will André Lecloux mit seinem Erstlingswerk „Treffer. Versenkt. Bemerkenswerte Zitate bemerkenswerter Persönlichkeiten“ geben. Der überzeugte Liberale hat in einem ä-

ßerst ansprechenden Bildband Worte großer Philosophen, Dichter, Denker und Politiker von der Antike bis zur Gegenwart zusammengestellt, um die Leser zu unterhalten und zum Nachdenken zu bewegen. MRK

André Lecloux: „Treffer. Versenkt. Bemerkenswerte Zitate bemerkenswerter Persönlichkeiten“, Solibro Verlag, Münster 2022, gebunden, 144 Seiten, 24 Euro

REISEABENTEUER

Nahe und ferne Welten

Der Globetrotter Wolf Cropp erzählt in seinem neuen Buch unterhaltend und humorvoll über Erlebnisse auf seinen Reisen um die Welt

VON UTA BUHR

In seinem jüngst erschienenen Buch „Zwischen Hamburg und der Ferne“ lädt der bekannte Schriftsteller Wolf Cropp seine Leser auf eine Reise rund um die Welt ein. Leichtfüßig bewegt er sich zwischen der Hansestadt und zahlreichen Ländern auf der nördlichen und südlichen Halbkugel unseres Planeten. In insgesamt 24 Erzählungen gewährt er einen Einblick in sein abenteuerliches Leben, das ihn fernab der ausgetretenen touristischen Pfade nicht nur in die interessantesten, sondern häufig auch gefährlichsten Regionen führte.

Ein kluger Fahrensman sagte einst, einer der die Welt erkunden will, solle zuerst seine Heimat richtig kennenlernen. Folgerichtig beginnt der Autor seinen Erzählzyklus in seiner Vaterstadt Hamburg. Während „Kampfplatz Stadtpark“ von haarsträubenden Abenteuern Cropps mit seinen Spielkameraden nach Kriegsende in den Trümmern Hamburgs berichtet, führt die humorvolle Geschichte einer Seemannsbraut durch das Rotlichtmilieu St. Paulis. Das Fernweh wurde dem jungen Cropp bereits in die Wiege gelegt. Sein Großvater, der als Schiffsarzt alle fünf Kontinente bereiste, hatte in ihm die Lust auf Abenteuer in der blauen Ferne entfacht.

Im „Inseltschreck“ vershlägt es den Autor nach Tahiti, wo er nach einer riskanten Fahrt auf einem Auslegerboot auf den Spuren des Malers Paul Gauguin wandelt. Als krasser Gegensatz zu diesem tro-

pischen Paradies erweist sich „Pitcairn, die Insel der Meuterer“. Auf diesem felsigen Eiland suchte 1789 eine Handvoll gegen den autoritären Kapitän der „Bounty“ revoltierender Seeleute Schutz vor dem Zugriff der britischen Admiralität. Noch heute leben Nachfahren ihres Anführers Fletcher Christian auf Pitcairn. Meisterhaft verbindet Cropp hier Historie mit den heutigen Verhältnissen auf der Insel.

Der Leser folgt dem Autor auf den Sambesi, in dem es von hungrigen Krokodilen wimmelt, begleitet ihn auf einer Exkursion in den Tschad und begibt sich auf eine Kreuzfahrt ins eisige Alaska. Voller Tücken ist die Tour de Force durch Thailand, die er für einen Freund auf der Suche nach dessen verlorenem Sohn unternimmt. Cropp erweist sich in jeder seiner Geschichten als grandioser Erzähler, der das Gefühl vermittelt, stets hautnah in die Handlung eingebunden zu sein.

Mit „Zwischen Hamburg und der Ferne“ überreicht der Autor dem Leser einen bunten Blumenstrauß spannender, häufig mit einer Prise Humor gewürzter Erzählungen sowie – als Kontrastprogramm – manch verstörende Geschichte. Fazit: Sehr lesenswert.



Wolf Cropp: „Zwischen Hamburg und der Ferne“, Verlag Expeditionen, Hamburg 2022, gebunden, 491 Seiten, 20 Euro

DDR-WIDERSTAND

Der Stasi ein Dorn im Auge

Der Theologe Harro Lucht schildert seine Erfahrungen als Studentenpfarrer in den 1980er Jahren bis kurz vor dem Mauerfall

VON DIRK KLOSE

Manchmal hatten wir 80 Prozent Mut und fünf Prozent Angst, dann aber auch wieder nur fünf Prozent Mut und 80 Prozent Angst.“ Mit diesen Gefühlsschwankungen hat Harro Lucht als Pfarrer in der DDR gelebt. Es war, wie man als Leser seiner „unzensierten Erinnerungen“ feststellt, eine Gratwanderung; die großen Respekt abnötigt.

Der 1950 in Halle geborene Autor hat die ideologische Härte der SED früh erfahren, als sein Vater wegen „Gruppenbildung“ zu fast acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Junge kam zu den Großeltern nach Hamburg, ging aber 1963 zurück in die DDR, wo er sich bald der Jungen Gemeinde in Halle anschloss. Nach einem Theologiestudium und Vikariatszeit in Cottbus war er von 1981 bis 1987 Studentenpfarrer in Greifswald, dann zwei Jahre Pfarrer an der Immanuelkirche in Ost-Berlin. Von diesen Jahren handelt sein Buch „Das Nadelöhr der Freiheit“, die Folgezeit als Krankenhauseelsorger in Neuruppin und Berlin ist ausgespart.

Nach der Devise „Man muss Gott mehr gehorchen als dem Menschen“ machte er seine Studentengemeinde zu einem Ort alternativen Lebens in dem SED-geprägten Alltag. Aufhänger war die ab den 1980er Jahren in Ost und West virulente Friedensfrage. Mit Diskussionen, öffentlichen Transparenten und Auftritten sowie mit Einladungen an Künstler geriet er rasch ins Visier der Stasi. Die ab

1983 in der DDR möglichen regionalen Kirchentage nutzte er für Bekenntnisse zum Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“.

Seine Sympathien gehörten den Künstlern – ob Schriftsteller, Maler, Liedermacher –, ob bekannte oder unbekannte „Junge Wilde“ aus dem pommerischen Raum. Dass seine Abende mit freier Diskussion und alternativen Themen fast immer überlaufen waren, war der Staatsgewalt ein Dorn im Auge. In Ost-Berlin geriet Lucht rasch ins Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat. Nach einer geradezu apokalyptischen Vernehmung im Rummelsburger Stasigefängnis und Bedrohung seiner Frau war, so sagt er, „unser Akku verbraucht“. Nach einem Ausreiseartrag konnte er einen Monat vor der Maueröffnung in den Westen reisen.

Das Buch fesselt nicht nur wegen vieler dramatischer Ereignisse, sondern auch wegen der oft genauen Beobachtung und treffenden Charakterisierung. Schade, dass bei diesem so lesenswerten Buch, in dem der Autor viele wenig bekannte Titel nennt, auf ein Literaturverzeichnis verzichtet wurde.



Harro Lucht: „Das Nadelöhr der Freiheit. Unzensierte Erinnerungen eines ostdeutschen Studentenpfarrers“, Lukas Verlag, Berlin 2022, broschiert, 287 Seiten, 19,80 Euro

MEMEL

Litauen feiert das Jahr der „Vereinigung“

100. Jahrestag der Annexion des Memellandes am 15. Januar – Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen

VON BODO BOST

Mit einem eigenen Gedenkjahr, 48 Veranstaltungen und neuen Denkmälern erinnern Litauen und die Stadt Memel an den 100. Jahrestag ihrer „Vereinigung“.

Am Denkmal „Für die Freiheit der Gefallenen“ würdigte das Staatsoberhaupt Gitanas Nausėda am 15. Januar das Andenken an die Teilnehmer des Memel-Aufstands von 1923. „Wir sind zusammengekommen, um die großen Verdienste der Männer zu würdigen, die vor 100 Jahren für die Zukunft ihres Heimatlandes gekämpft haben. Sie schritten mutig voran, um die Einheit von Groß- und Kleinlitauen zu erreichen. Nicht nur erfahrene Soldaten, sondern auch Schützen, Studenten und Anwohner waren entschlossen, einen alten Traum zu verwirklichen – dem litauischen Staat die Tore zum Meer zu öffnen. Ein Tor zur Welt“, sagte der Präsident. „Heute können wir stolz darauf sein, die Nachkommen und Erben solch tapferer und weiser Menschen zu sein. Die beste Anerkennung für ihre Visionen und Aktivitäten ist, dass unser Land fest mit der Ostsee und damit mit der ganzen Welt verbunden ist“, fügte Nausėda außerdem noch hinzu.

Am 14. und 15. Januar fanden in Memel [Klaipėda] viele Veranstaltungen zum Gedenken an den 100. Jahrestag des Einmarschs in das Memelland statt.

Drei Jahre Vorbereitungszeit

Der litauische Seimas hat das Jahr 1923 zum Jahr der Region Memel erklärt. Eine Fülle von Veranstaltungen ist weiter geplant. Drei Jahre lang wurde das Festjahr vorbereitet. Das Programm umfasst sowohl akademische Veranstaltungen und Gedenkfeiern als auch Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit. Am 14. Januar fand in der Švyturis-Arena das Konzert „Unser einziger Name – Litauen“ statt, das der Annexion des Memellands gewidmet war.

Und am Abend des 15. Januar fand im Drama-Theater der Stadt eine festliche



Veranstaltung „Litauens Tor zur Welt“: Präsident Gitanas Nausėda eröffnet den Festakt

Foto: Screenshot LRT.lt

Veranstaltung zum Thema „Memel – Litauens Tor zur Welt 1923“ statt. Höhepunkt des Programms war auf dem Theaterplatz und am Anfang der Sukilėlių-Straße, vor der ehemaligen Präfektur, eine historische theatralische Rekonstruktion der Erstürmung dieses Gebäudes im Jahr 1923. Es war eine historisch-theatralische Rekonstruktion des Überfalls auf das Memelland, wie es sie in diesem Ausmaß in Litauen noch nie gegeben hat.

Litauische und ausländische historische Vereine haben an der Veranstaltung teilgenommen. Gäste aus Polen und Frankreich waren eingeladen. Schauspieler des „Klaipėda Drama Theater“ (Donatas Švirėnas, Linas Lukošius, Vaidas ėJočys), Freiwillige der Nationalen Verteidigung sowie Liebhaber der Militärgeschichte und Schützen haben an der Rekonstruktion teilgenommen.

„Wir sind zusammengekommen, um die großen Verdienste der Männer zu würdigen, die vor 100 Jahren für die Zukunft ihres Heimatlandes gekämpft haben.“

Gitanas Nausėda
Litauischer Präsident

Das Gebäude am Anfang der Sukilėlių-Straße, in dem sich das Machtzentrum der Alliierten befand – das Oberkommissariat, das damals informell als Präfektur bezeichnet wurde –, war der Ausgangspunkt, um den sich die gesamte Handlung abspielte, wobei auch das Leben der Bürger nachgestellt wurde. Der Theaterplatz und die Marktstraße waren die Bühne, damit so viele Menschen wie möglich die Veranstaltung sehen konnten. Der Bürgermeister von Memel, Vytautas Grubliauskas, hatte Vertreter der zwölf Partnerstädte, darunter auch Mannheim, Sassnitz und Lübeck, und die in Litauen ansässigen Botschaften zur Teilnahme an den Hauptfeierlichkeiten eingeladen.

Zum 100. Jahrestag des Überfalls auf das Memelland wurden zwei neue Kreuze für die zwölf litauischen und zwei französischen Opfer dort aufgestellt. Ein zusätzliches Denkmal wird an französische Gefangene des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 erinnern, die in Memel als Gefangene oder Verwundete gestorben sind.

Bereits 2003 wurde eines der bekanntesten Denkmäler der Stadt, die „Arka“, zum Gedenken an den 80. Jahrestag des litauischen Überfalls auf das Memelgebiet errichtet. „Wir sind eine Nation, ein Land, ein Litauen“, steht auf dem Denkmal von Ieva Simonaitytė. Eine Straße im Zentrum der Stadt trägt seit mehreren Jahrzehnten den Namen „Straße des 15. Januar“.

Neue Denkmäler für Memel

Das Denkmal für die Opfer des Überfalls vom 15. Januar wurde 1925 auf dem städtischen Friedhof errichtet. Dieser wurde nach 1945 zum Skulpturenpark umfunktioniert, der derzeit wieder umgestaltet wird, nachdem das dortige sowjetische Ehrenkmal wegen des russischen Einmarschs in die Ukraine im Mai entfernt wurde.

Auch neue Gedenktafeln für Ernestas Galvanuskas, Premierminister und Außenminister Litauens zur Zeit der Annexion, und für Jonas Polovinkas-Budrius, Kommandant des Memel-Aufstands, sind enthüllt worden. Am Jahrestag der Annexion von Memel wurde auch eine Gedenktafel am Gebäude der Universität Memel enthüllt, wo vor 100 Jahren das 21. Infanterie-Schützenbataillon aufgestellt wurde. Das Gebäude der französischen Präfektur wurde ebenfalls mit einer Gedenktafel versehen.

In Kürze wird eine mehr als 500 Seiten starke Publikation über die Ereignisse von 1923 erscheinen, die vom Institut für Geschichte und Archäologie des Ostseeraums der Universität Memel und dem Museum für die Geschichte Kleinlitauens mit finanzieller Unterstützung der Stadtverwaltung Memel und des Kulturministeriums erstellt wurde.

ROMANBIOGRAPHIE

Mosaiksteinchen aus dem Leben der Großmutter

Gabriele hat aufgrund von Aufzeichnungen und Familienkorrespondenz eine spannende Geschichte rekonstruiert

„Spärliche, fast verloren gegangene Mosaiksteinchen aus blassen Bruchstücken, die kaum ein Ganzes ergeben können“, bewahrt Gabriele Engelbert aus dem hessischen Schlüchtern in Erinnerung an ihre 1889 im ostpreußischen Osterode geborene und 1957 in Hamburg gestorbene Großmutter Magdalena Zimmermann geborene Wüst.

Jedoch verfügt die 1949 geborene Journalistin und Autorin über profunde Kenntnisse der Familiengeschichte dank eines großen Schatzes an überlieferten Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Chroniken. Die Verfasser sind Angehörige dreier Generationen der Lehrer- und Pastorenfamilie Wüst/Zimmermann. Somit war ihr auch der Lebensweg ihrer Großmutter Magdalena, genannt Lene, bekannt, der jüngsten Tochter von Ernst Leberecht Wüst, dem Direktor des Gymnasiums in Osterode, und von Martha Wüst geborene Goldnick vom westpreußischen Mühlengut Slupp bei Graudenz.

Auf Basis der Schriftzeugnisse und früherer Buchveröffentlichungen schuf

Engelbert eine faszinierende Romanbiographie über ihre Großmutter Lene mit dem Titel „Magdalenas Mosaik. Ein Frauenleben zwischen Eigensinn und Anpassung“.

Entstanden ist ein sehr lesenswertes Buch, das zwischen fantasievollen Romanpassagen und teils seitenlangen Schriftzeugnissen von Lene und ihrer schreibfreudigen Verwandtschaft changiert. Magdalena Wüst wuchs als jüngstes Kind von sieben Geschwistern in einem freundlich und wohlwollend gestimmten Elternhaus auf.

Die selbstbewusste, talentierte und bildungshungrige junge Frau verwirklichte konsequent ihre für die damalige Zeit eher ungewöhnlichen, hoch gehängten beruflichen Ziele. Durch zwei Kriege war auch sie gezwungen, Tod, Feuersturm und Vernichtung ins höllische Gesicht zu sehen. Der Zusammenhalt ihrer Familie war und blieb ihre Stütze.

Die wichtigsten Stationen: Nach zehn Schuljahren in Osterode Besuch des Lehrerinnen-Seminars in Elbing, Erzieherin

auf einem Rittergut in Westpreußen, Turbo-Abitur in Königsberg 1911, Studium der Philologie und der Germanistik in Jena, wo ihre Eltern seit dem Ruhestand des Vaters lebten. 1912/13 einjähriger Aufenthalt in England im Rahmen des Studiums.

Von Osterode bis Hamburg

Über ihre Erlebnisse als Gouvernante im Haushalt einer englischen Pastorenfamilie in Lightwood sowie Reisen nach London und in die Grafschaft Devon schickte Lene lebhaftere Berichte an ihre Eltern, die, dafür sorgte der Vater, regelmäßig in dem Blatt „Heimat und Welt“ abgedruckt wurden, einer Beilage der „Danziger Zeitung“. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs kam die erstmalige Umwälzung ihrer Lebenspläne.

Ab dem 15. Oktober 1914 war sie Krankenpflegerin zunächst in Bartenstein, dann in ihrer Heimatstadt Osterode. 1919 folgte die Heirat mit Paul Zimmermann, einem Lehrer aus Labiau, den sie in einem Lazarett an Flanderns Kriegsfront kennengelernt hatte. Bis zum Tod ihres Man-

nes 1936 war Labiau der Lebensmittelpunkt der Familie Zimmermann. Dort konnte Lene auch ihren erlernten Beruf als Lehrerin ausüben.

Ausgehend vom Ort der Rahmenhandlung in Hamburg-Eppendorf im Jahr 1953, läuft die Handlung mit eingeschobenen Rückblicken ab dem späten 19. Jahrhundert zunächst auf das Jahr 1936 zu, als die seit 1935 verwitwete Magdalena Zimmermann mit ihren Kindern Hanna und Georg von Westpreußen nach Hamburg in die Nachbarschaft ihres ebenfalls verwitweten älteren Bruders Ernst Friedrich Wüst umzog. Mit ihm teilte sie zuletzt eine Wohnung in der Haynstraße.

Beim Lesen des Buches ist eine konsequente Aufmerksamkeit erforderlich, da die zahlreichen Zeitsprünge zurück in die Vergangenheit nicht durchgängig in chronologischer Reihenfolge eingefügt sind.

Wer ergänzend noch weitere authentische Beiträge zur Geschichte der Familie Wüst/Zimmermann in Ost- und Westpreußen lesen möchte, wird fündig in Zimmermanns 2018 erschienenem Buch

„Wege zum Großvater. Mehr als nur ein Reisebericht“. Das Buch ist mit sehr schönen historischen und neuen Fotos ausgestattet. Man stößt darin auf Erlebnisberichte und Fotos des früheren Familientreffpunkts Schloss Peterhof, den „legendären“ Wohnsitz der Gutsbesitzerfamilie Chomse nahe Graudenz. In dieser paradiesischen Umgebung pflegte auch die Jugend der Familie Wüst/Goldnick ihre Sommer zu verbringen. Außerdem findet man in dem Buch einen 1952 niedergeschriebenen Bericht von Lene Zimmermann über das Leben mit ihrer Familie in der kleinen Landstadt Labiau von 1919 bis 1936.

Dagmar Jestrzemska



Gabriele Engelbert:
„Magdalenas Mosaik. Ein Frauenleben zwischen Eigensinn und Anpassung“, Verlag tredition 2022, Taschenbuch, 596 Seiten, 16,90 Euro

● AUFGESCHNAPPT

In Frankreich lernt kaum noch ein Schüler Deutsch. Ist dort das Interesse der Jugend an unserer Sprache erloschen? Das sei nicht der Grund, erläutert der französische Deutschlandexperte Sylvain Fort gegenüber der Pariser Korrespondentin der „Welt“. Dahinter stehe ein „politischer Wille“. Deutsch werde – wie Latein und Altgriechisch – wegen seiner komplexen Struktur als Elitensprache angesehen. Alles, was mit viel Sorgfalt und intellektueller Disziplin zu tun habe, wolle die französische Schulpolitik aus dem Unterricht tilgen, weil es zur „Elitenbildung“ beitrage. Das treffe mittlerweile sogar die Mathematik. Schüler, die Deutsch lernen wollten, fänden daher kaum noch Angebote, Latein und Altgriechisch seien schon gänzlich verschwunden. Später stürben dann natürlich auch die letzten Deutschlehrer und -dozenten aus, da schließe sich der Kreis. Linke Gleichmacherei macht die Menschen also nicht nur ganz gezielt gleich arm (siehe PAZ 51/2022, 23. Dezember), sondern ebenso absichtlich auch gleich dumm. Hauptsache gleich. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Linda Teuteberg, Mitglied im FDP-Bundesvorstand, wendet sich gegenüber der „Bild“-Zeitung (18. Januar) entschieden gegen Pläne von Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne), Preußen aus dem Namen der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ zu streichen:

„Weltoffenheit ist nicht mit Geschichtsvergessenheit zu verwechseln. Ob Schulbildung für alle, Religionsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder Kultur, Wissenschaft und Forschung von internationalem Rang: Preußen steht für Errungenschaften von zukunftsweisender Bedeutung. Dieses kulturelle Erbe verdient Respekt und Fortentwicklung – Preußen gehört weiterhin in den Namen dieser Stiftung! Getreu der preußischen Devise ‚Mehr sein als scheinen‘ ist die Umbenennung ein untaugliches Ablenken von der nötigen Debatte über Inhalte, Aufgaben und Finanzierung der Stiftung.“

Doris Unzeitig, von 2012 bis 2018 Schulleiterin in einem Berliner „Brennpunktviertel“, kritisiert in einem Beitrag für „n-tv.de“ (15. Januar), dass jetzt über den Begriff „kleine Paschas“ gestritten werde, statt über die wahren Gründe für die unhaltbaren Zustände an vielen Multikulti-Schulen zu sprechen:

„Die Borniertheit der rot-rot-grünen Koalition hat mich allerdings resignieren lassen. Ich gab frustriert auf, bin in meine österreichische Heimat zurückgekehrt und habe ein Buch über meine Zeit in Berlin geschrieben. Ich erhielt unzählige Rückmeldungen von Eltern und Kollegen, in denen stand: Endlich traut sich jemand, die Dinge klar zu benennen. Aus der Politik hat sich niemand bei mir gemeldet, weder SPD noch Grüne und Linkspartei, übrigens auch nicht die CDU.“

Peter Hahne geht es auf die Nerven, dass sich die Union in der Opposition gebärde, als habe sie mit den Miseren im Land nichts zu tun. Dagegen wendet der langjährige TV-Journalist bei „Tichys Einblick“ (18. Januar) ein:

„Das Desaster nach 16 Jahren CDU/CSU müssen wir noch Jahrzehnte büßen: offene Grenzen, AKW-Abschaltung (Söder wollte andernfalls sogar zurücktreten), völliges Versagen bei Energie- und Einwanderungspolitik, das Beenden von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in der Corona-Frage (Rauschmiss von renommierten Kritikern)...“

Stephanie Willmann von Rolls-Royce, die am Bodensee Panzermotoren bauen, erläutert gegenüber der „Wirtschaftswoche“ (18. Januar) eines von vielen Problemen der deutschen Rüstungsbranche mit den Entscheidungsgrüben im Verteidigungsministerium:

„Wie soll man als Unternehmen Materialbedarf, Zeitpläne und Kosten richtig kalkulieren, wenn sich wie etwa beim Pumaschützenpanzer dauernd die gewünschten Stückzahlen für das Gerät ändern?“

● WORT DER WOCHE

„Heute ist wirklich alles politisch aufgeladen. Nun laufen wir Gefahr, dass zwischen verfeinerten Lagern jeder Dialog unmöglich wird.“

Juli Zeh, Schriftstellerin, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 21. Januar über die Versteinerung der Debattenkultur

DER WOCHENRÜCKBLICK

Theorien und Praxis

Wie uns sehr wohl etwas „weggenommen“ werden soll, und wie sich auch ein anderer Verdacht erhärtet

VON HANS HECKEL

Erinnern Sie sich noch? Es ist die Jahreswende 2015/16, Deutschland wird seit Monaten überflutet von Asylsuchern, die Kanzlerin hatte unsere Grenzen sperrangelweit geöffnet für die ganze Menschheit und per Selfie überdies Willkommensgrüße in alle Welt gesendet. In dem Moment fingen einige Deutsche an, sich Sorgen zu machen. Eine davon – bei Weitem nicht die einzige – war: Wo sollen die eigentlich alle wohnen? Endet das in Zwangseinweisungen in unsere Privatwohnungen oder in Sonderabgaben für deutsche Eigenheimbesitzer, mit deren Erlös dann Häuser für die Neuankömmlinge finanziert werden?

Die Asylobby erkannte umgehend die Brisanz dieser Fragen und fuhr ihr schwerstes Geschütz auf: Wer Wohnungssucher und Asylsucher „gegeneinander ausspielt“, der sei ein Rassist. Rumms, damit war die Debatte totgeschlagen. Es fiel dem damaligen Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Volker Kauder, zu, auf der Begrüßungsfeier das salbungsvolle und beruhigende Schlusswort zu finden. „Niemandem wird etwas weggenommen“ infolge der deutschen Willkommenskultur, schwor Kauder feierlich im Berliner „Tagesspiegel“ vom 2. März 2016.

Da Kauder als folgsame Stimme seiner Herrin Angela Merkel bekannt war, wussten alle, dass durch ihn die mächtigste Instanz der Republik gesprochen hatte. Und Merkel hatte ja stets hervorgehoben, nicht nur für den Moment zu handeln, sondern stets die, so wörtlich, „gute Zukunft“ für „unser Land“ („Deutschland“ sagte sie ja nicht so gern) im Blick zu haben. Danach konnten wir alle beruhigt schlafen gehen.

Bis jetzt. Matthias Günther, Vorstand eines nach dem verstorbenen niedersächsischen CDU-Landesminister Eduard Pestel benannten Instituts, sagte der „Bild am Sonntag“, weil derzeit wieder so viele Geflüchtete nach Deutschland kämen, müsse die Gesellschaft „auf nicht absehbare Zeit mit dem Wohnungsdefizit umgehen müssen“. Dann lässt Günther die rüdigte Katze aus dem Sack: Menschen, die sehr viel Platz belegten, das seien vor allem ältere, müssten belangt werden: „Wer auf besonders vielen Quadratmetern wohnt, sollte auch mehr Steuern zahlen müssen.“

Wie war das? „Niemandem wird etwas weggenommen“? Hatten die „Verschwö-

rungstheoretiker“ also doch recht? Ach, da faselt doch bloß so ein Instituts-Heini daher, höre ich. Stimmt, aber auf diese Weise fängt so etwas immer an. Als nächstes könnten Politiker, die dem Mann politisch nahestehen, die Idee des „Experten“ für eine Zusatzsteuer für Besitzer großer Wohnungen aufgreifen. Schließlich komme eine verantwortungsvolle Politik („Folgt der Wissenschaft!“) nicht umhin, solche Stimmen ernstzunehmen. So reift die verfeimte „Theorie“ Häppchen für Häppchen zur geforderten Praxis.

Wie praktisch, dass die Deutschen mit ihrer neuen Grundsteuererklärung gerade jetzt die für eine solche Zusatzsteuer notwendige Datenerfassung durch den Fiskus auf Vordermann bringen! Da muss man nicht erst alles nachzählen, wenn die Sache steigen soll, wie bei der Bundeswehr die Panzer.

Dass aus „Verschwörungstheorien“ oder „Falschnachrichten“ unversehens unbestrittene Wahrheit werden, passiert uns gefühlt immer öfter. Die ersten Berichte über einen geplanten Lockdown wurden noch im März 2020 vom Bundesgesundheitsministerium höchstselbst als „Falschnachrichten“ verworfen. Uns, die wachsamten Bürger, forderte das Ministerium damals auf, solchem Unsinn energisch entgegenzutreten. Ich selbst hatte meine feurige Entgegnung gegen diese Fake-News gerade erst fertigformuliert, da erteilte mich die Nachricht, dass ein Lockdown beschlossen worden sei.

Müllers Traum vom Klima-Lockdown

Die nächste bodenlose Verschwörungstheorie im Hinblick auf den Lockdown lautete, dass die rigiden Corona-Maßnahmen die Generalprobe für künftige Einschränkungen unserer Bürgerrechte im Namen ganz anderer Ziele wie beispielsweise dem „Klimaschutz“ darstellten. „Die Geschichte vom Klima-Lockdown ... hat überlebt als beliebte Verschwörungstheorie und neuer Kampfbegriff der Klimawandelskeptiker im Netz“, lasen wir beispielsweise in der Wiener „Presse“ am 19. Juni vergangenen Jahres unter der Dachzeile „Propaganda“.

Dieser Tage ist ein neues Buch im Suhrkamp Verlag erschienen mit dem vielsagenden Titel „Freiheit oder Leben? Das Abwägungsproblem der Zukunft“. Jürgen Habermas erklärt in dem Band, dass sich der Staat mit seinen selbsterschaffenen Problemen nicht durch grundgesetzliche Einwände behindert fühlen solle. Das ist natürlich sehr

Wie praktisch, dass die Deutschen ihre Daten für eine Zusatzsteuer auf „zu viel“ Wohnraum gerade jetzt selber auf Vordermann bringen

gewählt ausgedrückt, Habermas eben. Der Klimaextremist Tadzio Müller wird da schon erfrischend robuster. In einem Streitgespräch, das er auf Einladung der „Welt“ kürzlich mit der FDP-Politikerin Linda Teuteberg führte, spricht er ganz offen von einem „Klimanotstandsrecht“ und davon, dass der „Werkzeugkasten, den Regierungen hier haben“, „ineffektiv“ sei. Daher hätten die „Aktivisten“ das Recht, das geltende Recht zu brechen. Von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hält er allem Anschein nach nicht so viel, weil damit alle Entscheidungen zu spät kämen: „Bei der Klimakatastrophe geht es darum, ob wir in Kürze noch weiterleben können auf diesem Planeten“, so Müller dramatisch.

Was wäre jetzt zu tun? Da hat der radikale „Aktivist“ ein großes Vorbild: Die „einzige in der Marktwirtschaft des demokratischen Kapitalismus durchgeführte Politik, die eine deutliche Senkung des CO₂-Ausstoßes bewirkt“ habe, sei „der erste Corona-Lockdown 2020“ gewesen. Et voilà! Wie war das eben noch mit dem „Kampfbegriff der Klimawandelskeptiker“?

Nun sollte man zum autoritären Klimastaat kommen, ohne allzu offensichtlich auf die demokratischen Instanzen loszugehen. Sonst könnte es Ärger geben. Die „Letzte Generation“ geht da recht geschickt vor. Erst einmal stellt einer ihrer Sprecher fest: „Die Regierung hat in der Frage der Klimakatastrophe auf ganzer Linie versagt“, um dann die Einsetzung von „Bürgerräten“ zu fordern, welche das Heft in die Hand nehmen sollen, ohne demokratisch gewählt worden zu sein.

Die gute alte Räteherrschaft also anstelle der repräsentativen Demokratie. Kommt uns bekannt vor. Und immer mit der gleichen Argumentation: Demokratie und Rechtsstaat benötigen zu lange, der Feind (die „Klimakatastrophe“) steht vor der Tür, es muss umgehend und radikal gehandelt werden, notfalls auch jenseits der geltenden Rechtsordnung. Es gilt der Ausnahmezustand.

So haben noch alle antidemokratischen Putschisten und „Revolutionäre“ argumentiert. Willkommen in den tiefsten Tälern des 20. Jahrhunderts!

In Hamburg hatte gerade ein Theaterstück Premiere, in dem die gesamte Menschheit im Jahr 2030 per Gas in einen einjährigen Schlaf versetzt wird, um das Klima zu retten. Mal sehen, was Tadzio Müller und die Seinen aus dieser Vorlage machen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de